285

BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 15/8
26. 01. 94

8. Sitzung

Mittwoch, 26. Januar 1994

Vorsitzende: Präsidentin Ute Pape, Erster Vizepräsident Rolf Kruse und Zweite Vizepräsidentin Ulla Bussek

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Ergänzung der **Tagesordnung** 287 A

Aktuelle Stunde 287 A

Fraktion der CDU:

Kriminalität in der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel 287 A

Ralf-Dieter Fischer CDU 287 A

Erhard Pumm SPD 288 A, 292 B

Manfred Mahr GAL 288 C, 292 D

Dr. Achim Reichert STATT Partei 289 C

Klaus Hardraht, Senator 290 B

Peter Zamory GAL 291 C

Peter Tucholski CDU 291 D

Georg Berg STATT Partei 293 A

Dr. Ulrich Karpen CDU 293 B

Fraktion der GAL:

Hamburg ist gefordert — Sicherung und Ausbau des kommunalen Beschäftigungsprogramms 293 D

Andreas Bachmann GAL 293 D, 295 B, 296 A, 297 A

Uwe Grund SPD 294 C, 296 D

Helgrit Fischer-Menzel, Senatorin 295 C

Anna Bruns GAL 296 B

Fraktion der STATT Partei:

Weniger Alkohol im Straßenverkehr 297 B

Christian Bölckow STATT Partei 297 B

Friedrich Heß SPD 297 D

Dr. Martin Schmidt GAL 298 C

Werner Hackmann, Senator 298 D

Fraktion der SPD:

Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung — Bundesregierung plant weiteren Sozialabbau

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Wahl von dreizehn Mitgliedern und Vertretern zur Bundesversammlung 299 B

Ergebnis 299 C

Wahl von acht Beisitzern und acht Vertretern für die Kommission für Bodenordnung 299 C

Ergebnis 326

Wahl eines Deputierten der Umweltbehörde — Drs 15/322 — 299 C

Ergebnis 326

Antrag der Fraktion der CDU:

Polizei vor Ort auf die Straße — Drs 15/176 — 299 D

In Verbindung damit:

Bürgerschaftsdrucksachen — außer Senatsvorlagen — sind — gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier — zu beziehen bei:
Druckerei Wartenberg & Söhne GmbH, Theodorstraße 41 w, 22761 Hamburg, Telefon 89 97 90-0

Antrag der Fraktion der CDU:

Ausländische Polizisten für Hamburg
— Drs 15/177 — 299 D

Karl-Heinz Ehlers CDU 299 D

Dr. Holger Christier SPD 301 D

Manfred Mahr GAL 302 D, 305 D

Dr. Achim Reichert STATT Partei 303 D

Werner Hackmann, Senator 304 C

Beschluß 306 A

Dringliche Senatsvorlage:

Vorläufige Haushaltsführung 1994
hier: Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung
— Drs 15/314 — 306 A

Elisabeth Kiausch SPD 306 A

Ralf Mairose CDU 307 B, 310 C

Dr. Willfried Maier GAL 308 C, 311 A

Dr. Achim Reichert STATT Partei 309 B

Ortwin Runde, Senator 310 A

Beschluß 311 A

Vorlage des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten:

12. Tätigkeitsbericht des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten
— Drs 15/320 — 311 A

Georg Berg STATT Partei 311 A

Helga Weise SPD 312 A

Dr. Michael Freytag CDU 312 C

Manfred Mahr GAL 313 D

Markus Wegner STATT Partei 314 D

Peter Zamory GAL 315 B

Beschluß 315 C

Antrag der Fraktion der GAL:

Ablehnung von Zwangsmaßnahmen zur Studienzeitverkürzung und Neuerarbeitung hochschulpolitischer Eckwerte
— Drs 15/324 — 315 C

Martin Jörß GAL 315 D, 320 C

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD 317 A, 321 A

Dr. Ulrich Karpen CDU 318 A

Christian Bölckow STATT Partei 319 D

Dr. Leonhard Hajen, Senator 320 B

Beschluß 322 A

Antrag der Fraktion der CDU:

Neue Finanzierungswege im Sozialbereich: Förderrichtlinien
— Drs 15/331 — 322 A

In Verbindung damit:

Antrag der Fraktion der CDU:

Neue Finanzierungswege im Sozialbereich: Anlegermodelle, Beteiligungsmodelle
— Drs 15/332 — 322 A

und

Antrag der Fraktion der CDU:

Neue Finanzierungswege im Sozialbereich: Sozialsparen
— Drs 15/333 — 322 A

Birgit Schnieber-Jastram CDU 322 B, 324 D

Wolf-Dieter Scheurell SPD 323 B, 325 A

Gundi Hauptmüller fraktionslos 323 D

Anna Bruns GAL 324 B

Christian Bölckow STATT Partei 324 C

Beschluß 325 C

Nächste Sitzung 325 C

A **Beginn: 16.03 Uhr**

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Heute hat Herr Kramer Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch im Namen des ganzen Hauses!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Kriminalität in der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel

von der GAL-Fraktion

Hamburg ist gefordert — Sicherung und Ausbau des kommunalen Beschäftigungsprogramms

von der STATT-Partei-Fraktion

Weniger Alkohol im Straßenverkehr

sowie von der SPD-Fraktion

Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung — Bundesregierung plant weiteren Sozialabbau

Ich rufe zuerst das von der CDU-Fraktion angemeldete Thema auf. Das Wort hat Herr Fischer.

Ralf-Dieter Fischer CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bekanntlich wurde am 11. Januar in der B Strafanstalt II in Fuhlsbüttel der Strafgefangene Dieter Janik im C-Trakt in seiner Zelle ermordet, und zwar durch dreizehn Schläge mit einem rechteckigen harten Gegenstand auf den Kopf, zahlreiche Brüche im Schädel, zusätzlich erdrosselt und erstochen mit einem spitzen langen Gegenstand, sechs Stiche ins Herz; eine abscheuliche Mordtat in einer Hamburger Strafvollzugsanstalt.

Diese Tat konnte nicht ohne Versäumnisse im Hamburger Strafvollzug geschehen, die langfristig angelegt sind. Es ist schon bemerkenswert, daß eine solche Tat im Hamburger Strafvollzug erst dreizehn Stunden später entdeckt wird, aber auch, daß eine solche Tat begangen werden kann, die nicht von einem Täter alleine in wenigen Sekunden ausgeübt worden sein kann, sondern wozu es eines längeren Planes und einer Zusammenarbeit mehrerer Täter bedurfte.

Ich warne vor vorschnellen Pauschalierungen über den Hamburger Strafvollzug insgesamt. Die Bediensteten im Hamburger Strafvollzug leisten harte und gute Arbeit. Sie sind aber in den vergangenen Jahren überwiegend von der politischen Führung allein gelassen und falsch geführt worden. Die Verantwortung dafür tragen Senatoren der SPD, ehemalige Senatoren wie Frau Leithäuser, Herr Curilla und Frau Peschel-Gutzeit. Es ist weggeschaut und verharmlost worden, und die SPD-Mehrheitsfraktion hat dieses über lange Jahre unterstützt. Der Todesfall ist symptomatisch für die Situation im Hamburger Strafvollzug.

Ich darf daran erinnern, daß der Mord an Tiedke in Fuhlsbüttel im Jahre 1979 nach wie vor nicht aufgeklärt ist, daß wir 1986 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß hatten, der sich auch mit dem Thema „Bekämpfung der Subkultur" beschäftigt hat. Es heißt im einvernehmlichen C Ausschußvotum bereits 1986:

„Der Ausschuß hält es daher für erforderlich, alle vertretbaren Anstrengungen zu unternehmen, um den Schutz des einzelnen Gefangenen vor anderen Gefangenen zu optimieren und die wirksame Bekämpfung einer rechts- und staatsfreien Unrechtsordnung in den Anstalten zu gewährleisten, da die Gefangenen während des Vollzuges dem Staat anvertraut sind."

Darüber bestand bereits vor acht Jahren Einvernehmlichkeit in diesem Hause, Drucksache 11/6780, und acht Jahre später kann eine entsprechende Tat in Fuhlsbüttel geschehen.

1988 gab es bemerkenswerte Geldfunde in der Anstalt. 117 000 DM in Tausendmarkscheinen waren in Steckdosen versteckt, von denen auch noch zu viele da waren. 1990 hatten wir wieder einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß, und die Feststellungen zur Subkultur waren ähnlich wie vier Jahre zuvor. Das ist praktisch schon ein Vierjahreszyklus: 1986 Untersuchungsausschuß, 1990 Untersuchungsausschuß, und jetzt haben wir 1994. Eigentlich wäre jetzt wieder ein Untersuchungsausschuß fällig, wenn der Erste Bürgermeister Voscherau nicht quasi hellseherische Kräfte gehabt und die beiden vormaligen Justizsenatoren kurz vor diesem Vorfall aus dem Amt entfernt hätte. Insofern ist die CDU-Fraktion nicht der Meinung, daß wir diesen Zyklus hier einhalten müssen.

Herr Senator Hardraht hat in einer Anhörung des Rechtsausschusses die Situation in der Anstalt Fuhlsbüttel als besorgniserregend eingestuft. Er hat gestern abend den Zustand als „nicht das Gelbe vom Ei" bezeichnet, und es D sind auch Stichworte wie „verwahrlostes Binnenklima" gefallen. Der ermittelnde Oberstaatsanwalt Köhnke hat von den „Strukturen einer Binnenlandschaft und einer eigenen Welt" gesprochen und seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, was Gefangene alles an persönlichen Gegenständen in ihren Zellen haben können, wie er zwischenzeitlich ermittelt hat. Da ist von einer goldenen Rolex im Wert von mehreren tausend Mark die Rede. Klammer auf: Die Mutter des Herrn Janik hat mich angerufen und mir diesen Sachverhalt bestätigt, er hatte so eine goldene Uhr, er hatte Schmuckgegenstände und ähnliches in der Anstalt zur freien Verfügung, Klammer zu. Dies ist ein Zustand, der nicht hinnehmbar ist. Wenn wir Geldbesitz in der Anstalt aus guten Gründen, um Schwarzgeschäfte und ähnliches zu unterbinden, verbieten, dann kann es nicht angehen, daß quasi Schmuckgegenstände als Zweitwährung in der Anstalt kursieren und gehandelt werden. Oder entspricht es dem Angleichungsgebot, daß vielleicht Gefangene auf der gleichen Etage in einer anderen Zelle sitzen, die gerade wegen Straftaten verurteilt worden sind, die mit solchen gewaltsamen Wegnahmen zu tun haben? Das wäre eine Pikanterie im Hamburger Strafvollzug.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, daß dringend kurzfristige Maßnahmen getroffen werden müssen. Videoüberwachung, wie wir sie auf Hamburger Bahnhöfen haben, und -aufzeichnungen müssen auch in der Strafanstalt möglich sein. Das gleiche gilt für den Einsatz von Drogenhunden. Das, was ich an Zollgrenzstellen im Hamburger Hafen oder auf dem Flughafen jedem Bürger zumute, muß auch im Hamburger Strafvollzug möglich sein. Abschiebung von Ausländern, Trennung von Langzeit- und Kurzzeitbestraften sind nur Stichworte, die hier genannt werden müssen.

(Ralf-Dieter Fischer CDU)

A (Glocke)

— Ich komme zum Schluß, Frau Präsidentin.

Der SPD-Fraktion fällt zu diesem Thema nach den klaren Worten des Senators leider nichts anderes ein, als die Reduzierung der Haftstrafen im BTM-Bereich zu fordern und die bisherigen Senatoren zu verteidigen. Wir bieten dem Senator ausdrücklich Zusammenarbeit an, wenn er denn die Schritte, die die CDU-Fraktion seit Jahren fordert, tatkräftig in die Tat umsetzt. Herr Senator, machen Sie sich nicht zum Pflichtverteidiger gescheiterter SPD-Senatoren.

(Beifall bei der CDU — *Dr. Gerd Weiland SPD:* Spinner!)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Pumm.

Erhard Pumm SPD: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Der Tod eines Häftlings in einer Hamburger Vollzugsanstalt ist ein Vorgang, der wahrlich geeignet ist, in einer Aktuellen Stunde behandelt zu werden. Es geht auch nicht darum, daß irgend jemand diesen Anlaß herunterreden dürfte. Der Vorgang ist gravierend, und wir müssen uns alle damit beschäftigen.

Sie haben, Herr Fischer, auf einen Mord im Jahre 1979 Bezug genommen, der bis heute immer noch nicht aufgeklärt werden konnte. Dieser Hinweis macht deutlich, wie schwierig es ist, in einer Strafvollzugsanstalt Straftaten aufzuklären. Die Bereitschaft, vor der Polizei oder der Staatsanwaltschaft Aussagen zu tätigen, ist nicht gerade sehr ausgeprägt. Hinzu kommt auch ein gewisses Gefährdungspotential für diese Aussagenden.

B Ich habe den Eindruck, daß Ihre Ausführungen auch geeignet sein sollen, die Hamburger Bevölkerung zu verunsichern. Deswegen möchte ich für die SPD-Bürgerschaftsfraktion feststellen, daß die Hamburgerinnen und Hamburger sich keine Sorgen um die Sicherheit in Hamburg machen müssen. Es geht ausschließlich um die Frage des Strafvollzuges in der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel. Da hat Justizsenator Hardraht den ersten richtigen Schritt eingeleitet. Er hat eine Kommission eingesetzt, um zu prüfen, wie die Sicherheit von Strafgefangenen verbessert werden kann.

(*Ralf-Dieter Fischer CDU:* Das wissen wir seit Jahren!)

Die Kommission wird am 2. Februar die ersten Ergebnisse bekanntgeben. Dies wird dann auch der Anlaß sein, im Rechtsausschuß die Thematik noch einmal eingehend zu erörtern.

Die Probleme im Strafvollzug haben sich in den letzten fünfzehn Jahren gravierendst verändert. Dies hat unter anderem mit Drogenabhängigen zu tun, die den Strafvollzug, wie er ursprünglich einmal angedacht war, erheblich komplizieren. Eine Resozialisierung von Drogenabhängigen ist nur sehr schwer möglich. Die heutigen Strafgefangenen, insbesondere diejenigen der oberen Kategorie, sind nicht mehr die Straftäter der fünfziger und sechziger Jahre, sondern es sind hochqualifizierte und äußerst ausgebuffte Verbrecher. Diesem Thema muß man sich sicherlich zuwenden, wenn man künftig über Strafvollzug spricht.

Wir dürfen auch nicht verschweigen, daß der Anteil der inhaftierten Ausländer sehr zugenommen hat. Auch hier gibt es einen großen Anteil, der ebenfalls hochgradig drogenabhängig ist. Von daher sollten wir uns alle überlegen — C deswegen auch mein Ansinnen in Richtung CDU —, den politischen Ansatz von Bürgermeister Voscherau zu unterstützen, das Betäubungsmittelgesetz zu verändern. Es ist notwendig, auch in der Justizvollzugsanstalt an hochgradig Drogenabhängige Methadon, wenn nicht sogar Heroin abzugeben. Anders werden wir dieses Problem nicht lösen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei *Christian Bölckow STATT Partei*)

Alle, die sich davor drücken, lügen sich in die eigene Tasche. Die Gesellschaft hat sich verändert, und der Verlust der gesellschaftlichen Werte bei den Menschen findet seine Fortsetzung in den Haftanstalten in Deutschland. Das Problem, das wir in Fuhlsbüttel haben, ist kein Hamburger Problem. In den anderen Justizvollzugsanstalten gibt es ähnliche Probleme. Insofern können Sie Ihre Vorstellungen auch in andere politische Richtungen wenden, und von daher sollten wir einen gemeinsamen Prozeß zur Lösung der Probleme einleiten.

Ihr Angebot an Herrn Hardraht als neuen Justizsenator begrüße ich außerordentlich, von daher könnten wir zu einer fruchtbaren Diskussion kommen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dieter Obermeier STATT Partei*)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Mahr.

Manfred Mahr GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wieder einmal ist der Hamburger Strafvollzug in die Schlagzeilen geraten. Anlaß ist der schreckliche gewaltsame Tod eines Strafgefangenen. D

Herr Fischer, wir alle hier im Hause, aber auch in den Medien, sollten nicht in den Chor der konservativen Kräfte einstimmen, die den grausamen Tod des Strafgefangenen als Beweis dafür ansehen, daß der sogenannte liberale Strafvollzug versagt habe und die Kriminalität fördere, statt sie zu verhindern. Es kann sachlich festgestellt werden, daß die Anzahl von Gewalttaten in „Santa Fu" weitaus geringer ist als in manchen Stadtteilen. Dies ließe sich mit Sicherheit auch statistisch belegen.

Woran liegt es eigentlich, daß so schlimme Ereignisse wie der Tod eines Strafgefangenen gleich tage- und wochenlange Schlagzeilen und so viel Aufregung hervorrufen? Die Antwort ist ganz einfach: weil der Strafvollzug noch immer eine geschlossene Gesellschaft ist, weil die Mauern höher und dicker sind, als sie scheinen. So alt wie das Strafen ist auch das Desinteresse der Gesellschaft an der Situation der Strafgefangenen: abgeurteilt, weggeschlossen, abgeschottet. Das ist immer noch die einfachste und bequemste Lösung.

Wenn also Strafvollzug unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet, dann ist das der Boden, auf dem Klischees und Vorurteile, Legenden und Sensationen wachsen. Außenstehenden kann alles mögliche erzählt werden, denn sie wissen nicht, wie es im Knast wirklich aussieht. Weil Außenstehende nicht wissen, was sich im Gefängnisalltag abspielt, ist es auch leicht, sie in ihren Meinungen und Vorurteilen zu bestätigen, daß Gefangene keine Rechte haben dürften, sie aber sogar noch Forderungen stellen.

Damit komme ich zum eigentlichen Kern meiner Ausführungen. Nicht nur meine Fraktion, sondern auch eine Vielzahl

(Manfred Mahr GAL)

A von Gefangenen und die dortige Insassenvertretung haben immer wieder und eindringlich auf den so tödlichen Kreislauf von Drogenabhängigkeit hingewiesen. Dennoch sind alle Mahnungen, zu einem vernünftigen Belegungs- und Vollzugskonzept zu kommen, bisher erfolglos geblieben. Die von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, 1987 aufgestellte und vom damaligen Justizsenator Curilla vertretene These, man müsse die harte Subkultur der Langzeitgefangenen durch eine Mischbelegung mit zu kurzen Strafen Verurteilten aufweichen, hat sich eindeutig nicht bewährt.

(*Wolfgang Curilla SPD:* Das ist doch gar nicht das Ziel gewesen! — *Ralf-Dieter Fischer CDU:* Das ist doch Quatsch! Diese These haben wir gar nicht aufgestellt!)

Daß dieses Konzept sowohl für alle Inhaftierten als auch für die Bediensteten nur negative Auswirkungen haben dürfte, dürfte jedem, der sich mit der Problematik des Strafvollzugs befaßt hat, klar sein.

Ebenso verhält es sich mit der realitätsfernen Forderung und späteren Einrichtung einer sogenannten drogenfreien Station; denn wie wir alle noch in Erinnerung haben, wurde einen Tag nach Eröffnung der drogenfreien Station der erste Drogentote im drogenfreien Knast gefunden. Fakt ist daher — und das muß hier im Hause zur Kenntnis genommen werden —, daß auch im Strafvollzug Drogen konsumiert werden. Wer das nicht wahrhaben will, betreibt eine gefährliche Vogel-Strauß-Politik, die weder im Interesse der Inhaftierten noch der Bediensteten, noch der Öffentlichkeit sein kann. Wir leben nun einmal in einer süchtigen Gesellschaft, bekennen mag sich keiner dazu. Meist wird nur Konformität geheuchelt, bis sich die zerstörerische Wirkung B nicht mehr verbergen läßt. Die Suchtstrukturen haben unterschiedliche Ausprägungen. Teils wird die Sucht toleriert, teils kriminalisiert. Diejenigen, die heute wegen Drogendelikten und/oder Beschaffungskriminalität im Strafvollzug landen, kommen in aller Regel aus den unteren Gesellschaftsschichten. Die Innenwelt in „Santa Fu" spiegelt so nur die gesellschaftlichen Zustände außerhalb der Mauern wider.

Mit der Verhaftung und Verurteilung ist nicht automatisch die Drogensucht verschwunden. Wer draußen harte Drogen konsumiert hat, wird auch drinnen versuchen, an den Stoff zu kommen. In allen, auch den sichersten Gefängnissen der Welt gibt es daher Drogen und Süchtige. Alle Versuche — hier wende ich mich direkt an Sie, meine Damen und Herren von der CDU —, mit mehr Repressionen, schärferen Kontrollen und Zwangstherapie dem Drogenkonsum zu begegnen, sind nachweislich gescheitert. Selbst mit abschreckenden öffentlichen Massenhinrichtungen, wie sie in einigen asiatischen, arabischen und afrikanischen Ländern praktiziert werden,

(*Ralf-Dieter Fischer CDU:* Was hat das mit unserem Strafvollzug zu tun?)

ist der Drogensucht nicht beizukommen. Neueste Untersuchungen, und das nicht nur auf Hamburg bezogen, zeigen, daß 60 bis 70 Prozent der Inhaftierten drogenabhängig sind.

(Glocke)

Präsidentin Ute Pape (unterbrechend): Herr Mahr, kommen Sie bitte zum Schluß.

Manfred Mahr (fortfahrend): Ja, aber ich werde mich dann C gleich noch einmal zu Wort melden.

Betrachtet man diese Zahlen, dann ist festzuhalten, daß Strafvollzugsanstalten die Orte sind, an denen sich im Vergleich zu anderen Einrichtungen die meisten Drogenkonsumenten aufhalten. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dr. Reichert.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieses Thema paßt in der Tat in die Aktuelle Stunde; es ist aktuell wie kaum ein anderes. Auf der anderen Seite hat es den Nachteil, daß es so aktuell ist, daß wir auf die Erkenntnisse der von Senator Hardraht lobenswerterweise sofort eingesetzten Untersuchungskommission noch nicht zurückgreifen, wir also zunächst nur von dem Wissen profitieren können, das in diesem Hause schon vorhanden ist und man aus der Presse inzwischen entnommen hat.

Was wissen wir über die Tat? Herr Fischer hat schon einiges erwähnt. Wir wissen zum Beispiel, daß der Häftling bei der letzten Zählung um 17 Uhr noch gelebt hat, daß die vermutliche Ermordung eine halbe Stunde später passiert ist. Wir wissen, daß er auf mehrfache Weise umgebracht worden ist: mit mehrfachen Stichen ins Herz, Schädelzertrümmerung und Erdrosseln, was für mich die Vermutung nahelegt, daß der oder die Täter in besonders hohem Maße Wut auf ihr Opfer hatten oder daß sie ein Exempel statuieren wollten und hier einen besonders abschreckenden Mord für das Umfeld in Fuhlsbüttel statuieren wollten. Für mich ist besonders bemerkenswert, daß die Täter zwei D Stunden Zeit hatten, die Spuren der Tat restlos zu verwischen. Es ist auch in hohem Maße bedauerlich, daß sowohl der Vollzugsbeamte, der Janik abends eingeschlossen hat, als auch derjenige, der morgens aufgeschlossen hat, nach bisherigem Erkenntnisstand auf eine Lebendkontrolle verzichtet haben.

Was wissen wir über das Opfer? Ein Heimkind, das wiederholt aus Erziehungsheimen ausgebrochen ist, später viele Jahre zur See gefahren ist, als Kellner gejobbt hat, Dauergast in Fuhlsbüttel wegen Diebstahls, Schlägereien, Raubes, Vergewaltigung war. Wenn man der „Bild"-Zeitung glauben darf, hat er 1966 eine Prostituierte aus dem Fenster eines vierten Stocks geworfen. Sein Haftende war für Anfang 1995 terminiert mit anschließender Sicherheitsverwahrung. Er handelte im Knast mit Tabak, Kaffee, Geld, prahlte mit seinem Wohlstand und beschäftigte dem Vernehmen nach einen Totschläger zum Eintreiben seiner Forderungen.

Was wissen wir über die derzeitige Situation in Fuhlsbüttel? Fuhlsbüttel galt bis Anfang der siebziger Jahre als eine besonders strenge und menschenunwürdige Haftanstalt. Nach einer Häftlingsrevolte kam es zu einer Umorientierung im Strafvollzug. Fuhlsbüttel machte sich dann einen Namen für einen liberalen Strafvollzug als Voraussetzung für eine Resozialisierung der Häftlinge. In den letzten Jahren landete Fuhlsbüttel zunehmend in den Schlagzeilen, insbesondere weil während des Freigangs Häftlinge flüchteten oder neue Straftaten verübten. Das jetzige Geschehnis ist der Höhepunkt der Situation in Fuhlsbüttel. Die Zustände sind in hohem Maße durch Überbelegung, durch den hohen Anteil von Drogenabhängigen geprägt. Es gibt erst in

(Dr. Achim Reichert STATT Partei)

A geringem Umfange Substitutionsprogramme, keine Einwegspritzen, keine hygienischen Maßnahmen, keine Differenzierung nach Tätergruppen, Kurz- und Langzeitgefangenen, Drogenabhängigen oder Nichtabhängigen. Bei einer Abhängigkeitsquote von 50 bis 75 Prozent müssen wir davon ausgehen, daß wir unter den Bedingungen des Strafvollzugs hier ein riesiges Aggressionspotential haben und viele, die erpreßbar sind, und daß Leute, die nichtabhängig in den Strafvollzug gelangen, dort mit einem hohen Risikopotential abhängig werden.

Was sollte die Zielsetzung eines Strafvollzugs sein? Zunächst einmal die Sühne, dann der Schutz der Gesellschaft vor Wiederholung und eine Läuterung, eine Resozialisierung. Wenn wir uns diese drei Komponenten ansehen, so müssen wir sagen, daß nach bisherigem Wissensstand die Bedingungen in Fuhlsbüttel dafür nicht gerade gut geeignet sind.

Was muß sich ändern, damit wir das Ziel erreichen? Zunächst einmal müssen wir in Fuhlsbüttel ein Modernisierungsprogramm durchführen, wie es meines Wissens vom Senat schon seit einigen Jahren geplant ist und jetzt endlich in Angriff genommen werden müßte. Wir müssen aber auch die Kapazität an Haftplätzen erweitern, sei es durch den Neubau Billwerder, sei es durch die angeregte Vollzugsgemeinschaft in Norddeutschland. Wir müssen Tätergruppen trennen zwischen Abhängigen, Nichtabhängigen, Kurz- und Langzeitgefangenen. Wir müssen das Methadon-Programm und die entsprechenden Hygienemaßnahmen konsequent umsetzen. Und wir müssen kritisch über eine Abschiebung straffällig gewordener Ausländer nachdenken. Ich wünsche unserem Justizsenator Mut zu schnellem, konsequentem Handeln. — Vielen Dank.

B (Beifall bei der STATT Partei und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Der Justizsenator hat jetzt auch das Wort. Bitte, Herr Senator Hardraht.

Senator Klaus Hardraht: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der tragische Tod von Herrn Janik hat uns alle erschüttert. Ich bedauere diesen Tod und spreche der Mutter des Toten mein Beileid aus.

Wir sind nicht erst durch den Tod von Janik auf die Probleme in der Anstalt II hingewiesen worden. Wir haben unmittelbar nach meinem Amtsantritt die Planungen fortgesetzt und intensiviert, die meine Vorgänger in die Wege geleitet und teilweise umgesetzt haben. Ich möchte drei Vorbemerkungen machen und dann auf die Probleme der Anstalt II etwas näher eingehen.

Erstens: Vollzugsplanung ist keine kurzatmige Angelegenheit. Vollzugsplanung verträgt keine hektischen Reaktionen. Vollzugsplanung verträgt keine politischen Forderungen, welche die Schraube im Sinne des konservativen Strafvollzugs zu sehr andrehen und auf der anderen Seite diese Schraube zu sehr lockern. Vollzugsplanung muß eine langfristige, wenigstens aber eine mittelfristige Planung sein.

Zweitens: Vollzugsplanung ist lediglich der Ausdruck, das Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen. Es geht nicht an, an der Vollzugsplanung Kritik zu üben, ohne die Hintergründe für die Entscheidungen derjenigen, die geplant haben, mit einzubeziehen. Die Vollzugsplanung in Hamburg leidet an dem Phänomen, daß der Drogenentwicklung in den Anstalten eventuell vor vielen Jahren nicht das Augenmerk geschenkt worden ist, das wir heute diesem Problem schenken. Aber: Woher wissen Sie, woher wissen wir, woher wissen meine Vorgänger und, vor allem, woher weiß ich, wie sich die Drogenentwicklung in zehn Jahren darstellt? Ich habe gestern im Rechtsausschuß deutlich gesagt, daß es sehr einfach ist, aus heutiger Sicht auf den Beginn dieser entsprechenden Planungen von vor acht oder zehn Jahren hinzuweisen, und zwar auf eine eventuell vorhandene Lücke in den Planungen, ohne die Prognose zu wagen, was in acht, zehn oder fünfzehn Jahren zu diesem Thema hier fällig ist. C

Drittens: Vollzugsplanung darf nicht beeinflußt werden durch medienorientierte, zum Teil destruktive Diskussionen einzelner. Es werden durch solche Beiträge die Bediensteten in den Strafvollzugsanstalten verunsichert; dadurch wird die konstruktive Aufarbeitung der gesamten Probleme, vor denen wir stehen, nicht erleichtert, sondern erschwert. Ich möchte hier eines deutlich sagen: Meine Vorgänger haben, zum Teil unter meiner Beratung, die Probleme, vor denen wir heute stehen, mit Sicherheit erkannt. Ich sage das hier ausdrücklich, obwohl ich es mir leichter machen könnte. Die Probleme sind erkannt worden, es hat in erheblichem Umfange Lösungsansätze gegeben, und es sind zum erheblichen Teil auch Lösungen umgesetzt worden. Ich möchte hier zwei Beispiele anführen: Die Haftplatzkapazität ist in der Ägide von Frau Dr. Peschel-Gutzeit, auch vorher von Herrn Curilla, nicht unerheblich erhöht worden. Die Planungen zur Einführung eines modernisierten Strafvollzuges in der Anstalt II durch die Gründung eines Wohngruppenvollzuges, Abschottung einzelner Flügel, einzelner Geschosse, sind zum Teil umgesetzt worden und liegen im übrigen in den Schubladen. Aber man darf nicht nur planen, man darf sich in der Vielfalt der Planungen nicht verzetteln, und es ist mit Sicherheit der Zeitpunkt gekommen, diese Planungen aufzusortieren, zu entscheiden und umzusetzen. D

(*Ralf-Dieter Fischer CDU:* Sehr gut!)

Zur Anstalt II. In der Anstalt II herrscht — ich sage das nach meinen bisherigen Eindrücken aus vielfältigen Gesprächen, Zuschriften und Diskussionen — ein besorgniserregender Zustand. Die Atmosphäre ist als angespannt zu bezeichnen. Es gibt gewisse Mängel, die auch in Strukturproblemen begründet sind. Ich möchte dazu im einzelnen folgendes sagen:

Erstens: Wir haben es mit einer deutlichen Überbelegung der Anstalt zu tun. Die Anstalt hat circa 530 Plätze; derzeit sind knapp 40 Zellen doppelt belegt, das heißt: 80 Gefangene sind in Zweierzellen untergebracht. Das ist, gemessen an der Grundkapazität der Anstalt, zu hoch, um auf Dauer Ruhe zu gewährleisten. Ich habe — Sie wissen das — 20 bis 30 Belegungsmöglichkeiten in Sachsen-Anhalt erreicht, 20 Plätze im äußersten Notfall, so lautet die Formulierung in Sachsen. Aufgrund der Vorarbeiten von Frau Dr. Peschel-Gutzeit werden Ende Februar 84 neue Plätze in der Strafvollzugsanstalt Glasmoor übernommen werden. Wir werden das von Ihnen aus der Zeitung zutreffend wiedergegebene Abschieben von Ausländern mittlerer Kriminalität vorantreiben, und wir werden vor allem im Rahmen der gesamten Spar- und Haushaltsüberlegungen sehr sorgfältig abwägen müssen, inwieweit zusätzliche Plätze des geschlossenen Vollzuges in Hamburg neu errichtet werden müssen.

(Senator Klaus Hardraht)

A Zweitens: die Drogen. Meine Vorredner haben auf das Drogenproblem in der Anstalt II hingewiesen, aber auch hier nützen Zahlen zur Objektivierung der Diskussionen. Es sind nicht 40 oder 50 Prozent drogenabhängig, sondern nach der letzten Auszählung im medizinischen Bereich 120 von 530 Personen. Es zeigen sich allerdings deutliche Formen von organisierter Beschaffungs- und Verteilungskriminalität für Drogen in der Anstalt II. Wir werden wie folgt auf diese Dinge reagieren:

Der Besucherverkehr wird eindeutig und handfest kontrolliert werden, und zwar — das mag dann für manchen unbequem sein, ich halte es aber für zulässig und vertretbar — soll der gesamte Besucherverkehr zeitlich und örtlich entzerrt werden. Es geht nicht an, daß sich an einem Besuchertag 150 bis 180 Personen in einem dann kaum noch kontrollierbaren Raum unterhalten und dabei die Betäubungsmittel überreichen.

Mit der stärkeren Kontrolle und Wegnahme von Betäubungsmitteln — das heißt mit der Absicherung der Anstalt nach außen — müssen zugleich Vorkehrungen getroffen werden, um den sich daraus eventuell ergebenden Innendruck in der Anstalt zu vermindern. Ich habe veranlaßt, daß das Methadon-Programm in den Hamburger Vollzugsanstalten flächendeckend umgesetzt wird. Ich habe veranlaßt, daß die Hygienesets für die Reinigung der Bestecke flächendeckend ausgegeben werden. Wir werden den allgemeinen Vollzugsdienst in dem Problemkreis „Drogen" umfassender ausbilden als bisher. Wir werden über die Justizministerkonferenz, deren Vorsitzender ich in diesem Jahr bin, zu erreichen versuchen, daß die vom Ersten Bürgermeister angeregte Änderung zum Betäubungsmittelgesetz auf Bundesebene umgesetzt wird.

B Der entscheidende Punkt scheint mir aber zu sein, daß es zur Zeit in der Anstalt II keine hinreichenden Möglichkeiten für eine differenzierte Unterbringung verschiedener Gruppen von Gefangenen gibt. Wir müssen dafür sorgen, daß diejenigen Gefangenen, die in ihrer Zelle allein sein wollen, sicher davor sind aufgrund ihrer eigenen Entscheidung, daß sie von ungebetenen Besuchern aufgesucht werden können.

Wir werden sicherstellen müssen, daß wir bestimmte Gruppen von Gefangenen, insbesondere aus der Drogenszene und dem Bereich der besonderen Gewaltkriminalität, in einzelnen Flügeln dieser Anstalt angemessen unterbringen. Wir sind in der Planung zu diesem Vorhaben begriffen, und ich glaube, daß man in Anlehnung an frühere Planungen, aber auch unter deutlicher Einbeziehung der finanziellen Situation dieser Stadt hier zu befriedigenden Ergebnissen kommen kann.

Ich habe zu diesen Fragen, insbesondere zu denen der Drogen und der mangelnden Differenzierung im Strafvollzug, eine Kommission eingesetzt. Diese Kommission wird mir am 7. Februar einen vorläufigen Zwischenbericht geben und etwa drei bis vier Wochen später einen Abschlußbericht reichen. Ich bin entschlossen, die von mir hier und früher bereits geäußerten Empfehlungen umzusetzen, so weit es die Finanzsituation zuläßt. Dazu bedarf es Ihrer Hilfe. Man kann Vollzugspolitik in Hamburg nicht auf eine einzige politische Person kanalisieren. Es ist eine — nach meinen Begriffen — auf Hamburg beschränkte Situation, daß einem Politiker Einzelversagungspunkte im Strafvollzug angelastet werden; angelastet werden kann nur Organisationsverschulden, und ich glaube, wir sind auf dem Wege, manches zum Besseren zu verändern. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei und bei *Dr. Hakki Keskin SPD*) C

Präsidentin Ute Pape: Herr Senator Hardraht, es war der Wunsch nach einer Zwischenfrage. Würden Sie diese beantworten?

(*Senator Klaus Hardraht:* Wenn das die Redezeit zuläßt, ja.)

Weil Sie dem Senat angehören, ist Ihre Redezeit unbeschränkt.

Das Wort hat Herr Zamory.

Zwischenfrage von Peter Zamory GAL: Herr Senator, ich würde gern in dem Zusammenhang wissen: Können Sie sich — im Gegensatz zu Ihrer Vorgängerin — die Vergabe steriler Einwegspritzen in Fuhlsbüttel vorstellen, wie sie in Schleswig-Holstein bereits praktiziert wird?

Senator Klaus Hardraht (fortfahrend): Wir haben die Freigabe von Einwegspritzen diskutiert, aber ich habe mich bisher davon überzeugen lassen müssen, daß so etwas rechtlich nicht geht. Ich weiß, daß Herr Klingner in Kiel eine Freigabe wohl hat erteilen sollen; in etwa zwei Wochen werde ich mit Herrn Klingner dieses Problem besprechen und dann entscheiden, ob ich die Freigabe von Einwegspritzen für rechtlich vertretbar halte.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Tucholski.

Peter Tucholski CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in diesem Hause eine D Reihe von teilweise emotionalen Debatten zum Thema Strafvollzug geführt. Wesentlicher Punkt in den Debatten war immer wieder — und dies auch in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen — die Bekämpfung der subkulturellen Unrechtsordnung. Die jeweiligen Senatoren kündigten hierzu Maßnahmen an, doch geschehen ist leider nicht viel — im Gegenteil: Die Zustände in Fuhlsbüttel machen mehr Sorgen als je zuvor. Und warum ist so wenig geschehen? „Der Spiegel" schreibt und vermutet dazu,

„eine Offenlegung der Zustände in den Knästen käme einem Offenbarungseid gleich".

Es ist tatsächlich so, daß sich in den Knästen eine Entwicklung, wie in der Gesellschaft allgemein, vollzogen hat, die insbesondere dadurch geprägt ist, daß die Gewaltbereitschaft erheblich zugenommen hat und Gewalt gesellschaftlich kaum noch geächtet wird. Wenn aber die Gewaltanwendung bis hin zum Mord, wie in diesem traurigen Fall, unbeachtet bleibt und dieses Phänomen nicht konsequent bekämpft und offensiv angegangen wird, wenn dieses vielleicht nur aus der Angst heraus geschieht, daß der liberale Strafvollzug insgesamt damit diskreditiert würde, dann kann man in der Tat einpacken.

Meine Damen und Herren! Überbelegte Anstalten, die Mischung von Langzeit- und Kurzzeitgefangenen — übrigens, Herr Mahr, das, was Sie hier vorgetragen haben, ist niemals eine Idee von uns gewesen; die Mischung von Langzeit- und Kurzzeitgefangenen ist von uns abgelehnt worden und wird weiterhin abgelehnt —, die erschreckende Zunahme von Drogendelikten und der Drogenabhängigkeit der Gefangenen, das Fehlen — das hat der Senator genau

(Peter Tucholski CDU)

A ausgeführt — differenzierter Unterbringungsmöglichkeiten nach Tätertypen, fehlende Therapieplätze, fehlende Einzelhaftplätze im offenen Vollzug, alles das sind Knackpunkte des Strafvollzuges, die offen von uns angegangen werden und über die wir uns unterhalten müssen. Die Bildung von Vollzugsgemeinschaften — nicht die Kündigung von Vollzugsgemeinschaften — der norddeutschen Länder kann auch ein Weg aus dem derzeitigen Desaster sein. Sinnvolle Beschäftigungsangebote und tarifgerechte Bezahlung der Gefangenen, die in vielen Bereichen begonnen hat, müßten ausgebaut und Lohnanteile unter anderem auch für Wiedergutmachung, die eigene soziale Absicherung und für Familienunterhalt eingesetzt werden. Auch dieser Punkt müßte in Zukunft mehr Beachtung finden. Wir müssen versuchen, dahin zu kommen, daß das Ziel des Gefangenen nicht mehr heißt, im Knast zu überleben, egal wie, sondern: Wie baue ich mir eine Perspektive für die Zukunft, für das Leben in Freiheit auf? Es ist unbestritten, daß sich derjenige mit Lebensperspektive eher von der Gewaltbereitschaft befreit und lossagt als der Perspektivlose.

Bei allen Versäumnissen und aus unserer Sicht auch Fehlentscheidungen oder fehlenden Entscheidungen Ihrer Vorgänger, Herr Senator Hardraht, sind wir von der CDU-Fraktion bereit, Sie in Ihrem Ansatz, der hier und auch gestern sehr deutlich wurde, und in Ihren Bemühungen zur nachhaltigen Verbesserung der Situation im Strafvollzug zu unterstützen. Voraussetzungen hierfür sind jedoch für uns unabdingbar eine schonungslose und ungeschminkte Bestandsaufnahme und Analysen darüber, wie es in den hamburgischen Anstalten tatsächlich aussieht. Ich betone ausdrücklich für meine Fraktion, daß niemand an den Grundfesten des Strafvollzuges rütteln will und den liberalen Strafvollzug in Frage stellt, aber ebenso eindeutig weise B ich darauf hin, daß es für uns wichtig war, wichtig ist und immer wichtig bleiben wird, daß das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit auch — und erst recht — in den Knästen gewährleistet ist.

(Beifall bei der CDU und bei *Markus Wegner STATT Partei*)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Pumm.

Erhard Pumm SPD: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Den Vortrag des Justizsenators könnte man mit der Überschrift versehen: „Im Kittchen ist kein Zimmer frei." Es macht deutlich, wie die gesellschaftliche Situation ist. Herr Ehlers ist auch hier, und er ist ja der Kritiker der Innenpolitik. Er geißelt die schlechte Innenpolitik des Hamburger Senats

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Mit Recht!)

und daß so wenig Straftaten aufgeklärt werden. Hier sind wir nun aber am Ende der Kette von Straftaten, nämlich einer erfolgreichen Arbeit der Polizei, einer erfolgreichen Arbeit der Justiz, und dadurch sind die Gefängnisse voll. Aber daß die Gefängnisse voll sind, hat auch andere Ursachen, und diese liegen in den gesellschaftlichen Hintergründen der veränderten Gesellschaft insbesondere in den letzten zehn Jahren. Wenn wir über die Justizvollzugsanstalten in Hamburg sprechen, dürfen wir diesen Gesichtspunkt nie aus dem Auge verlieren, denn der Schlüssel zu größerer Innerer Sicherheit, zu größerer sozialer Sicherheit ist soziale Gerechtigkeit. In einem Land, in dem die soziale Gerechtigkeit abnimmt, nimmt auch in Folge die Kriminalität zu mit allen ihren Konsequenzen bis hin zu den Problemen, die wir hier zum Thema Drogen besprochen haben. Dies holt uns alle gemeinsam ein, und ich denke, es C wäre gut, wenn wir auch gemeinsam versuchten, Probleme zu lösen.

Herr Tucholski hat ausgeführt, daß er dafür ist, daß man das Strafvollzugsgesetz mit seinen liberalen Bestandteilen beibehält. Ich begrüße das außerordentlich, denn es gibt auch Stimmen in diesem Land und dieser Stadt, die sagen: „Weg mit dem liberalen Strafvollzug, alle wieder hinein in die Zelle, abschließen und zumachen." Das ist nicht der richtige Weg! Von Fachleuten weiß man, es gibt keine Alternative zum humanen Strafvollzug.

(*Ralf-Dieter Fischer CDU:* Den gibt es in Hamburg noch nicht!)

Dieses sollten wir gemeinsam einfordern. Die Belastungen der Beschäftigten in dieser Anstalt — Herr Fischer hat das hier dargestellt — ist enorm. Die Motivation, das kann ich auch bestätigen, ist ebenfalls hoch und der Krankenstand im Vergleich zu anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes niedrig. Daran kann man erkennen, daß da auch noch einiges in Ordnung ist. Ich denke, auch die Hamburger Bürgerschaft ist den Beschäftigten zu Dank verpflichtet, weil sie diese schwere Aufgabe wahrnehmen. Die schwere Aufgabe der Bediensteten hat auch zu tun mit Gefangenen aus siebzig verschiedenen Herkunftsländern. In diesen Anstalten gibt es ein Sprachgewirr, da kommt ein normaler Bediensteter einer Strafvollzugsanstalt nicht mehr durch. Dies birgt auch Sicherheitsprobleme und belastet zusätzlich den Dienst und den Vollzug, weil über Verständigungsschwierigkeiten auch Aggressionen zunehmen. Wir sollten gemeinsam die Probleme lösen. Herr Fischer, Sie haben das angeboten, und auf diesem Wege wollen wir fortfahren.

(Beifall bei der SPD) D

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Mahr.

Manfred Mahr GAL: Herr Kollege Pumm, es kann nicht stimmen, den Erfolg von Polizeiarbeit daran messen zu wollen, wie voll die Gefängnisse sind! Das möchte ich persönlich eher zurückweisen; ich glaube, das war auch mehr ein Ausrutscher.

Aber ich möchte an das anschließen, was Sie vorhin zum Betäubungsmittelgesetz sagten. Ich habe nicht herausgehört, daß Sie mehr wollten, als das Betäubungsmittelgesetz zu ändern. In Ihrer Rede hatten Sie das nicht angesprochen, was nachher durch die Zwischenfrage des Kollegen Zamory verdeutlicht worden ist, nämlich die Dinge im Vorfeld von Aktionen voranzutreiben, die also Gesetzesänderungen in Bonn bedeuten. Wir müssen mit der Situation umgehen, die wir in Hamburg haben. Das heißt natürlich konkret, jetzt das umzusetzen, was möglich ist. Einiges von dem, was Herr Senator Hardraht angeführt hat, stimmt hoffnungsvoll. Ob es wirklich möglich ist, den Besucherverkehr noch besser zu kontrollieren, weiß ich nicht. Wir werden das beobachten und möglicherweise erneut zur Sprache bringen müssen. Wir erwarten jedenfalls, daß es durch diese Kontrollen keinen Einbruch in die Freizügigkeit — soweit sie für Gefangene innerhalb der Anstalten möglich ist — gibt.

Ich möchte noch die Arbeit der Vollzugsbeamten ansprechen. Arbeit hinter Mauern prägt natürlich auch, und so pauschal zu sagen: „Die leisten alle ganz tolle Arbeit", das halte ich für ein bißchen verwegen. Ich meine schon, daß dort auch Menschen arbeiten, die sich sehr viel Mühe

(Manfred Mahr GAL)

A geben, gleichwohl sind wir uns, denke ich mir, darüber einig, daß die Ausbildungsvoraussetzungen, die Inhalte dort, bei weitem nicht ausreichen, um den Situationen in Fuhlsbüttel gerecht zu werden, insbesondere — wir können darüber streiten, wie hoch die Abhängigkeit ist — den im Zusammenhang mit der Drogenabhängigkeit entstehenden Problemen und den entsprechenden Spannungen. Ich hoffe, daß dort in absehbarer Zeit Veränderungen eintreten werden. Wir werden sehen, ob wir im Rechtsausschuß noch zu entsprechender vernünftiger Zusammenarbeit in diesen Fragen kommen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Berg.

Georg Berg STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wohlgesetzte Worte und Schuldzuweisungen werden uns auch heute wieder helfen, das Entsetzen unter der Oberfläche zu halten, wo viele von uns es lauern spüren, das Entsetzen darüber, daß der Alltag im Strafvollzug — und das ist kein Hamburger Phänomen und kein aktuelles Phänomen — häufig ein krimineller ist. Kriminelle Subkulturen, deren Anteil im Knast nur ein kleiner Teil eines Beziehungsgeflechtes ist, das ansonsten in der Außenwelt stattfindet und wo die Beziehungen zur Außenwelt bestehen. Es entstehen also unter der einengenden Obhut des Staates rechtsfreie Räume. Ich bin nicht bereit, Schuldzuweisungen in der Hinsicht zu akzeptieren, denn das ist kein auf diese Zeit beschränktes und kein Hamburger Phänomen. Wir sollten das Entsetzen darüber zulassen, daß dort, wo der Staat am stärksten tätig wird, trotzdem ein Klima, ein Alltag, herrscht, das alle Arten von Strafzieldiskussionen ad absurdum führt. Ich glaube, erst B wenn uns klar wird, daß dort etwas Nichthinzunehmendes stattfindet und wir die Rezepte bisher noch nicht haben — so daß wir auch die anderen nicht anprangern können, weil sie es noch nicht abgestellt haben —, kann die Diskussion darüber anfangen, woran es wirklich liegt und ob man es ändern kann.

(Beifall bei der STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Professor Dr. Karpen.

Dr. Ulrich Karpen CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Pumm, ich möchte auf Ihren ersten Redebeitrag zurückkommen. Sie haben gesagt, die Öffentlichkeit müsse sich keine Sorgen machen. Als ginge es hier nur um die äußere Sicherheit der Anstalt, um die Frage, ob die Gefangenen sozusagen in Scharen über die Mauer springen. Herr Pumm, das ist — mit Verlaub gesagt — viel zu schlicht gedacht. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist doch viel sensibler. Auch die Innere Sicherheit macht ihr Sorge!

Die Öffentlichkeit denkt, wenn Fuhlsbüttel erwähnt wird, nicht nur an den Ausbruch 1988, bei dem mehrere Gefangene entwichen sind, sondern auch an den Ausbruch von 1992 über die Werkhalle und an die Entweichung mit einem Bäckerwagen in der jüngsten Vergangenheit. Die Öffentlichkeit denkt aber auch an die Probleme der Inneren Sicherheit: daß Anstaltsmitarbeiter Opfer von Gewaltdelikten geworden sind, daß in dem Sicherheitstrakt D — vom Bundesverfassungsgericht bestätigt — menschenunwürdige Verhältnisse geherrscht haben und daß in den letzten Jahren zehn Verfahren wegen Körperverletzung in der Anstalt durchgeführt werden mußten. Die Öffentlichkeit C gewinnt den Anschein, daß in der Anstalt etwas nicht in Ordnung ist und sie schlecht geführt wird. Das führt zu Gefühlen der Unsicherheit und Angst,

(*Erhard Pumm SPD:* Ja, und das wollen Sie!)

die man nachvollziehen kann. Aber wie soll man die Sicherheit erhöhen? Natürlich in erster Linie durch die Verbesserung der technischen Sicherheit.

Ich erinnere mich sehr genau, daß ich nach dem Ausbruch 1992 viel gehört habe über die Erhöhung von Zäunen, über Lampen, über Waffen, Schußwinkel und so weiter; heute hat der Senator auch von der Anbringung neuer Schlösser geredet. Ich meine aber auch, wie die Vorredner, daß die persönlich verantwortete Sicherheit wichtiger ist: Menschenführung, Aufsicht, Hausordnung und auch Schulung des Personals. Nun mag man anerkennen — und das tue ich auch —, daß unsere Vollzugsbeamten bereit sind, das zu leisten, was sie können. Dennoch bin ich sicher, daß es beim Ausbruch 1992 an Aufsicht gemangelt hat. Ich habe auch den Eindruck, daß die Angriffe auf weibliche Beamte ohne Aufsichtsfehler nicht hätten vorkommen können. Ich habe ferner den Eindruck, daß die Vermutung nicht völlig von der Hand zu weisen ist, daß Janik vielleicht noch lebte, wenn vor dem Einschluß um 19.30 Uhr kontrolliert worden wäre, ob der Schläfer tot ist

(*Erhard Pumm SPD:* Er war mehrfach tot!)

oder einen gesunden Schlaf hat. Wenn die persönlich verantwortete Sicherheit so wichtig ist, dann darf man, Herr Senator, nicht beruhigend sagen, die Kontrolle dürfe nicht verschärft werden, man solle die Schrauben nicht so anziehen, man solle sensibel miteinander umgehen. Das ist zwar richtig, aber notwendig sind auch die Verstärkung des D Personals — wie Herr Mahr gesagt hat —, die Aus- und Fortbildung zur Bewältigung neuer Probleme, wie zum Beispiel des Drogenhandels, sowie die Stärkung des Engagements der Vollzugsbeamten. Die Sicherheit wird in erster Linie durch gute Mitarbeiter verbürgt. Da ist noch viel zu tun, und ich hoffe, Herr Senator, daß Sie in vier Wochen, wenn Ihre Kommission den Zwischenbericht erstattet, uns mehr dazu sagen können.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zum nächsten, von der GAL-Fraktion angemeldeten Thema:

Hamburg ist gefordert — Sicherung und Ausbau des kommunalen Beschäftigungsprogramms

Das Wort hat Herr Bachmann.

Andreas Bachmann GAL: Meine Damen und Herren! Herr Runde, in der Krise der kommunalen Arbeitsmarktpolitik liegt in der Tat einiger Zündstoff, vor allen Dingen dann, wenn man, wie vor einigen Tagen geschehen, ziemlich süffisant gegen die Stammkräfte in den Beschäftigungsprojekten polemisiert. Aber das nur vorweg.

Wie Sie sicherlich wissen, werden die Hamburger Zuweisungen im ABM-Bereich im laufenden Jahr auf 29 Millionen DM reduziert. Das heißt, wenn es in Nürnberg und Bonn keine erfolgreichen Nachverhandlungen gibt und wenn es zu keinen nennenswerten Nachschlägen kommt, kann es in

(Andreas Bachmann GAL)

A diesem Jahr bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu keinen Neubewilligungen kommen. Spätestens im November des Jahres wird der ABM-Bestand bei Null sein. Die CDU/F.D.P.-Bundesregierung zerschlägt auf diese Weise — ähnlich wie bei den Einschränkungen im Bereich der Weiterbildung — die Reste der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Und nicht nur das! Mit den Versuchen, die Arbeitsvermittlung zu privatisieren, untertarifliche Beschäftigung bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchzusetzen, wird Arbeitsmarktpolitik zu einem Trümmerfeld der Sozialpolitik.

Bei dieser Ursachenbeschreibung muß man sehr genau aufpassen, was noch machbar ist als kommunale Gegenwehr. Wir sind der Meinung, daß sich die Verantwortung des Bundeslandes Hamburg nicht darauf beschränken darf, scharfe Presseerklärungen an die Bundesregierung zu richten. Wir glauben auch nicht, daß es eine Große Koalition in diesem Bereich besser machen würde. Sicherlich kann ein Bundesland wie Hamburg nicht autonom die Beschäftigungskrise der Region lösen. Dazu wäre es notwendig, daß bundesweit die Politik der Arbeitszeitverkürzung wiederbelebt wird und daß überall gesellschaftlich sinnvolle Investitionen mobilisiert und verteilungspolitische Korrekturen durchgeführt werden.

Aber: Hamburg bewegt sich mit seiner Arbeitsmarktpolitik immer noch synchron zur Bundesebene. Das ist konstruktionsbedingt durch die Bindung an das Arbeitsförderungsgesetz. Wir befürchten, daß Hamburger Mittel, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zur Kofinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abfließen können, leider nicht vollständig umgewidmet werden für städtische Beschäftigungsprogramme. Das halten wir für einen großen Fehler. Wir denken, daß es erstens, auch unabhängig von B der Volumeneinschränkung im Bereich der ABM-Zuweisungen, notwendig ist, eigene Programme aufzulegen, die von den Restriktionen des AFG unabhängig sind: Immer mehr Langzeitarbeitslose werden herausgesteuert aus den Fördermöglichkeiten des AFG, unabhängig von den jetzigen Volumeneinschränkungen. Daher ist es wichtig, das Hamburger Programm „Tariflohn statt Sozialhilfe" von der Struktur und dem Volumen her zu verändern. Es ist wichtig, daß freie Träger in diesem Bereich, die in vielen Armutsquartieren wichtige Integrationsleistungen erbringen, einen Direktzugang zu diesen Programmen bekommen.

(Vizepräsident Rolf Kruse übernimmt den Vorsitz)

Zweitens — das wird in den nächsten Wochen ziemlich wichtig werden, weil alle Welt jetzt den Rotstift spitzt —: Die Trägerlandschaft muß in ihrer ganzen Vielfalt erhalten bleiben. Es ist eine reale Gefahr, daß bei den Anstrengungen der Sparkommissare vor allen Dingen bei mißliebigen Trägern aufgeräumt und umgeräumt wird. Das muß verhindert werden. Es muß ein ausreichend angelegtes Auffangprogramm aufgelegt werden, damit die Träger in ihrer Vielfalt erhalten bleiben können.

Drittens — das können wir leider in dieser Form jedes Jahr wieder vortragen —: Es ist notwendig, daß Hamburg, unabhängig von den schwankenden Drittmittelzuweisungen, ein festes Sockelengagement für eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik mit eigenen Mitteln und Instrumenten vorhält. Damit wird vermieden, daß Hamburg, entweder freiwillig oder unfreiwillig, im Windschatten der Bundesregierung mitspart. Der Charakter der Arbeitsmarktpolitik muß viel stärker auf die Armutsbekämpfung ausgerichtet werden. Das wird am besten und erfolgreichsten mit kleineren quartiersnahen Einheiten und mit der unmittelbaren C Beteiligung der Wohnbevölkerung vor Ort ermöglicht. — Schönen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weil das Thema hinlänglich bekannt ist, liegt mir daran, Sie auf das hinzuweisen, worum es eigentlich geht. Es ist gar keine Schwierigkeit, über die Zahlen zu reden. Es wird von 3000 oder 5000 ABM-Beschäftigten gesprochen, man vergißt aber sehr schnell, was dies bedeutet und welcher Kurs über längere Zeit gefahren wurde. Ich habe es mir notiert und möchte Ihnen einmal zeigen, wie das in der Realität in Hamburg aussieht. An dieser schönen Grafik (ein DIN-A2-Blatt vorweisend), die Sie in den hinteren Reihen hoffentlich auch lesen können, kann man erkennen, wie sich, beginnend bei 1993, die Beschäftigungsmaßnahmen bis Ende 1994 darstellen werden. Das bedeutet, daß wir Anfang 1993 über 3700 ABM-Beschäftigte in Hamburg hatten; im übrigen lag diese Zahl einmal bei über 5000.

Das Programm der Bundesregierung hatte vorgesehen, daß es Ende 1993 — das war die ABM-Krise des vergangenen Jahres — fast keine ABM-Beschäftigten mehr geben sollte. Es gab dann — das zeigen die grauen Felder — eine kleine Zulage aus Bonn, trotzdem führt das neue Programm der Bundesregierung dazu — im Herbst gab es noch einmal einen Nachschlag, zu erkennen an den blauen Feldern —, daß die restlichen Mittel tatsächlich nicht ausreichen, um die ABM-Beschäftigung in dieser Stadt aufrechtzuerhalten. Wir werden also Ende des Jahres bei null anlangen.

(*Ralf-Dieter Fischer CDU:* Der Absturz ist immer D das Rote!)

Nun kann man die Frage stellen: Was soll das? Ich wollte Sie darauf aufmerksam machen, daß hinter der Zahl 3700 Menschen mit ihren Familien stehen, Menschen, die darauf warten, daß nach Auslaufen dieser Maßnahme die Beschäftigung verlängert wird, weil sie sich vielleicht Chancen ausgerechnet haben, durch Qualifizierungsmaßnahmen aus ihrer Krisensituation herauszukommen und auf dem Arbeitsmarkt neue Möglichkeiten zu bekommen. Dies wird ihnen unmöglich gemacht.

Es trifft aber auch die Anleiter und Stammkräfte, die in den Beschäftigungsträgern arbeiten und nun zum viertenmal hintereinander erklärt bekommen: Demnächst ist Schluß bei uns. Das ist die Realität. Wie soll man eigentlich kontinuierliche Arbeit leisten können, wenn solche Voraussetzungen gegeben sind?

Das, was mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geschieht, ist aus unserer Sicht eine arbeitsmarktpolitische Greueltat. Anders kann man das nicht bezeichnen. Die Lücke der Mittel aus Nürnberg, über die Herr Bachmann eben gesprochen hat, beträgt im Vergleich 1992 zu heute 240 Millionen DM; dieses Geld wird nicht gezahlt. Wie soll die Freie und Hansestadt Hamburg in der Lage sein, diese Lücke im Nürnberger Haushalt durch die Mittel der Stadt zu decken? Wir sind nicht in der Lage, diese Lücke zu stopfen.

Außerdem wäre es, Herr Bachmann, ein ganz gefährliches politisches Signal, wenn wir in Hamburg deutlich machen würden, daß wir — wie auch immer — versuchen, das alles aufzufangen. Die Konsequenz wäre, daß die Bundesregie-

(Uwe Grund SPD)

A rung anschließend die Daumenschrauben in Nürnberg noch fester anzieht. Eine solche Politik schadet Hamburg und den betroffenen Arbeitslosen in dieser Stadt.

Ich halte es für eine große Leistung, daß der Senat im Jahre 1994 trotz der engen Mittellage versuchen wird, die Quote von ABM-Beschäftigung bei 3000 Beschäftigten zu halten. Dies wird bei der derzeitigen Finanzsituation ausgesprochen schwierig werden. Trotzdem ist es in dieser Stadt möglich, mit der Kreativität der Träger, der Arbeitsverwaltung, aber auch der Mitarbeiter der Behörde neue Ideen zu entwickeln. Als Beispiel dafür nenne ich das Koglin-Modell, benannt nach dem Direktor des Arbeitsamtes Hamburg, der mit vielen anderen zusammen kreative Überlegungen angestellt hat, wie man trotz der Krisensituation neue Linien entwickeln kann.

Es ist richtig: Wir müssen die Trägerstrukturen in dieser Stadt erhalten. Ob das in jeder Couleur und jeder Ausgestaltung möglich sein wird, will ich dahingestellt sein lassen, entscheidend ist, daß wir im nächsten Jahr weitermachen können. Die Trägerstrukturen sind wichtig, weil es darum geht, daß wir Beschäftigungspolitik brauchen.

Ich kündige hier für die SPD-Fraktion an, daß wir mit den freien Trägern auch über die Frage der Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern nach dem Bundessozialhilfegesetz sprechen und neue Wege und Kooperationsmodelle erörtern werden. Das ist der Hamburger Weg; dieser Weg ist richtig.

Ein letztes Wort zu Herrn Bachmann. Herr Bachmann, ich stelle fest, daß Sie jedesmal, wenn Sie das Podium betreten, das Thema Große Koalition ansprechen. Mich wundert das, aber vielleicht hat es sich bis zu Ihnen nicht herumgesprochen, daß die SPD einen Kooperationspartner hat; in B Hamburg ist es die STATT Partei. Wir freuen uns, wenn wir diese Kooperation durchhalten können.

(*Andreas Bachmann GAL:* In Bonn!)

Vielleicht gewöhnen Sie sich auch noch daran. Sie sollten die Dinge nicht herbeireden, auch nicht in Bonn.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Bachmann.

Andreas Bachmann GAL: Wenn wir die Große Koalition in Bonn dadurch verhindern können, wenn wir sie in diesem Hause nicht mehr erwähnen, dann können wir das schriftlich vereinbaren, aber wahrscheinlich können Sie das nicht.

Herr Grund, vielleicht ist es ein Mißverständnis, vielleicht sogar ein absichtliches Mißverständnis. Sie wissen ganz genau, daß wir nicht der Meinung sind, komplett alle Nürnberger Mittel durch Hamburger Haushaltsmittel zu ersetzen, sondern wir sprechen von einem garantierten Basis- oder Sockelengagement in der Hamburger Arbeitsmarktpolitik, das sich in der Größenordnung von circa 300 Millionen DM bewegt. Mitnichten ist an einen kompletten Ersatz aller ausgebliebenen und gestrichenen Nürnberger Zuweisungen oder anderer Drittmittel gedacht.

Ein Argument von Ihnen finde ich recht gefährlich, und zwar den Hinweis darauf, daß über eine Stärkung kommunaler Beschäftigungsprogramme ein falsches Signal an Bonn gegeben wird, daß man sich dort aus der Verantwortung ziehen könnte. Ich glaube, das ist kein gutes Argument, denn das würde dazu führen, daß man Hamburger Haushaltsreste im Bereich der Arbeitsmarktpolitik als Mahnmal C gegenüber dem Sozialabbau verkaufen könnte. Vielleicht ist es nicht gewollt, aber es hat ein bißchen den Charakter der Geiselnahme von Erwerbslosen in Hamburg, die immer mit dem sachlich vortrefflichen Hinweis auf die strukturelle Verantwortung der Bundesregierung vertröstet werden. Das hat natürlich doch etwas mit politischer Prognosefähigkeit zu tun.

Jedes Jahr ist es dasselbe Theater, daß die lokale Hamburger Arbeitsmarktpolitik — wie auch in anderen Kommunen — zusammenbricht, weil wieder einmal die Stopp-Phase in Nürnberg und Bonn greift. Noch vor wenigen Monaten, im Oktober letzten Jahres, hat der damalige Sozialsenator und heutige Finanzsenator in einer Presseerklärung mitgeteilt, daß es nach der Stopp-Politik in diesem Jahr im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wieder aufwärtsgeht. Von wegen — es geht abwärts, und das war bei dieser Bundesregierung absehbar. Insofern ist es fahrlässig, jedes Jahr zu betonen, daß man den Bund nicht aus der Verantwortung entlassen darf. Die kräftigste, glaubwürdigste Gegenwehr gegen die Sozialpolitik der Bundesregierung ist eine konzentrierte Hamburger Sozial- und Beschäftigungspolitik. Es sind nicht alle Spielräume ausgereizt, die in Hamburg zu mobilisieren sind. — Danke.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Frau Senatorin Fischer-Menzel.

Senatorin Helgrit Fischer-Menzel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bachmann, Hamburg ist tatsächlich gefordert, in diesem Bereich etwas zu tun, aus meiner Sicht in dreierlei Hinsicht — das lasse ich mir auch nicht von D Ihnen ausreden, obwohl Sie deutlich zu machen versucht haben, daß Hamburg sehr viel stärker eingreifen und Mittel zur Verfügung stellen soll, mehr als aus Bonn kommen —:

Wir müssen den Druck auf Bonn erhöhen, wir dürfen Bonn und Nürnberg hier nicht aus der Verpflichtung herauslassen. Ihr Programm mit 300 Millionen DM, das Sie machen wollen, bedeutet, daß wir fast 100 Millionen DM aus dem Haushalt dazunehmen müßten. Damit würden wir herausfordern, daß Bonn sagt: Wunderbar, mit den 3 Milliarden DM, 24 Prozent im Haushalt von Nürnberg, die wir eingespart haben, stopfen wir unsere Haushaltslöcher. Das wird auch noch aus den Ländern goutiert, indem die ihre Länderhaushalte noch einmal plündern und sich fragen, wo sie noch Geld herbekommen, weil sie sich in der Verantwortung fühlen. Das kann nicht unser Ziel und unsere Politik sein.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt ist — das habe ich Ihnen gestern schon im Haushaltsausschuß gesagt, ich will es hier wiederholen —, daß der Senat seine Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik nicht kürzen wird. Wir stellen die notwendigen Komplementärmittel zur Verfügung, und wir wollen — auch das habe ich angekündigt und will es noch einmal sagen, weil es auch in der Kooperationsvereinbarung der Regierungsparteien in Hamburg nachzulesen ist — die gegenseitige Deckungsfähigkeit der arbeitsmarktpolitischen Haushaltsmittel zwischen ABM, LKZ und auch Paragraph 19 BSHG herstellen. Das bedeutet, daß wir eine vorsichtige Ausweitung für weitere Kooperationen und freie Träger beabsichtigen. Was darin steht — Sie haben es bestimmt

(Senatorin Helgrit Fischer-Menzel)

A gelesen, Herr Bachmann —, bedeutet aber auch, daß dieses nur unter den gleichen Rahmenbedingungen wie bei den Beschäftigungsgesellschaften machbar ist. Wir werden das — das gehört ebenfalls dazu — sehr vorsichtig machen, weil wir Komplementärmittel zurückbehalten wollen, da wir davon ausgehen, daß sich die Bonner Regierungskoalition in einem Wahljahr ein so merkwürdiges Aktionsprogramm zu Beschäftigung und Wachstum überhaupt nicht leisten kann. Wenn man den Namen hört, denkt man, das ist etwas ganz Tolles, aber im Grunde ist das eine Verhöhnung der Arbeitslosen.

(Glocke)

Vizepräsident Rolf Kruse (unterbrechend): Frau Senatorin, gestatten Sie Herrn Bachmann eine Zwischenfrage? (Zustimmung) Herr Bachmann.

Zwischenfrage von Andreas Bachmann GAL: Frau Fischer-Menzel, Sie haben eine „vorsichtige Ausweitung" des Programms im Bereich des Paragraphen 19 BSHG für die freien Träger angedeutet. Das ist ein sehr weiter Begriff. Was heißt „vorsichtig", wenn zur Zeit 1600 Maßnahmen in den Beschäftigungsstellen gefahren werden? Um wie viele Plätze wird dieses Programm für die freien Träger ausgeweitet? Das können Sie ja „vorsichtig" andeuten.

Senatorin Helgrit Fischer-Menzel (fortfahrend): Wir werden versuchen, Herr Bachmann, das in den nächsten Wochen zu konkretisieren. Das hängt von zwei Punkten ab, zum einen, inwieweit wir tatsächlich Mittel dafür zur Verfügung haben, zum anderen, inwieweit freie Träger in der Lage sind, unter den gleichen ökonomischen Bedingungen wie die Beschäftigungsgesellschaften so etwas zu machen. B Daran wird sich erweisen, inwieweit eine Ausweitung möglich sein wird und wie stark da der Druck ist.

Wir reden immer über Arbeitsmarktpolitik. In einem haben Sie recht: Es geht nicht so weiter mit Stop and go; das sehe ich auch so. Ich hoffe, daß sich auf diesem Gebiet in Bonn in diesem Jahr etwas ändern wird. Am Ende dieses Jahres werden wir auch in Hamburg gefordert sein, ein neues Arbeits- und Strukturförderungsgesetz einzubringen, in dem 50 Prozent der Bundesanstalt für Arbeit für aktive Beschäftigungspolitik vorgesehen sind. Das wollen wir machen, dann hört Stop and go auf.

Es muß in Hamburg auch Ziel sein, mit einigen kreativen Lösungen, wie Teilzeit-ABM, aber auch präventive Arbeitsmarktpolitik, sowie anderen Finanzierungsmodellen eine neue Form der Arbeitsmarktpolitik zu finden. Ich hoffe, daß dieses in Hamburg in Kooperation mit Bonn auch gelingen wird. — Danke.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsident Rolf Kruse: Frau Bruns hat das Wort.

Anna Bruns GAL: Ich will noch auf die Grafik von Herrn Grund zurückkommen. Herr Grund, Sie haben in Ihrer Grafik etwas vergessen. Erstens hätte ich die Grafik gern ab 1991 gehabt, und zweitens haben Sie vergessen, die Mittel einzuzeichnen, die Hamburg seitdem gespart hat. Hamburg spart — und das sagen wir immer wieder — im Kielwasser der Bonner Maßnahmen mit. Wir wollen nicht — das hat Herr Bachmann auch schon gesagt —, daß Hamburg die gesamte Katastrophe auffängt; das kann Hamburg nicht. Aber wenn Hamburg behauptet, es sei ein fatales Signal in Richtung Bonn, wenn es das, was es vorher C ausgegeben hat, weiterhin ausgeben würde, dann ist das gegenüber dem Aspekt eines fatalen Signals für die Stadt eigentlich zweitrangig. Mir kommt es darauf an, Signale in die Stadt zu setzen.

Frau Fischer-Menzel, Sie haben von dem Wahljahr gesprochen. Die Wahlen finden auch hier statt. In Hamburg wird nicht nur die CDU in Bonn abgestraft, sondern hier wird auch geguckt, was der Senat für uns tut, auch wenn in Bonn eine Katastrophenlinie gefahren wird. Das heißt: Jammert er, wäscht sich die Hände in Unschuld, oder entwickelt er das, was Sie vorhin angedeutet haben, was aber nicht erst Ende 1994 eigentlich angegangen werden muß, sondern jetzt, Frau Fischer-Menzel? Entwickelt er dazu intelligente neue Konzepte kommunaler Arbeitsmarktpolitik? Stop and go haben wir bereits im dritten Jahr, und wir wußten, daß wir es auch 1994 wieder bekommen. Hamburg hat nichts dagegen getan. Im Kooperationsvertrag sind angeblich diese 3000 Stellen eingebracht. Wenn man aber im Haushalt nachguckt, sind es nur 2000 Stellen, 1000 fallen aufgrund von Verpflichtungsermächtigungen weg, Kassenmittel sind nur für 2000 Stellen vorhanden.

Im Kooperationsvertrag wurde von einem „Armutsbekämpfungsprogramm" gesprochen. Dieses Programm macht sich weder an dieser Debatte noch am Haushalt fest; wir warten darauf. Das Armutsbekämpfungsprogramm ist für uns in erster Linie auch ein Beschäftigungsprogramm.

Herr Grund, Sie hatten vielleicht einen Freudschen Versprecher — Frau Fischer-Menzel hat es diskreter ausgedrückt —, als Sie hinsichtlich der freien Träger davon geredet haben, wer noch am Futternapf teilhaben darf. Sie haben gesagt, es kommt ein bißchen auf die Couleur an. Ich D möchte doch sehr bitten, daß man die politischen Farben aus diesem Bereich heraushält und guckt, was freie Träger vor Ort leisten.

(*Jan Ehlers SPD:* Wer hat das von der Couleur gesagt?)

— Herr Grund hat gesagt, es kommt auf die Couleur oder die politische Farbe an. — In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage ist sehr viel von Kleinräumigkeit die Rede gewesen. Wenn freie Träger kleinräumig und wohnortnah etwas leisten können, dann sind es genau die Träger, die bisher den Zündstoff abgegeben haben. Auch da, denke ich, läßt die Polemik von Herrn Runde nichts Gutes ahnen.

Es ist eine Diskreditierung, wenn es heißt, es gibt ein bestimmtes Spektrum von freien Trägern, die sich hinter ihren Zielgruppen verschanzen, als würden sie sozusagen ihr privates Schäflein ins trockene bringen wollen und die Zielgruppen instrumentalisieren. Ich möchte sehr dagegenhalten. Ich bin sehr gespannt, welche Entscheidungen oder Sortierungen wir in den nächsten Wochen auf den Tisch bekommen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Erstens: Frau Bruns, Herr Bachmann hat von der bunten Vielfalt der Träger gesprochen. Ich habe dieses Bild aufgegriffen und erklärt, daß man prüfen muß, ob man jede Couleur am Ende wird ertragen und durchhalten können. Entscheidend ist aber die Frage, daß man die Strukturen erhält. Darauf habe ich Wert gelegt. Wenn Sie

(Uwe Grund SPD)

A daraus parteipolitische Präferenzen ablesen wollen, ist das Ihr Problem.

Zweitens: Bei der Verfolgung Ihrer Überlegungen ist es eine nicht unwichtige Frage, jetzt die Prognose anzustellen, was man tun müßte, wenn man über Restmittel debattiert, die durch fehlende Komplementärleistungen für vorhandene ABM-Mittel aus Bonn oder aus Nürnberg nicht verbraucht wurden. Wenn man vermutete Restmittel verbraucht, dann tritt doch genau der Effekt ein, daß man über dieses Geld nicht mehr verfügen kann, wenn am Jahresende versucht wird, wie auch 1993, einen Nachschlag durchzusetzen. Das kam doch nicht von ungefähr, sondern es hat daran gelegen, daß die Sozialpolitiker aller Fraktionen — auch die der CDU, das möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen — dafür gekämpft haben, daß es bei den Entscheidungen der Regierung nicht geblieben ist. Ohne die Änderung dieser Entscheidungen wäre es nicht möglich gewesen, im Spätherbst 1993 viele ABM-Stellen zu retten. Ich bin dafür, wenn es notwendig ist, diesen Versuch 1994 noch einmal zu machen, weil es anders nicht geht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Bachmann.

Andreas Bachmann GAL: Herr Grund, wenn es so wäre, daß der Nachschlag für das Jahr 1993 das Resultat eines gemeinsamen Kampfes der Gewerkschaften, der CDU-Sozialausschüsse, SPD und Grünen gewesen wäre, dann wäre Ihr Hinweis bedenkenswert. Aber Sie wissen genauso gut wie ich, daß der Nachschlag gekommen ist, weil die neuen Bundesländer das zugewiesene Geld für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht komplett ausgeben konnten.

B (*Uwe Grund SPD:* Es gab zwei Nachschläge!)

Vizepräsident Rolf Kruse: Jetzt rufe ich das dritte Thema der Aktuellen Stunde auf, von der STATT Partei angemeldet:

Weniger Alkohol im Straßenverkehr

Das Wort hat Herr Bölckow.

Christian Bölckow STATT Partei: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Nacht zum Sonnabend wurden im Rahmen einer Verkehrskontrolle der Polizei in Hamburg 41 Autofahrer wegen Überschreitens der 0,8-Promillegrenze angehalten. Das hört sich zunächst wenig an, wenn man aber weiß, daß im Jahre 1992 von Hamburger Gerichten mehr als 5700 Personen wegen Trunkenheit im Straßenverkehr verurteilt wurden, dann bekommt diese Zahl eine ganz andere Bedeutung. Fachleute gehen davon aus, daß nur etwa jeder sechshundertste Trunkenheitsfall aufgedeckt wird. Legt man dieses Dunkelfeld zugrunde, ergeben sich für Hamburg für das Jahr 1992 mehr als 3,4 Millionen Trunkenheitsfahrten, das sind 3,4 Millionen Fahrten mit verdoppeltem oder gar vervierfachtem Unfallrisiko. Gerade schwere Unfälle und Unfälle mit Personenschäden sind überproportional alkoholbedingt. So wurden allein 1992 in Hamburg bei Unfällen unter Alkoholeinfluß 23 Menschen getötet und 475 verletzt.

Unter Alkoholeinfluß erhöht sich nicht nur die Wahrscheinlichkeit, Verursacher eines Unfalls, sondern auch die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Unfalls zu werden. Die Teilnahme am Verkehr erfordert vom Kraftfahrer nicht allein deshalb die Fähigkeit, sein Fahrzeug ständig beherrschen zu können, damit er selbst die Ge- und Verbote befolgen kann, sondern auch, damit er auf Fehler anderer adäquat reagieren kann. Ist diese Fähigkeit herabgesetzt, kann es dazu führen, daß es zu dem Unfall kommt, dem der nüchterne Fahrer hätte ausweichen können, und schlimmere Folgen entstehen. C

(Beifall bei *Sabine Koch-Boehlich GAL*)

Im Laufe der Jahre und Jahrzehnte ist die Fahrsituation besonders in Großstädten wie Hamburg immer komplexer geworden. Dies liegt sowohl an der starken Zunahme der Verkehrsdichte als auch am Ausbau des Verkehrsnetzes und der Zunahme von Umwelteinflüssen auf die Verkehrsteilnehmer. Diese Risiken kommen zum Teil von außerhalb des eigentlichen Verkehrs, zum Beispiel durch Reklameschilder, als auch aus dem Verkehr selber, zum Beispiel durch die Zunahme von Verkehrsregelungseinrichtungen, wie Schilder und Ampeln, Verkehrsleiteinrichtungen und die Zunahme der Komplexität der Straßenführungen.

Diese gestiegenen Anforderungen waren neben der zunehmenden Genauigkeit der Meßinstrumente Grundlage für den Beschluß des Bundesgerichtshofes im Jahre 1990, die Grenze der absoluten Fahruntüchtigkeit herabzusetzen. Die gegenwärtige Rechtslage führt viele Autofahrer in die Irre. Die 0,8-Promillegrenze wurde durch die Rechtsprechung längst auf 0,3 Promille abgesenkt, sobald Fahrfehler erkennbar waren. Der Bereich zwischen diesen beiden Werten bleibt ein unsicherer Rechtsraum. Schon aus diesem Grund ist eine Senkung der 0,8-Promillegrenze sinnvoll. Es ist Aufgabe des Senats, in Bonn dafür einzutreten.

Ein weiteres Instrumentarium zur Aufdeckung von Trunkenheitsfahrten könnte auf gesetzgeberischer Seite die Einführung von Alkoholkontrollen ohne Vorliegen von tatsächchen Anhaltspunkten sein. Zur Zeit darf ein Kraftfahrer, außer bei einer allgemeinen Verkehrskontrolle, nicht zum Zwecke der Überprüfung auf Alkohol angehalten werden, wenn es keinen Anfangsverdacht gibt, was mit zum großen Dunkelfeld beiträgt. D

Eine Maßnahme, die bereits aufgrund der jetzigen Gesetzeslage durchgeführt werden kann, ist die deutliche Verstärkung von Verkehrskontrollen. Der Ausbau der Verkehrskontrollen in zeitlicher und flächendeckender Art würde nicht nur mehr Trunkenheitsfahrten aufdecken und damit die zum Fahren ungeeigneten Personen aus dem Verkehr ziehen, sondern auch das Bewußtsein in der Bevölkerung für die Gefährlichkeit von Alkohol am Steuer und das Aufdeckungsrisiko erhöhen und damit die Anzahl der Trunkenheitsfahrten herabsetzen.

Der Grundsatz, der schon seit jeher galt, daß Alkohol und die Teilnahme am Straßenverkehr sich ausschließen, muß infolge der gewachsenen Anforderungen an Kraftfahrer erst recht in der heutigen Fahrsituation in einer Großstadt wie Hamburg gelten.

(Beifall bei der STATT Partei)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Heß.

Friedrich Heß SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich den Ausführungen von Herrn Bölckow weitgehend anschließen. Überhöhte Geschwindigkeit und Alkoholeinfluß — oft auch in Kombination — sind die Hauptunfallursachen. Es bedarf klarer ordnungspolitischer Vorgaben, um diese Gefahren für alle Verkehrsteilnehmer einzuschränken, soweit dieses möglich ist. Besonders Kinder und ältere Menschen müssen geschützt werden.

(Friedrich Heß SPD)

A Man muß sich ins Gedächtnis rufen, daß seit dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik eine halbe Million Menschen auf der Straße gestorben sind; der Alkohol hat dabei oft eine große, schreckliche Rolle gespielt.

Temporeduzierungen sind eine Möglichkeit, die man ergreifen sollte; die Tempo-30-Zonen mögen dafür ein Beispiel sein. Auch die Verringerung des Tempos von 60 auf 50 Stundenkilometer auf sechzig Hamburger Straßen führte in dem untersuchten Vergleichszeitraum 1991/92 zu einem Rückgang der Unfälle um 22,5 Prozent, die Zahl der Verletzungen nahm entscheidend ab, ebenso die Schwere der Verletzungen. Selbst auf Straßen, auf denen weiterhin Tempo 60 Kilometer je Stunde erlaubt blieb, war ein Rückgang von 10 Prozent an Unfällen zu verzeichnen.

Aber leider gibt es immer noch Tote und Verletzte. Das bedeutet, daß in bezug auf die überhöhte Geschwindigkeit weitere Temporeduzierungen notwendig sind. Das bedeutet aber auch, daß Temporeduzierungen und das Einhalten von vorgeschriebenen Geschwindigkeiten stärker überwacht werden müssen. Im Meßzeitraum, in dem man sehr intensiv überwacht hat, hat sich herausgestellt, daß sich 35 Prozent der Autofahrer überhaupt nicht an die Vorgabe der Geschwindigkeitsbegrenzungen halten.

Ähnlich wie eine Reduzierung des Tempos muß auch eine Reduzierung der Promillegrenze durchgesetzt werden, um den Verkehr sicherer zu machen, obwohl Alkohol sicherlich ein gesellschaftlich sehr schwieriges Problem ist. Der Kampf um die Promillegrenze: 0,8, 0,5, 0,3, wogt seit langer Zeit hin und her. Ich bin der Meinung, daß die zur Zeit gültigen 0,8 Promille in ganz Deutschland deutlich machen, daß die Entscheidungsträger nicht den Mut gefunden haben, an diesem Wert zu rütteln. Trotz aller verkehrswissen-
B schaftlicher Erkenntnisse und statistischer Erfahrungen hat man es nicht gewagt, die Promillegrenze zu reduzieren, weil man meinte, ein solcher Schritt sei unpopulär und die Bürger würden das nicht mitmachen. Ich glaube, es ist ein Irrtum, zu glauben, daß diese Entscheidung beim Wähler schlecht ankäme. Ich bin der Meinung, daß viele Bürgerinnen und Bürger genau wissen, was Alkohol am Steuer bedeutet und wie gefährlich er für alle Beteiligten ist.

Ein Auto ist, neben anderen Dingen, die es auszeichnen, zweifellos auch ein tödliches Werkzeug. Wer seine Fähigkeiten, dieses Werkzeug zu lenken, durch Alkoholgenuß verringert, setzt das Leben anderer leichtsinnig aufs Spiel, und natürlich auch sein eigenes. Er handelt unverantwortlich und aus meiner Sicht sogar verbrecherisch, denn ein Auto ist eindeutig ein Mordwerkzeug, und jeder weiß es.

Deshalb fordert die SPD eine Senkung der Promillegrenze von 0,8 auf 0,5. Auf diesem Gebiet sind allerdings wirksame Kontrollen erforderlich. Die SPD fordert deshalb die Einführung der elektronischen Atem-Alkohol-Analyse als gerichtsverwertbares Beweismittel und gleichzeitig die Festlegung eines entsprechenden Atem-Alkohol-Grenzwertes, der im Straßenverkehrsgesetz festgelegt werden muß. Auch müssen, wie Herr Bölckow schon gesagt hat, polizeiliche Alkoholkontrollen möglich sein, ohne daß konkrete Verdachtsmomente vorliegen. Wenn es nach mir ginge, läge der Alkoholwert bei 0,0 Promille. Wer Alkohol zu sich nehmen möchte, darf nicht Auto fahren, und wer Auto fahren will, darf keinen Alkohol trinken.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

(*Markus Wegner STATT Partei:* Herr Schmidt über- C
nimmt jetzt den Gegenpart!)

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist heute natürlich ein Teilthema des allgemeinen Themas, wie die Menschen auf den Straßen sicher werden. Insofern ist es zu begrüßen, daß allgemein die Forderung erhoben wird, es sollte auch in dem Bereich „Alkohol am Steuer" besser werden. Nun bin ich nicht geneigt, von hier aus das Volk erziehen zu wollen. Deswegen enthalte ich mich moralischer Ratschläge.

Ich möchte aber darauf hinweisen, daß natürlich in diesem Land etwas notwendig ist, was aber nicht ganz leicht zu erreichen ist. Das Beispiel der ehemaligen DDR lehrt uns nämlich, daß allein Gebote der Obrigkeit nicht besonders weit reichen.

(*Markus Wegner STATT Partei:* Das hatte ja wohl noch ein paar andere Gründe!)

Die DDR-Bevölkerung hat zwar zu Teilen das absolute Alkoholverbot am Steuer respektiert. Ich habe mich immer gefreut, wenn man in der DDR bei Festen war, daß es tatsächlich gelungen war, ein Fest zu feiern, ohne daß die Leute, die anschließend Auto fahren wollten, tatsächlich Alkohol zu sich genommen haben. Dennoch war das eine Minderheit. Die Mehrheit hat das getan, was auch in der Bundesrepublik üblich ist: Sie hat sich unten durchgemogelt. Und erst recht nach Aufhebung des klaren Verbotes und nach Veränderung der staatlichen Verhältnisse hat in der dann ehemaligen DDR etwas stattgefunden, was wirklich sehr schlimm war: Erstens sind die Leute gerast wie verrückt, und zweitens war der Alkohol am Steuer wie selbstverständlich. Die Folge war, daß es dort so viele D
Verkehrstote gegeben hat wie nie zuvor. Das war der Blutzoll der Wiedervereinigung.

Jetzt muß man fragen: Was lernt uns das? Das lernt uns, daß man mit Geboten nur einen Schritt weiterkommt, denn das andere ist das Problem des gesellschaftlichen Bewußtseins und der öffentlichen Moral. Das heißt, solange es in einer Stadt wie Hamburg als Kavaliersdelikt gilt, wird man nicht besonders weit kommen. Da können staatliche Maßnahmen nur ein kleiner Schritt sein. Ich bin dafür, daß die Dinge sehr verschärft werden und der Entzug des Führerscheins nicht nur bei Alkohol am Steuer, sondern bei Geschwindigkeitsüberschreitungen — auch von mehr als 20 Kilometern als erlaubt — eine selbstverständliche Sache sein müßte. Und wenn das der Fall wäre, würden wir wahrscheinlich die Sicherheit auf den Straßen für alle beträchtlich erhöhen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD — *Krista Sager GAL:* Was ist denn eigentlich mit Alkohol auf dem Fahrrad?)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Senator Hackmann.

Senator Werner Hackmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Hamburger Polizei bekämpft mit Entschlossenheit eine der Hauptunfallursachen, nämlich Alkohol im Straßenverkehr.

Im Jahre 1992 — die endgültigen Zahlen 1993 liegen uns noch nicht vor — hat es 712 Unfälle mit Personenschäden nur wegen der Unfallursache Alkohol gegeben. Zur Be-

(Senator Werner Hackmann)

A kämpfung hat die Hamburger Polizei über 23 000 Alkoholtests durchgeführt. In Großeinsätzen sind 15 799 Fahrzeuge kontrolliert worden. Dazu sind 1238 Beamte der Hamburger Polizei im Einsatz gewesen. Wir werden auf diesem konsequenten Weg auch in Zukunft fortschreiten.

Ich will in diesem Zusammenhang nur darauf aufmerksam machen, daß man nicht fordern kann, die Aufgaben der Hamburger Polizei kritisch zu durchforsten, ihr immer neue Aufgaben zuzuweisen und gleichzeitig wegen der uns bekannten Schwierigkeiten im Haushalt keine neuen Planstellen zu schaffen. Ich denke, wir werden trotz dieses Umstandes zu Prioritätensetzungen kommen müssen. Deshalb ist es für mich wichtig und gar kein Widerspruch, daß der seit Juni 1991 im Deutschen Bundestag liegende Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion, der über den Bundesrat vom Hamburger Senat mehrfach unterstützt worden ist, endlich vom Deutschen Bundestag umgesetzt und beschlossen werden muß, nämlich die Herabsetzung der Promillegrenze von 0,8 Prozent auf 0,5 Prozent.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* 0,5 Prozent? — Promille!)

— Promille, vielen Dank. — Ich denke, es ist in der Tat nicht gut, daß der Gesetzgeber im Deutschen Bundestag bisher nicht die Entschlußfähigkeit gefunden hat, diesen Gesetzentwurf umzusetzen. Es liegt ganz eindeutig an der zögerlichen Haltung der Regierungskoalition in Bonn, und wir sollten wegen des Problemes gemeinsam alles daransetzen — und Sie Ihren Einfluß in Bonn mit geltend machen —, daß dieses Gesetz endlich Wirklichkeit wird. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

B **Vizepräsident Rolf Kruse:** Meine Damen und Herren! Für das vierte angemeldete Thema stehen noch zwei oder drei Abgeordneten-Minuten zur Verfügung. Ich frage einmal in Richtung auf die SPD-Fraktion, ob sie das von ihr angemeldete Thema noch zwei bis drei Minuten andiskutieren möchte.

(*Ingo Kleist und Uwe Grund, beide SPD:* Nein!)

Das ist nicht der Fall. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2. Es ist die Wahl zur Bundesversammlung.

[Wahl von dreizehn Mitgliedern und Vertretern zur Bundesversammlung]

Dazu liegen die gelben Stimmzettel auf den Plätzen. Nach dem maßgebenden Bundesgesetz findet die Wahl als Listenwahl statt. Deswegen haben Sie als Abgeordnete jeweils nur die Möglichkeit, sich für eine Liste oder gar nicht zu entscheiden. Wenn Sie sich für zwei oder mehr Listen entscheiden, dann ist die Stimme ungültig. Das andere gilt für die üblichen Zusätze.

Darf ich die Schriftführerinnen und Schriftführer freundlich bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

Ich glaube, der Wahl zur Bundesversammlung ist es angemessen, dies als einzelnen Wahlgang vorzunehmen.

(Die Wahl wird vorgenommen)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die einen gelben Stimmzettel abgeben wollten, dies auch getan? Ich höre keinen Widerspruch und schließe die Wahlhandlung.

Für die Dauer der Auszählung unterbreche ich die Sitzung. C

Unterbrechung: 17.40 Uhr

Wiederbeginn: 17.50 Uhr

Vizepräsident Rolf Kruse: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich gebe das **Ergebnis der Wahl zur Bundesversammlung** bekannt. Abgegeben worden sind 117 Stimmen. Ungültig waren drei Stimmen; zwei Enthaltungen. Abgegebene gültige Stimmen: 112. Auf die Liste 1 entfielen 58 Stimmen, auf die Liste 2 36 Stimmen und auf die Liste 3 18 Stimmen. Das Auszählverfahren wird entsprechend den gesetzlichen Grundlagen nach d'Hondt vorgenommen. Damit entfielen auf die Liste 1 die Plätze 1, 3, 4, 7, 9, 10 und 13 gleich 7 Sitze, auf die Liste 2 die Plätze 2, 6, 8 und 11 gleich 4 Sitze und auf die Liste 3 die Plätze 5 und 12 gleich 2 Sitze. Damit sind auf der Liste 1 die Bewerber 1 bis 7, auf der Liste 2 die Bewerber 1 bis 4 und auf der Liste 3 die Bewerber 1 und 2 gewählt.

Wir kommen zu den Punkten 3 und 4, weiteren Wahlen, die wir gemeinsam durchführen können, und zwar — die grünen Stimmzettel — zur Wahl von Beisitzern und Vertretern für die Bodenordnungskommission und — der blaue Stimmzettel — zur Nachwahl eines Deputierten der Umweltbehörde.

[Wahl von acht Beisitzern und acht Vertretern für die Kommission für Bodenordnung]

[Wahl eines Deputierten der Umweltbehörde — Drucksache 15/322 —]

Darf ich die Schriftführer noch einmal bitten, die Stimmzettel einzusammeln. D

(Die Wahlen werden vorgenommen)

Sind alle Stimmzettel abgegeben? Ich höre keinen Widerspruch. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Ich denke, das Haus ist damit einverstanden, daß wir die Ergebnisse zu Protokoll geben.*

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 und 14 auf: zwei Anträge der CDU-Fraktion zur Polizei.

[Antrag der Fraktion der CDU: Polizei vor Ort auf die Straße — Drucksache 15/176 —]

[Antrag der Fraktion der CDU: Ausländische Polizisten für Hamburg — Drucksache 15/177 —]

Dazu hat die SPD-Fraktion die Überweisung an den Innenausschuß beantragt. Das Wort wird gewünscht. Herr Ehlers hat es.

Karl-Heinz Ehlers CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Parallel zu unserem Antrag, der dem Haus schon etwas länger vorliegt und jetzt debattiert werden soll, ist gestern vom Innensenator die Kriminalstatistik 1993 für Hamburg vorgelegt worden.

Ich denke, Herr Senator, wenn Sie sich in dem statistisch zu verzeichnenden Rückgang von 7,3 Prozent der Straftaten sonnen, dann geben Sie sich einer trügerischen und gefährlichen Ruhe hin. Mir scheint, wenn ich die Zeitungen lese,

* Siehe Seite 326

(Karl-Heinz Ehlers CDU)

A daß Sie — jedenfalls auf Ihrer Pressekonferenz — den Eindruck erweckt haben, daß diese Polizeistatistik so etwas Ähnliches für Sie ist wie die Straßenlaterne für einen betrunkenen Seemann, nämlich mehr Halt als Erleuchtung.

(Lachen bei der CDU)

Deswegen möchte ich ein paar Gesichtspunkte über das, was diese Statistik aus meiner Sicht aussagt, vortragen.

Fazit ist für mich, daß, auch wenn Sie sagen, das sei der höchste Rückgang nach 1953, festzustellen ist, daß sich die Kriminalität in Hamburg auf einem ausgesprochen hohen Niveau stabilisiert hat. Wir sind noch nicht unter das Niveau von 1991 zurückgefallen, und das macht deutlich, wie hoch das Niveau in Hamburg ist: immer noch fast 300 000 Straftaten.

Nun sagt der Senator, das sei darauf zurückzuführen, daß er ein erfolgreiches Konzept zur Verbrechensbekämpfung umgesetzt habe. Herr Senator, ich will nicht bestreiten — und unser Antrag geht ja genau in diese Richtung —, daß das, was Sie dort tun, in großen Teilen richtig ist, aber es reicht nicht aus. Und deswegen bitten wir das Parlament zu entscheiden, daß der Senat — nicht im Sinne des Umweltschutzes, sondern im Sinne der Inneren Sicherheit — mehr Grün auf die Straße schaffen muß.

(*Ingo Kleist SPD:* Grün-Beige!)

Wir haben das schon lange für erforderlich gehalten. Herr Senator, es ist also nicht nur auf ein solches erfolgreiches Konzept zurückzuführen, sondern auf zwei weitere Gründe, die ich nennen möchte.

Erstens haben wir einen Rückgang in der Statistik, weil sich das Anzeigeverhalten der Bevölkerung gewaltig verändert B hat. Die Leute haben schlicht Angst, Straftaten anzuzeigen, sie haben auch schlicht Angst, wenn — wie mir berichtet wird — Polizisten bei Anzeigenden häufig mit der Gegenfrage antworten: „Wollen Sie das eigentlich wirklich? Wir können Ihnen nämlich sagen, wer das war. Und wir können Ihnen auch sagen, was Ihnen blüht, wenn der herausbekommt, daß Sie ihn angezeigt haben." Wer so, meine Damen und Herren, Anzeigenden begegnet, muß sich nicht wundern, wenn das Anzeigeverhalten bei künftigen Fällen aus berechtigter Angst vor Repressalien von Straftätern abnimmt.

Ein weiterer Grund ist, daß sich auch in der Bevölkerung der Eindruck verstärkt, die Polizei sei, selbst wenn man anzeigte, im Grunde nicht in der Lage zu helfen. Was soll denn eine Anzeige jemandes, der in der S-Bahn belästigt oder bestohlen worden ist, anschließend drei Stationen weiter bei einem Polizeirevier? Die Chance, daß der Straftäter erwischt wird, ist null. Also läßt man es, wenn man mit einem halbwegs blauen Auge davongekommen ist.

Und es gibt einen dritten Grund, was das Anzeigeverhalten betrifft, nämlich daß Anzeigen sehr häufig durch den Einsatz privater Wachdienste überflüssig geworden sind. Damit wir uns nicht mißverstehen: Ich bin der Meinung, in bestimmten Bereichen — auch zur Entlastung der Polizei — haben diejenigen, die beispielsweise über die Art ihres Betriebes zusätzlichen Gefährdungen ausgesetzt sind, auch mit dafür zu sorgen, daß entsprechender Schutz vorhanden ist. Und dafür sind private Wachdienste durchaus eine sinnvolle Maßnahme. Aber wenn aufgrund dieser Tatsache die Kriminalstatistik zurückgeht, ist das kein Grund zur Zufriedenheit für die Polizei oder ihre politische Führung.

Es gibt einen zweiten gravierenden Punkt, der bezeichnenderweise in Ihrer Statistik gar nicht mehr angesprochen C wird, Herr Senator, der aber — so auch die Polizeigewerkschaft in ihrer Presseerklärung — deutlich macht, daß wir mit dem Rückgang des Ausländeranteils als Erfolg des Asylkompromisses deutlich abnehmende Straftaten im Bereich von Ausländern zu verzeichnen haben. Dennoch ist es immer noch ein hoher Anteil. Sie haben ihn im letzten Jahr noch ausgewiesen. Er lag bei 36 Prozent der Tatverdächtigen in Hamburg, bereinigt um die Straftaten, die zum Beispiel nur von asylberechtigten Ausländern begangen werden können, etwa Erschleichung von Leistungen oder Paßvergehen. Dieses Jahr haben Sie den Anteil nicht mehr genannt. Er ist mal ausgerechnet worden, Herr Senator. Er beträgt 42 Prozent der Tatverdächtigen; trotz Rückganges der Zahlen. Und das scheint mir auch kein Grund zu sein, sich darauf auszuruhen. Bei Mord beispielsweise beträgt er 46 Prozent. Mord im übrigen mit der höchsten Zuwachsrate bei der Gewaltkriminalität. Bei Rauschgiftdelikten beträgt er 66 Prozent. Dieses darf nicht verschwiegen werden, und es ist kein Grund, diese Statistik sozusagen mit dem Hinweis auf einen Rückgang schönzufärben.

Ich will ein paar weitere Gesichtspunkte anführen, die in der Tendenz nach meiner Meinung aus dieser Statistik gefährlich deutlich hervorgehen und alles andere als ein Grund zu Jubel sind. Sie haben selber deutlich gemacht, daß der Gewaltanteil an den Straftaten drastisch zugenommen hat. Ich habe schon vor Jahren gesagt, wir sähen uns dem Phänomen gegenüber, daß die Straftäter einerseits immer jünger und andererseits immer brutaler werden. Wir haben 39 Prozent Kinder und Jugendliche beim Handtaschenraub, beim Straßenraub. Eine Zahl, die mir außerordentlich gefährlich vorkommt, weil sie, wenn wir gleichzeitig eine so geringe Aufklärungsquote gerade in diesem Deliktsbereich D haben, Jugendliche animiert, weiterzugehen auf diesem verhängnisvollen Weg, wenn man ihn einmal, ohne daß die Polizei einen hat greifen können, erfolgreich beschritten hat.

Meine Damen und Herren! Eine zweite Tendenz wird deutlich: Raub nimmt zu. Senator Hackmann macht es sich ein bißchen einfach, wenn er sagt, das sei die Konsequenz der Armut in der Bundesrepublik, dann müßten die Leute halt rauben. Das scheint mir eine gefährliche Verkennung zu sein, denn sehr häufig — Herr Senator, das wissen Sie genausogut wie ich — sind die Täter nicht arm und begehen Raub nicht, weil sie müssen, um nicht zu verhungern. Beispielsweise werden auch Kaufhausdiebstähle in großem Umfange nicht begangen, um das Hungerbedürfnis oder den Durst zu stillen, sondern es wird gezielt hochwertig geklaut.

Die Täter sind nicht arm, sondern sie sind organisiert und handeln aus Geldgier, nicht aus Armut. Deswegen ist es gefährlich zu sagen, das sei eben die Konsequenz der Bonner Politik, die die Armen immer ärmer mache, und deswegen müßten wir uns in Hamburg mit dem Ergebnis dieser Politik auseinandersetzen, das heißt: Wer nichts hat, muß halt klauen.

Meine Damen und Herren! Auch im Bereich Rauschgift scheint mir eine gefährliche Tendenz vorhanden zu sein. Die harmlosen Drogen, ihre Auffindung und das Dealen nehmen in Hamburg drastisch zu. Das ist kein Erfolg der Drogenpolitik, sondern eine Verlagerung auf in Hamburg nicht mehr verfolgte Arten von Drogendelikten. Damit — das ist beispielsweise das Gefährliche bei Haschisch oder

(Karl-Heinz Ehlers CDU)

A Marihuana — wird der Einstieg in den Drogenkonsum erleichtert, nicht in dem Sinne, daß man durch physische Abhängigkeit gezwungen wird, auf harte Drogen umzusteigen, die Hemmschwelle zum Einstieg in Drogen wird aber herabgesetzt. Da das Delikt in Hamburg nicht mehr verfolgt wird, wird diese Lücke von Rauschgiftdealern dazu genutzt, mehr Stoff umzusetzen und dadurch die Gewinnspanne gleich hoch zu halten. Das ist eine ausgesprochen gefährliche Tendenz, weil mehr Umsatz nicht nur mehr Konsum bedeutet, sondern weil mehr Umsatz auch neue Märkte bedeutet, das heißt zusätzliche Abnehmer.

(Vizepräsidentin Ulla Bussek übernimmt den Vorsitz)

Herr Senator, Sie haben in Ihrer Pressekonferenz zuwenig deutlich gemacht, daß es keinen Grund zum Ausruhen gibt, sondern Sie haben verharmlost, anstatt unser richtiges Konzept, das sich in diesem Antrag widerspiegelt, zu übernehmen. Wir brauchen mehr Polizei vor Ort und mehr täterorientierte Ermittlungen.

Ich will nicht verkennen, Herr Senator, daß Sie persönlich durchaus auf dem richtigen Weg sind. Ginge es nach Ihnen, wäre die Stadt auf diesem Wege auch weiter. Das ist nicht Ihr persönliches Problem, sondern ein Problem der Sozialdemokraten. Ich finde es schade, daß Sie mit Ihrem Argument „Armutskriminalität" umgefallen sind, obwohl Sie sehr genau wissen, daß weniger Armut als vielmehr Organisation hinter dieser Art von Kriminalität steckt.

Wir haben mit unseren Anträgen zur Frage des Wertewandels und der Stadtteilräte darauf hingewiesen. Man mag über den Begriff streiten, ob man nun Stadtteilrat oder Runder Tisch sagt. Es ist ein Versuch, allen Sachverstand
B der Bezirke und örtlichen Gemeinwesen zur Bekämpfung von Kriminalität zu nutzen — ein Antrag, den mein Vorgänger Martin Müller bereits vor zehn Jahren in der Bürgerschaft gestellt hat und der von Ihnen abgelehnt worden ist. Hilfe durch die Gesellschaft in diesen Bereichen und damit Stabilisierung der Gesellschaft gegenüber Kriminalität ist das, was wir neben verstärkter Aufklärung durch die Polizei brauchen.

Ich weiß, daß das Geld kostet. Deswegen unser Ansatz — da sind Sie uns seit anderthalb Jahren, Herr Senator, die Antwort schuldig —, über Aufgabenkritik die Polizei wieder auf ihre eigentlichen Aufgaben, auf vorwiegend hoheitliche Aufgaben zu konzentrieren. Ich warne in diesem Zusammenhang — nicht Sie persönlich, Herr Senator, sondern den Gesamtsenat — vor überproportionalen Kürzungen im Rahmen der Sparverhandlungen im Bereich der Inneren Sicherheit. Ich warne sehr davor, die Arbeit der Hamburger Polizei dadurch weiter zu behindern und in ihrem Kampf gegen das Verbrechen zu destabilisieren, indem man die Idee verfolgt, die Polizei aus dem Polizeipräsidium über die ganze Stadt zu verlagern, um das Polizeipräsidium neu zu bauen und dann die Polizei wieder einziehen zu lassen. Das bedeutete fünf, sechs, sieben Jahre erhebliche Beeinträchtigung der Inneren Sicherheit in dieser Stadt, und es bedeutete auch, daß Sie — jeder weiß: zweimal umgezogen ist einmal abgebrannt — keine Möglichkeit mehr hätten, die Polizei wieder vernünftig in einem an der gleichen Stelle neuhergestellten Gebäude unterzubringen.

Ich warne auch davor, die Instandhaltungsmittel für die Polizeiunterkünfte weiterhin zu strecken. Das gilt sowohl für die Revierwachen als auch für die Polizeikaserne, wobei hier immer mit der Aussicht vertröstet worden ist, in die Boehn-Kaserne umzuziehen, und deswegen in den letzten C
fünf, sechs Jahren keine Instandhaltung betrieben wurde. Es darf nicht sein, daß sich ein durch die Gewerkschaften wieder mit einem Bonmot in die Diskussion gebrachter Sachverhalt in den Köpfen der Polizisten festsetzt, der heißt, in „Santa Fu" sei man im Grunde besser untergebracht als in der Hamburger Polizeikaserne. Deswegen, Herr Senator, haben Sie unsere Unterstützung, was den Versuch angeht, die Hamburger Polizei aus diesen Sparverhandlungen so ungeschoren wie irgendwie möglich hervorgehen zu lassen. Es kommt darauf an, die Situation der Polizei zu verbessern, und dazu dient unser zweiter Antrag, den ich ebenfalls kurz vorstellen will: Verbesserungen im Rahmen der bisher vorhandenen Stellen durch den Einsatz von ausländischen Mitbürgern bei der Hamburger Polizei.

Wir halten diesen Einsatz in den sogenannten sozialen Brennpunkten und in Bezirken mit hohem Ausländeranteil für notwendig, weil Ausländer bessere Ansprechpartner — das hat etwas mit Sprache, Mentalität und Kultur zu tun — für Bürger sind, weil sie sich aber auch in bestimmten Bereichen für Ermittlungsarbeit besser eignen als deutsche Polizisten. Bedingung ist allerdings, daß es die gleichen Voraussetzungen für den Einstieg dieser ausländischen Mitbürger gibt. Es darf kein Sonderangebot für sie geben, allenfalls im Rahmen von Sprachausbildung. Andere Länder betreiben dieses Konzept bereits erfolgreich.

Wir bieten dem Senat die Hilfe im Bereich der Inneren Sicherheit an, aber Voraussetzung ist eine realistische Analyse der Situation der Polizei und des Verbrechens in Hamburg. Deswegen wundern wir uns sehr, daß Sie unseren Antrag, der doch nach Ihrem Bekunden dem entspricht, was Sie hier immer verkünden, nicht gleich annehmen, D
sondern ihn an den Ausschuß verweisen wollen; damit müssen wir uns abfinden. Aber eine Beerdigung erster Klasse für diesen Antrag wird es dort nicht geben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Dr. Christier.

Dr. Holger Christier SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ehlers, Sie haben hier einen großen Rundumschlag veranstaltet, sind aber kaum auf den Antrag selbst eingegangen. Dabei ist er im Gegensatz zu manchen anderen Anträgen, die sonst von Ihnen kommen, eigentlich gar nicht so unmöglich, sondern in der Zielrichtung ist diesem Antrag durchaus zuzustimmen. Ihrer Begründung kann ich allerdings — ich gehe noch auf einzelne Punkte ein — in dieser Form nicht zustimmen. Zweifelsfrei gibt es in der Bevölkerung ein weit verbreitetes Bedürfnis nach stärkerer, sichtbarer Präsenz von Polizeikräften vor Ort. Man kann sehr wohl darüber streiten, welche exakte, tatsächliche, objektive Wirkung diese Dinge haben. Es ist aber keine Frage, daß mehr Polizei vor Ort sich sehr positiv auf das subjektive Sicherheitsempfinden auswirken wird, und ich nehme an, auch positiv auf das Anzeigeverhalten.

Nun haben Sie sehr breit auf die gestern vorgelegte neue Kriminalstatistik abgehoben. Ich verstehe ja, daß die Zahlen Ihr Konzept für das Superwahljahr 1994 durcheinanderbringen; die Tendenz paßt Ihnen natürlich nicht. Insofern kann ich Ihre Begründung nicht ganz nachvollziehen, sie ist ein bißchen merkwürdig. Ob die Kriminalität um 7 Prozent steigt

(Dr. Holger Christier SPD)

A oder um 7 Prozent sinkt, immer halten Sie hier die gleiche Rede. Da kann doch irgend etwas nicht stimmen.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Das ist nicht richtig! Sie haben nicht zugehört!)

Auch für die Opposition wäre es ein gutes Zeichen, anzuerkennen, daß es in diesem Jahr gelungen ist — das ist in der Tat für die Psychologie der Gesamtsituation das Entscheidende —, die hohe Zuwachsrate des letzten Jahres wieder zurückzudrehen. Daß da niemand jubelt, aufatmet und was sonst alles an gymnastischen Übungen vermutet wird, ist doch völlig logisch. Jeder, der die Situation kennt, weiß, daß sie unverändert schwierig bleibt. Daß der Trend des letzten Jahres, die unglaublich hohe Steigerungsrate, umgekehrt werden konnte, ist der gravierende Vorgang. Wir haben eine gewisse Verlagerung von seiten der Kriminalität um die Wohnung und das Auto herum in Richtung Raub und Gewalt zu beobachten. Sie können aber nicht den Tatbestand des Raubes von sozialen Ursachen trennen.

Die Sozialpolitik der letzten Jahre ist mit eine wichtige Ursache für Kriminalität. Weil das so ist, haben Sie auch bei uns nur offene Türen eingerannt. Ihre Forderung ist nichts Besonderes, denn der Kooperationsvertrag sieht das Problem genauso und stellt dazu fest — ich darf diesen Satz zitieren —:

„Hierzu wird der tägliche Polizeidienst verstärkt auf die Bedürfnisse der Bürger nach sichtbarer Polizei ausgerichtet."

Das ist so verabredet und wird in den nächsten Jahren gemacht werden.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Dann nehmen Sie den
B Antrag doch an!)

Wir dürfen aber keine Illusionen verbreiten, daß wir an alle möglichen potentiell gefährdeten Orte etwa Polizisten stellen könnten, und das möglichst rund um die Uhr. Das wird mit Sicherheit nicht herauskommen, sondern man wird immer Schwerpunkte bilden müssen.

Das ist allerdings in der Vergangenheit auch immer wieder geschehen. Ich nenne die Stichworte Steilshoop, Karolinenviertel, St. Georg, Hauptbahnhof, Ottensen und auch den von Ihnen angesprochenen Bereich der U- und S-Bahn-Begleitung. Sie können nicht ernsthaft bestreiten, daß diese Trendwende, von der ich eben gesprochen habe, auch auf sehr viele Maßnahmen zurückzuführen ist, die wir in den letzten Jahren im Bereich der Polizei ergriffen haben. Es hat eine Reihe von Initiativen gegeben, die Polizeireviere in Verbindung mit den Kriminalkommissariaten vor Ort zu stärken. Das 18-Millionen-DM-Programm vom Frühjahr folgt genau der Philosophie, Kräfte vor Ort einsetzen zu können. Wir dürfen auch nicht die Tätigkeit von mittlerweile 177 bürgernahen Beamten vergessen.

Ich bin froh, daß Sie sich nicht — wie ich befürchtet hatte — für den Einsatz der Bundeswehr in Fragen der Inneren Sicherheit ausgesprochen haben. Bei Ihrer Begründung hatte ich schon gedacht, Sie kämen mit der Bundeswehr, und hatte mir auch eine schöne Antwort überlegt; die lasse ich nun weg. In dem Punkt sind wir uns wenigstens einig.

Trotzdem bleibt unklar, welche Funktion dieser Antrag hat. Ist er ein verdeckter Haushaltsantrag mit Stellenforderungen, oder begründet er sich in erster Linie auf der Erwartung, durch Umschichtung und Aufgabenkritik die Sache leisten zu können? Auch hier muß man vor Illusionen warnen. Große Brocken der Aufgabenkritik, wie Konsulatsüberwachung, Flughafen, sind schon erledigt. Wenn man sich die fünfzehn Punkte der Liste anguckt, die in der Behörde abgearbeitet wird, muß man feststellen, daß kaum die Erwartung gerechtfertigt ist, dort große Mengen an Stellen freizusetzen. C

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Ich kenne die Liste nicht!)

Herr Mahr, eine vorbeugende Bemerkung in Richtung GAL: Man kann die Stellen auch nicht etwa durch Schließung von LKA 3 freisetzen, falls Sie das gleich anmerken wollten.

(*Manfred Mahr GAL:* War ja auch nicht vorgesehen!)

— Das ist gut.

(*Manfred Mahr GAL:* Kann ich aber noch machen!)

Das war eine Forderung, die schon mehrfach von Ihnen vertreten worden ist.

Insofern kann ich Ihre Spökenkiekerei im Zusammenhang mit dem Polizeipräsidium nicht nachvollziehen. Der Vergleich mit „Santa Fu" war billige Discountpolemik, die sollten wir uns in dieser Angelegenheit wirklich nicht leisten.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Gehen Sie mal in die Revierwachen und nach „Santa Fu"!)

Immerhin ist zu hören, daß der Polizeiführung bis zum Frühjahr erweiterte Vorschläge vorgelegt werden sollen, neu zu untersuchen, was man aus dem Bestand — wir müssen in dieser Situation zunächst mal vom Bestand ausgehen — zusätzlich tun kann. Es spricht überhaupt nichts dagegen, uns im Ausschuß im einzelnen darüber berichten zu lassen. D

Ähnlich sollten wir es auch mit dem zweiten Antrag halten. Dort war die CDU bisher immer ganz am Ende der Bewegung und hat nun versucht, sich in einer rasanten Bewegung an die Spitze zu stellen. Trotzdem ist für mich der einheitliche politische Wille entscheidend, ausländische Mitbürger bei der Polizei einzustellen. In den letzten Tagen war in den Zeitungen zu lesen, daß es offenbar Schwierigkeiten gibt, geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Es gibt zwar Interessenten, die aber aufgrund von Eignungsvoraussetzungen nicht eingestellt werden können. Hier sollten wir im Ausschuß überlegen, in welcher Weise dieser politisch vorhandene Wille umgesetzt werden kann, inwieweit Schwierigkeiten überwunden werden können. Deshalb unser Antrag, beide Vorlagen im Ausschuß gründlich zu beraten. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Mahr.

Manfred Mahr GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn die Verknüpfung der beiden CDU-Anträge dahin gehend zu interpretieren wäre, daß die Polizei bürgernäher und dialogfähiger werden soll, könnten wir uns schnell über die Anträge verständigen. Aber hinter diesen Forderungen blitzen doch die alten Wahlkampfparolen der CDU durch, die mit den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger Politik zu machen versucht; Ihr Beitrag, Herr Ehlers, hat mich da nur in meiner Einschätzung bestätigt. Ich habe nur vermißt, daß Sie das Ganze in Reimen vortragen.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Das hätten Sie dann nicht verstanden, Herr Mahr!)

(Manfred Mahr GAL)

A Der andere Punkt, Herr Ehlers. Sie sind auf den Begriff der Armutskriminalität gekommen beziehungsweise haben es dahin gehend ausgelegt, daß alles, Raub, Straftaten und Diebstahl, organisiert sei.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Nicht alles!)

— Aber fast alles, so ist es jedenfalls rübergekommen. — Ich weiß nicht, wen Sie in der Polizei haben, der Sie berät, oder ob Sie überhaupt jemanden haben. Es ist schlichtweg blanker Unsinn, was Sie da erzählen.

Zunächst zu der Forderung in Ihrem Antrag, mehr Polizei auf die Straße zu bringen. Sie wissen genau, meine Damen und Herren von der CDU, daß an den Revierwachen die sogenannten Ausrückstärken ausgereizt sind. Die GAL-Fraktion erkennt zwar im Einzelfall das Schutzbedürfnis schwächerer Bevölkerungsgruppen und sieht hier auch die Polizei in der Pflicht. Die jüngsten Zahlen im Bereich des Straßenraubes sprechen wirklich eine deutliche Sprache. Wenn Sie aber mehr Polizisten für diese Aufgaben freisetzen wollen, müssen Sie auch sagen, wo Sie die Polizisten an anderer Stelle einsparen wollen. Ich könnte jetzt polemisch sagen, Herr Christier, wir nehmen sie aus dem Staatsschutz, aber das wollte ich nicht, das wäre doch ein bißchen platt.

(*Dr. Holger Christier SPD:* Das haben Sie schon vertreten! Da gibt es eine Presseäußerung von Ihnen, die kann ich Ihnen geben!)

— Nicht in dem Zusammenhang, es gibt ja noch eine Verlagerung von Staatsschutz innerhalb der Kriminalpolizei.

B Hier wäre eine umfassende Organisationsreform erforderlich, wie sie die GAL-Fraktion zu Beginn der Legislaturperiode gefordert hat und worüber wir auch gerne mit Ihnen im Innenausschuß diskutieren würden. Dort werden sicher auch die von der Innenbehörde gestern angekündigten Konsequenzen aus der zur Zeit stattfindenden Aufgabenkritik Thema sein, wobei ich aber befürchte, Herr Christier, daß das wieder so eine Sache innerhalb des Hauses ist und der große Wurf dann möglicherweise nicht gelingen wird. Ich hätte es besser gefunden, wenn man ein bißchen umfassender herangegangen wäre und die ganze Organisation daraufhin untersucht hätte. Aber wir können ja die Erörterungen im Innenausschuß dazu abwarten.

Darüber hinaus sollte der Öffentlichkeit aber auch gesagt werden, daß die Polizei nicht überall präsent sein kann; Sie hatten das vorhin schon gesagt, Herr Christier, und sie soll auch nicht überall präsent sein. Vielmehr sind die Menschen unserer Stadt bei der Austragung von Konflikten zunächst einmal selbst gefragt. Hinschauen und nicht wegsehen sollte die erste Losung sein, über die spätestens seit den schweren ausländerfeindlichen Krawallen und Mordanschlägen in unserer Republik Einigkeit besteht oder bestehen sollte. Polizei kann und darf nicht als Ersatz für nicht vorhandene Hilfsbereitschaft und Zivilcourage herhalten müssen.

Kommen wir zum zweiten CDU-Antrag. Die Innenministerkonferenz empfahl im Mai 1993:

„Die IMK hält es für einen sinnvollen Ansatz bei der Erfüllung gewisser persönlicher Voraussetzungen, Ausländer in Polizeien des Bundes und der Länder zu verwenden."

Welcher Art diese Rahmenbedingungen sein sollen, darüber darf spekuliert werden. Das Beamtenrechtsrahmengesetz läßt, wie wir wissen, bei einem „dringenden dienstlichen Bedürfnis" Ausnahmen von dem Grundsatz zu, daß nur Deutsche im Sinne des Grundgesetzes Beamte werden können. Was sind nun „dringende dienstliche Bedürfnisse"? Mir wird in diesem Zusammenhang viel zuviel von verdeckten Ermittlern und der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität gesprochen. Ich sage jetzt mal polemisch: Nichtdeutsche als Kanonenfutter der Polizei. Erinnert sei nur an die Schlagzeile der „Morgenpost", Ausgabe vom 31. Dezember 1993: C

„Hamburg
Chinesen als Agenten
Geheimplan der Polizei: Ausländer sollen im Untergrund gegen Rauschgift-Mafia arbeiten"

Ich nehme nicht an, daß Herr Hackmann das der „Morgenpost" diktiert hat, aber gleichwohl steckt dahinter natürlich eine Erwartungshaltung, die ich bei der CDU wahrscheinlich auch irgendwie wiederfinde, wo ich aber aus den Reihen der SPD durchaus in der Richtung auch schon Stimmen gehört habe. Professor Christian Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut in Niedersachsen hat mit Recht davor gewarnt, sich Nichtdeutscher quasi als Legionäre zu bedienen, die man für Sonderaufgaben einkauft und lediglich auf die Vermittler- und Späherrolle reduziert.

Meine Damen und Herren! Die GAL begrüßt es grundsätzlich, wenn Nichtdeutsche in den Polizeidienst aufgenommen werden können, wie wir auch die anderen Beamtenbereiche für diese Bevölkerungsgruppen geöffnet wissen wollen. Hier sollten dann aber auch Nägel mit Köpfen gemacht werden. Wir sollten uns endlich dafür einsetzen, die Blut-und-Bodenvoraussetzungen des deutschen Beamtenrechts zu beseitigen. Jedermann sollte auf der Grundlage von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung gleichermaßen die Möglichkeit haben, Berufe zu ergreifen, die bisher dem Beamtenstatus mit der Voraussetzung Deutscher im Sinne des Grundgesetzes vorbehalten waren. Alternativ oder auch ergänzend ist in diesem Zusammenhang die Forderung nach der doppelten Staatsbürgerschaft zu nennen, für die die GAL dann auch die Unterstützung der CDU erwartet. — Vielen Dank. D

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Dr. Reichert, Sie haben das Wort.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Umfragen zeigen immer wieder, daß die Bürger über die Entwicklung der Kriminalität zutiefst besorgt sind. Die Pressekonferenz von Senator Hackmann liegt noch zu kurz zurück, als daß sich das Bewußtsein der Bevölkerung darauf hätte einstellen können.

Das objektive Geschehen, wie es die Zahlen widerspiegeln, wird natürlich verstärkt durch spektakuläre Medienberichte, die bestimmte Fälle herausgreifen und betonen, sicherlich auch manchmal übertreiben, aber auch durch eigene Betroffenheit. Jemand, der gerade einen Einbruch, einen Handtaschenraub oder ähnliches erlebt hat oder durch Berichte von Erlebnissen aus dem Bekannten-, Freundes- oder Nachbarschaftskreis davon erfährt, ist natürlich un-

(Dr. Achim Reichert STATT Partei)

A gleich mehr betroffen, als wenn er nur in der Zeitung darüber liest.

Dieses subjektiv empfundene Bedrohungspotential führt zu einer wachsenden Angst vor sozialen Kontakten, zu Mißtrauen, zu verstärkten Sicherheitsmaßnahmen zu Hause, wer es sich leisten kann, zum Engagieren privater Wachdienste und auch zu einer zunehmenden Bewaffnung breiter Bevölkerungskreise.

Es ist erwiesen, daß sich das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch mehr Polizeipräsenz auf der Straße verbessert. Insofern stimmen wir mit dem CDU-Antrag sicherlich überein. Er deckt sich im übrigen, wie schon Herr Dr. Christier sagte, mit der Kooperationsvereinbarung — ich darf zitieren, Frau Präsidentin —:

„Die Kooperationspartner streben gemeinsam an, die Sicherheit der Bevölkerung vor Ort zu stärken. Hierzu wird der tägliche Polizeidienst verstärkt auf die Bedürfnisse der Bürger nach sichtbarer Polizei ausgerichtet."

Voraussetzung ist natürlich, daß die Polizei dann auch zu Fuß, mit dem Fahrrad oder — in Gegenden, wo es sich anbietet — beritten daherkommt und nicht mit dem Streifenwagen; denn eine vergewaltigte Frau kann im nächsten Busch um Hilfe schreien, wie sie will, es nützt nichts, wenn nur ein Streifenwagen des Weges kommt.

Meine Damen und Herren! Wenn man bedenkt, daß die überwiegende Zahl der Tatverdächtigen nicht durch unabhängige Polizeiermittlungen gefunden wird, sondern durch die Auswertung von Hinweisen aus der Bevölkerung, von Zeugen und Opfern, dann liegt es auf der Hand, daß wir durch die Aktivierung der Wachsamkeit der Bevölkerung, des Gemeinsinns, der Hilfsbereitschaft, durch gemeinsamen Kampf gegen Anonymität und Egoismus das größte Wachstums- und Effizienzsteigerungspotential durch Einbeziehung Betroffener in eine bürgernahe Verbrechensbekämpfung vor uns haben. Voraussetzung dafür ist die größere Aktivierung breiter Bevölkerungsschichten durch eine bürgernahe Polizei, durch den Abbau von Hemmungen, durch Anbahnung von Kontakten. Zu dieser besseren Akzeptanz tragen selbstverständlich auch ausländische Polizisten bei. Herr Ehlers hat eben schon darauf hingewiesen: Sprachbarriere, Kulturkreis, emotionale Hemmschwelle.

Aber, Herr Ehlers, ich bin nicht der CDU-Meinung, daß wir mit einer größeren bürgernahen Polizei auch zur Verringerung von Straftaten beitragen können. Es gibt zwei Städte, die das in größerem Rahmen ausprobiert haben: zum einen Kansas City in den USA, zum anderen Duisburg. Diese Städte haben in bestimmten Bereichen vorübergehend in erheblichem Maße mehr Polizei zu Fuß eingesetzt, und es hat keine Verbesserung gebracht. Es war weder ein Rückgang der Straftaten noch eine höhere Aufklärungsquote zu verzeichnen. Es gibt eine Studie des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, die das von der Plausibilität und der Wahrscheinlichkeitslehre her betrachtet. Es fängt damit an, daß die bürgernahe Polizei uniformiert ist. Das ist wichtig, damit die Bürger sie erkennen können, denn sonst trägt es nicht zum höheren Sicherheitsempfinden bei. Dies hat aber den Nachteil, daß die Verbrecher die bürgernahe Polizei auch erkennen und garantiert nicht so unvernünftig sein und die Tat unter den Augen der Polizei begehen werden. Das eine schließt also das andere aus. Es hat ferner den Nachteil, daß Polizeistreifen typischerweise im öffentlichen Verkehrsraum stattfinden, das Gros der Verbrechen aber nicht im öffentlichen Verkehrsraum. Beispielsweise wird der Einbruch in ein Haus, in eine Wohnung nicht von der Straße, sondern von der Rückseite verübt. Auch die Villen oder Einfamilienhäuser werden zunehmend gemieden, weil sie heute überwiegend Alarmanlagen haben. Statt dessen wird in Hochhäusern eingebrochen, und da ist keine Polizeistreife.

Fassen wir zusammen: Ein eindeutiges Ja zur Polizei auf der Straße, zu Fuß, mit dem Fahrrad, wo es sich anbietet, mit dem Pferd, eine größere Systematisierung dieser Polizeistreifen, damit wir das Ganze effizient angehen können, aber als Voraussetzung eine größere Bürgerbeteiligung. Ein Nein, nicht weil wir dagegen sind, sondern weil es nichts für den Rückgang der Straftaten bringt. Auch wenn vorerst keine höhere Aufklärungsquote zu erwarten ist, teile ich durchaus Ihre Einschätzung, daß sich mittelfristig eine höhere Aufklärungsquote erreichen läßt, wenn die Bevölkerung der Polizei hilft.

Insgesamt müssen wir — das ist letztlich Sache der Innenbehörde — zu einer Optimierung des Verhältnisses der Polizei vor Ort und in anderen Funktionen beitragen, weil dies schwerpunktmäßig zur Verbesserung der subjektiven Sicherheit, aber nicht zwangsläufig der objektiven Sicherheit beiträgt. — Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Senator Hackmann hat das Wort.

Senator Werner Hackmann: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Prinzip ist es nicht üblich, daß der Senat zu Anträgen spricht, die aus der Mitte des Hauses kommen. Nun hat Herr Ehlers aber weniger zu seinen Anträgen als hauptsächlich zu der gestern präsentierten Kriminalstatistik 1993 gesprochen. Er hat einige Äußerungen meinerseits hier angesprochen, die ich so leider nicht im Raum stehenlassen kann, und deswegen bitte ich um Entschuldigung, daß ich mich zu Wort gemeldet habe.

Herr Ehlers, ich habe mich nicht im Kriminalitätsrückgang von 7,3 Prozent gesonnt, sondern sehr wohl meine große Sorge zum Ausdruck gebracht, daß die Gewaltkriminalität in dieser Stadt auch im Jahre 1993 erneut angestiegen ist. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Das habe ich eben auch bestätigt!)

Nichtsdestotrotz ist es eine erfreuliche Tendenz, daß die Gesamtkriminalität zurückgegangen ist. Es sind nicht die Kriminalitätsformen zurückgegangen, von denen man sagen kann, sie seien wenig sozialschädlich.

Wenn Sie den Rückgang der Gesamtkriminalität darauf zurückführen, daß sich das Anzeigeverhalten der Bürger geändert habe, weil sie schlicht Angst hätten, dann ist das unlogisch. Wenn Sie sich ansehen, daß der Wohnungseinbruch um 11 Prozent, der Fahrraddiebstahl um 19 Prozent und auch der Diebstahl in und an Kfz um 19 Prozent zurückgegangen ist, dann nicht, weil die Bürger Angst haben, denn hier gibt es ein elementares Interesse der Bürger, diese Delikte zur Anzeige zu bringen, da sie nur so Versicherungsschutz erhalten können. Diesen Rückgang können Sie nicht auf Angst in der Bevölkerung zurückführen. Wenn es denn Angst gäbe, dann müßten Raubdelikte, die viel weniger dazu führen können, Versicherungsschäden geltend zu machen, zurückgegangen sein; aber gerade dort haben wir die großen Probleme.

(Senator Werner Hackmann)

A Es ist auch nicht richtig, Herr Ehlers, daß wir den Anteil der Ausländer an der Kriminalität schönfärberisch verschwiegen hätten. Der ist in der Statistik wie jedes Jahr ausgewiesen. Schauen Sie sich das bitte an.

(Zuruf von *Karl-Heinz Ehlers CDU*)

— Die Statistik ist genau die gleiche geblieben, weil sie nach genau der gleichen . . .

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* In diesem Punkt nicht!)

Nein, auch in diesem Punkt ist sie so geblieben. Sie haben sie nicht genügend gelesen. Vielleicht hatten Sie zuwenig Zeit, das will ich Ihnen konzedieren, um die Statistik bis zum Ende durchzulesen, denn ganz am Ende finden Sie das wieder.

Wovor ich immer wieder warne, was ich letztes Jahr nicht gemacht habe, was ich auch dieses Jahr nicht gemacht habe und auch in Zukunft nicht machen werde, Herr Ehlers, ich werde in der politischen Bewertung nicht zur Diskriminierung der Ausländerinnen und Ausländer unserer Stadt diese Zahlen mißbrauchen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei *Christian Bölckow STATT Partei*)

Davor warne ich immer, und das hat nichts mit Schönfärberei und auch nichts damit zu tun, daß wir hier Probleme haben. Wir müssen sehr sensibel vor dem Hintergrund dessen, was in diesem Land geschieht, mit diesem Thema umgehen.

Herr Mahr, es geht nicht darum, verdeckte Ermittler als Ausländer in die Polizei einzustellen, sondern mein Ansatz ist, möglichst an jeder Revierwache einen Ausländer in der B normalen, uniformierten Polizei zu haben, im normalen Polizeivollzugsdienst. Und Gott sei Dank ist es so, daß die Beamtenrechtler das dringende öffentliche Interesse, obwohl wir noch keine doppelte Staatsbürgerschaft haben, in diesen Fällen anerkennen. Nun müssen wir davon Gebrauch machen und sehen, daß wir unsere Einstellungskriterien so ändern, daß wir auch die Bewerber, die geeignet sind, in den Polizeivollzugsdienst übernehmen können; wir sind dabei, dies zu regeln.

Herr Ehlers, wir sind auch dabei, die Aufgabenkritik voranzutreiben. Ich sage es erneut: Ich erwarte in Kürze den Vorschlag der Polizeiführung, durch Aufgabenkritik Stellen in dreistelliger Größenordnung freigemacht zu bekommen. Das ist immerhin schon etwas. Ich warne in diesem Zusammenhang aber auch vor Illusionen. Wir sind uns darin einig, daß es schön wäre, wenn die Polizei sogenannte A-Unfälle nicht mehr aufnehmen müßte. Nur, dazu muß es die Bereitschaft anderer geben, diese Aufgabe zu übernehmen. Solange diese Bereitschaft nicht da ist, hat der Bürger nach wie vor einen Anspruch darauf, daß auch aus Versicherungsgründen irgend jemand diese Fälle aufnimmt.

Ich verspreche Ihnen, Herr Ehlers, daß ich mich dafür einsetzen werde, daß im Rahmen der vor uns liegenden Sparanstrengungen bei der Polizei nicht überproportional gespart werden muß. Ich sage Ihnen aber auch in aller Deutlichkeit, daß auch bei der Polizei bei den Dimensionen, die, was die Haushaltsprobleme angeht, vor uns stehen, in der Zukunft gespart werden muß. Darum werden wir auch im Bereich der Polizei nicht herumkommen. Ich stimme hundertprozentig mit Ihnen überein, es wäre die beste Lösung für die Polizei, wenn es gelänge, einen Neubau des Präsidiums zu realisieren, aber auch zu finanzieren. Und ich habe noch sehr deutlich im Ohr, was Ihr Abgeordneter C Herr Mairose gestern abend im Haushaltsausschuß anläßlich der Bepackungsdrucksache — da geht es um 11 Millionen DM —

(*Ralf Mairose CDU:* Ja, Sie haben aber auch eine Verpflichtungsermächtigung drin!)

über die Unverantwortlichkeit dieses Senats, weil er diese 11 Millionen DM für 1994 vorzeitig freigegeben haben will, gesagt hat.

(*Ralf Mairose CDU:* Ja, weil Sie keine Sparmaßnahmen liefern!)

Das sind die Dimensionen.

Und ich bitte darum — das ist auch bei dem Thema Alkohol gewesen —, nicht immer nur sektoral zu fordern und zu sagen: Da müßt ihr aber, und dann müßt ihr das und das, und hinterher kommt der haushaltspolitische Sprecher und sagt: Dieser Senat, unverantwortlich, die Finanzen sind völlig verludert. Auch die Fachsprecher der Fraktionen bitte ich darum, das Ganze zu sehen und die Haushaltsprobleme insgesamt — auch projiziert auf ihren eigenen Bereich — nicht aus dem Blick zu lassen.

Die Polizei wird sparen müssen. Wir werden sie davon nicht ausnehmen können, und deswegen werden wir die Strukturen innerhalb der Polizei umfassend überprüfen müssen, ob die Verhältnisse zwischen Präsenz vor Ort und Verwaltungstätigkeiten innerhalb der Polizei noch stimmen, ob wir darüber nachdenken müssen, Ebenen innerhalb der Polizei einzusparen, um dem Ziel gerecht zu werden, einmal den Haushalt zu entlasten, aber auch, um mehr Bürgernähe zu produzieren. Das wollen wir. Und deswegen: Wenn es den D parlamentarischen Brauch gäbe, Anträge für erledigt zu erklären, könnten wir es mit Ihrem Antrag heute gleich machen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Markus Wegner STATT Partei* — *Karl-Heinz Ehlers CDU:* Was soll das? Es kommt doch nicht darauf an, was Sie wollen, sondern darauf, was Sie tun!)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Mahr erhält das Wort.

Manfred Mahr GAL: Herr Senator, nur ein kurzes Wort. Daß Sie klarstellen, daß Sie keine verdeckten Ermittler und jetzt speziell im Bereich „organisierte Kriminalität" Leute einstellen wollen, finde ich gut.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Hoffentlich hat er das nicht so gesagt!)

— Doch, so hat er das eben gesagt. So habe ich das verstanden.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Hoffentlich nicht!)

Gleichwohl wird in der „Welt am Sonntag" jemand aus dem Bereich „organisierte Kriminalität" zitiert — Klaus Lang vom Hamburger Ermittlungskommissariat „Organisierte Kriminalität" —, der ausdrücklich fordert, fertig ausgebildete Polizeibeamte aus Polen oder der Türkei hier einzustellen, um sie gar nicht erst in der Hamburger Polizei durch die Ausbildung laufen zu lassen. Gott bewahre uns vor dieser Entscheidung. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

A **Vizepräsidentin Ulla Bussek:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag auf Überweisung beider Vorlagen. Es wurde gewünscht, sie an den Innenausschuß zu überweisen. Wer stimmt diesem Antrag zu? — Gibt es Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Beides ist nicht der Fall. Der Überweisungsantrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf: Drucksache 15/314: Senatsvorlage zur vorläufigen Haushaltsführung.

[Dringliche Senatsvorlage:
Vorläufige Haushaltsführung 1994
Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung — Drucksache 15/314 —]

Diese Vorlage wurde dem Haushaltsausschuß im Vorwege überwiesen. Die SPD-Fraktion hat dieses Thema zur Debatte angemeldet. Das Wort hat Frau Kiausch.

Elisabeth Kiausch SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben am 24. November 1993 im Parlament die notwendige Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung debattiert. Am 16. Dezember 1993 ist diese Ermächtigung nach Beratung im Haushaltsausschuß mit Mehrheit beschlossen worden.

In meinen Ausführungen am 24. November 1993 habe ich hervorgehoben, daß es die SPD-Fraktion begrüßt, daß eine eher bescheidene Bepackung von seiten des Senats an das Parlament herangetragen worden ist, weil jegliche Bepackung Festlegung von Finanzmitteln und jede Festlegung Einengung von ohnehin sehr geringen Bewegungsspielräumen bedeute.

B Wenn wir uns heute mit der Drucksache 15/314 befassen, die eine Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung begehrt — so wie es zugegebenermaßen der Senat im November in Aussicht gestellt hatte —, will ich die Drucksache nach einigen Gesichtspunkten betrachten, die sich auch aus meinen Äußerungen im November ergeben.

Der Haushaltsplan-Entwurf 1994 ist durch die Drucksache 15/163 über die Auswirkungen der November-Steuerschätzung 1993 sowie Änderungen der Haushaltsentwicklung korrigiert worden, und zwar unverkennbar negativ korrigiert, was die Einnahmeerwartungen betrifft. Denn der Anstieg der in Hamburg verbleibenden Steuereinnahmen für 1993 — wenn wir Sonderfaktoren einmal ausklammern — mußte auf 2 Prozent zurückgenommen werden. Den Erwartungen der Mai-Steuerschätzung gegenüber bedeutete das ein zusätzliches Minus von 188 Millionen DM.

Hingewiesen wurde in dieser Drucksache auf Risiken und Chancen, wobei die Risiken — das kann man wohl feststellen — weit überwogen und die Chancen eher so etwas beinhaltet haben, was wir in Hamburg mit „Tetje mit de Utsichten" bezeichnen.

Bei der Generaldebatte zum Haushalt im Haushaltsausschuß hat sich erwiesen, daß bei einer näheren Betrachtung des Ists 1993 die Risiken bereits Realität geworden waren. Weitere Verschlechterungen 1993 ergaben sich, und zwar schwerpunktmäßig, aus weiteren Mindereinnahmen bei der Zinsabschlagsteuer, bei der Körperschaftsteuer und sehr stark bei der Gewerbesteuer. Insgesamt ein Volumen von 168 Millionen DM. Und in welchem Umfang diese Verschlechterung auf die Basis der Haushalte 1994 und folgende durchschlägt, wissen wir noch nicht.

Die Gründe für einen Vorbehalt gegen eine extensive Bepackung haben sich also durch die zwischenzeitliche Entwicklung eher verstärkt. Auch bei kritischer Betrachtungsweise kann von einer extensiven Bepackung jetzt aber nicht geredet werden. Das Gesamthaushaltsvolumen beträgt circa 17 Milliarden DM. Die Summen, die als Barmittel durch die Bepackung vorher aktiviert werden sollen, betragen rund 11 Millionen DM, das sind 0,06 Prozent des Haushaltsvolumens. Zusätzlich bewilligen wir im Investitionsbereich allerdings hohe VE-Mittel. Dies ist aber nach meiner festen Überzeugung auch sinnvoll, denn wenn auf diesem Gebiet in 1994 überhaupt noch etwas passieren soll, dann muß jetzt die Möglichkeit dafür geschaffen werden. C

Die Verabschiedung des Haushalts 1994 erfolgt — wir wissen es alle — voraussichtlich Ende April, und das bedeutet, daß ein Drittel des Jahres mit sehr eingeschränkten finanziellen Vorgaben gearbeitet werden muß. Verglichen mit der Bepackung 1992 ist ebenfalls festzustellen, daß der Senat dieses Mal die gebotene Zurückhaltung geübt hat. Damals wurde bei einem Haushaltsvolumen von etwa 16 Milliarden DM eine Bepackung von 61 Millionen DM beschlossen. Das waren immerhin 0,38 Prozent.

Die Warnung des Parlaments, Spielräume nicht einzuschränken, ist also vom Senat beachtet worden. Sicher ist die Höhe der Bepackung nicht das alleinige Kriterium für eine Beurteilung durch das Parlament. Es kommen dazu die Maßnahmen an sich und auch die Eilbedürftigkeit. Unter den dargestellten finanziellen Gegebenheiten geht aber die SPD-Fraktion davon aus, daß jede Maßnahme einer Behörde, ganz besonders aber dann, wenn es sich um eine neue Maßnahme handelt, ob ihrer Unabweisbarkeit kritisch beleuchtet wurde. Bei dem ungeheuren Spardruck, der auf uns lastet, bei den enormen rechtlichen Verpflichtungen finanzieller Art, die zu bewältigen sind, gibt es wirklich keine andere Möglichkeit, als die vielzitierte Aufgabenkritik Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden in dieser Beziehung in den nächsten Jahren Gewaltiges leisten müssen. D

Bei der Betrachtung der Einzelmaßnahmen ist festzustellen, daß es sich um eine Mischung von Programmfortsetzungen — siehe etwa Kinderbetreuung —, von Einmaligkeiten — siehe Jubiläen oder auch so etwas wie Rudermeisterschaften — und von neuen Maßnahmen handelt. Nach Auskunft der Senatsvertreter muß man in der Regel davon ausgehen, daß auch die neuen Maßnahmen, die Einmaligkeiten, ihren Vorlauf bereits in 1993 hatten. Bei den Positionen im Bereich der Wirtschaftsbehörde gibt es beispielsweise zwei Maßnahmen, die mühsam gegen starke Konkurrenz erfochten worden sind und die man schon aus terminlichen Gründen kippen würde, würde man sie nicht in die Bepackung aufnehmen. Ob man Projekte wie „Büro der Zukunft" noch wird finanzieren oder die Finanzierung von Filmfesten noch wird leisten können, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Maßnahmen im Kinderbetreuungsbereich, andere im Drogenbereich dürften eigentlich unstrittig sein. Dies gilt sicher auch für die Beschaffung eines neuen Gefangenentransportwagens und bei der VE, um das Projekt PROKURA zügig fortzuführen.

Die Diskussion um einen Punkt in der Bepackung — es handelt sich um die thermische Klärschlammbeseitigung, Projekt „VERA" — war auch für meine Fraktion nicht rundum befriedigend. Hier handelt es sich um erhebliche Investitionssummen, für die weiterer Erläuterungs- und Erklärungsbedarf besteht. Ich gehe davon aus, daß zu

(Elisabeth Kiausch SPD)

A Protokoll der gestrigen Sitzung von seiten der Umweltbehörde ausführlich zu diesem Projekt berichtet wird.

Die Regierungsfraktionen haben aber letztendlich auch dieser Position zugestimmt, weil das Projekt an sich im Parlament unstrittig ist und den Ausstieg und damit ein Ende der Abhängigkeit von Schönberg ermöglicht, also ein Projekt von allerhöchster Wichtigkeit, dringend geboten, sowohl aus umwelt- als auch aus finanzpolitischen Gründen, hält man sich einmal die Kosten von Schönberg vor Augen. Ich meine, die Gefahr einer Verzögerung muß im Interesse Hamburgs vermieden werden.

Die neuen Stellen sind eher nicht so intensiv debattiert worden, weil dieses schon im Unterausschuß „Stellenplan" geschehen ist. Es war höchstens die Frage zu klären, ob sie, wenn sie denn bewilligt werden — was immerhin auch nur eine Ermächtigung ist —, auch besetzt werden können. Die Senatsvertreter sahen aber wegen der Arbeitsmarktlage hier keinerlei Probleme.

Meine Damen und Herren! Die Oppositionsfraktionen, und mit ganz besonderem Nachdruck die CDU, haben sich heute einer mündlichen Berichterstattung verweigert. Die Begründung dieser Haltung war bemerkenswert fadenscheinig, und deshalb, weil — komme, was wolle —, und ich glaube, das ist die schlichte Wahrheit, niemals die Absicht bestand, dem Senatsantrag zuzustimmen. Das ist — und das wissen die Haushälter der Oppositionsfraktionen auch — überhaupt nicht an der Sache orientiert. Da fallen mir nur Vokabeln wie Obstruktion oder auch Unvernunft ein. Wenn man dann noch weiß, daß dem Schriftführer ein Bericht bereits vorliegt, wird die Sache noch unverständlicher.

Am Beginn dieser Legislaturperiode hat Herr von Beust
B kundgetan, daß die größte Oppositionspartei konstruktiv, an der Sache orientiert, zum Wohle Hamburgs arbeiten wolle. Ich habe den Eindruck, die Haltung von Herrn von Beust ist wohl noch nicht von allen Mitgliedern der Fraktion verinnerlicht worden.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Der Eindruck täuscht!)

Die Mehrheit des Hauses hätte heute die Möglichkeit, eine Abstimmung durchzusetzen. Aus Gründen des Parlamentarismus werden wir das nicht tun. Aber wir sind sehr gespannt, wie Sie uns erklären, daß es sachgerechter ist, eine Vorlage am 9. Februar abzulehnen, wenn man es heute schon könnte. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Mairose, Sie haben das Wort.

Ralf Mairose CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Ihre letzten Worte werden unsere Zusammenarbeit außerordentlich beflügeln. Sie stellen sich im Haushaltsausschuß hin, arbeiten jede Vorlage ab, worauf Sie sich in Ihrer Fraktion mehrheitlich geeinigt haben. Wir machen das mit. Wir akzeptieren das. Wenn Sie aber eine Vorlage haben, worauf Sie sich nicht voll verständigt haben, dann wird das Zeug auf Teufel komm raus verschoben.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe gestern sehr deutlich gemacht und auch Ihrem Vorgänger immer wieder gesagt, daß wir, wenn es wirklich pressiert, dann natürlich auch einem mündlichen Bericht C zustimmen, aber doch nicht in jedem Fall. Sie haben mich in dieser Frage dreimal angegangen. Dreimal habe ich Ihnen gesagt, das machen wir in diesem Fall nicht, und ich sehe auch heute keine Notwendigkeit dazu.

Im übrigen kann ich versichern, daß mir der mündliche Bericht im Augenblick schriftlich noch nicht vorliegt. Ich hätte auch keine Gelegenheit gehabt, ihn zu lesen. Und Sie alle, meine Damen und Herren, die Sie hier im Saal sind, hätten diese Gelegenheit auch nicht, weil dies noch gar nicht hätte gedruckt werden können. Ich finde es schon einigermaßen erstaunlich, wie Sie versuchen, uns für die notwendige Zusammenarbeit zu animieren, die Sie ja mit uns brauchen, wenn das Senatskonzept, größere Globaltitel und eine größere Flexibilität für die Exekutive zu schaffen, durchgehen soll. Ich glaube, dies ist nicht der richtige Weg.

Meine Damen und Herren! Zur Sache. Nachdem uns der Senat erst im September einen Haushaltsplan-Entwurf zugeleitet hatte, nachdem er uns im Oktober eine Ergänzungsdrucksache gemacht hat, nachdem wir hier eine vorläufige Haushaltsführung beraten haben, haben wir erfahren, daß nun noch einmal im Dezember die Einnahmen um weitere 168 Millionen DM weggebrochen sind. Wir haben auf unsere Nachfrage, wie denn nun dieses Defizit abgedeckt werden soll, auch erfahren, daß man das nicht wisse. Es könne sein, daß man das über dann vielleicht noch vorhandene Bestandteile aus der Rücklage finanziert, es könne aber auch sein, daß man dieses Defizit erst in den Haushalt 1995 einstellt. In jedem Fall: Klarheit gibt es nicht. Das ist das eine.

Das andere ist, daß dadurch das Defizit insgesamt für 1994 D auf über 1 Milliarde DM im Betriebshaushalt anwächst. Auf unsere Frage, wie denn das zu bewältigen ist, war wieder keine Antwort zu erfahren. Und wir müssen uns natürlich klar darüber sein, daß diese 168 Millionen DM, die 1993 gefehlt haben, sich in 1994 mit einer höheren Summe fortschreiben.

Daß diese Zahlen aber nun den Senat veranlassen würden, akut zu handeln, davon konnte keine Rede sein. Seit Wochen muß sich der Haushaltsausschuß, der sich in einer demütigen Position befindet, nämlich über einen Etat beraten zu müssen, der auf völlig falschen Zahlen beruht, nämlich auf denen vom Juni 1993 und auf dieser inferioren Fortschreibung beziehungsweise Ergänzung vom November letzten Jahres, mit einem Haushalt beschäftigen, dessen Einnahmen — jedenfalls den zahlenmäßig wiedergegebenen — auf völlig tönernen Füßen stehen. Ich fürchte auch, daß dieser Haushalt viele Ausgaben noch gar nicht enthält, weil natürlich im Zeichen einer Konjunkturschwäche auch bestimmte Ausgabenbereiche zunehmen.

Aber statt nun zu handeln und überhaupt einmal Vorgaben zu machen, wie man anfangen könnte, zu sparen, geschieht hier gar nichts, und es wird auf eine ominöse Kommission verwiesen, die gerade von den Kooperationspartnern eingesetzt worden ist und irgendwann tagen soll. Wunderbar. Es wird auf eine weitere Kommission verwiesen. Insgesamt haben wir inzwischen schon drei, nämlich die vom alten Senat eingesetzte, die 75 Millionen DM als globale Minderausgabe erwirtschaften soll, und die mit dem Kooperationspartner verabredete, die 300 Millionen DM erwirtschaften soll, und zwar 100 Millionen DM im Betriebshaushalt und 200 Millionen DM im Investitionshaushalt. Sie

(Ralf Mairose CDU)

A sehen, allein diese Zahlen drücken aus, daß das alles wohl nicht reichen kann. Daneben gibt es offenbar noch eine dritte Kommission, die die beiden anderen Kommissionen anscheinend koordinieren soll, bestehend an der Spitze aus dem Ersten Bürgermeister. Von dieser Kommission wissen wir noch gar nicht, welche Sparvorhaben sie eigentlich hat, denn sie hat vorsichtshalber erst gar keine Angaben dazu gemacht. Sie sehen: drei Kommissionen, die in dieser Form arbeiten sollen. Was dabei wohl herauskommen kann!

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Da bin ich gespannt!)

— Ich auch.

Und in dieser Situation wagt es dieser Senat, uns eine Bepackung vorzulegen, die im Grunde genommen nach der Hamburgischen Verfassung verfassungswidrig ist, einfach eine Bepackung vorzulegen und nicht das zu tun, was man als erstes von einer verantwortungsvollen Regierung erwarten müßte: wenigstens in Ansätzen Sparmaßnahmen vorzuschlagen. Woher kommen denn die Sparmaßnahmen, Herr Senator, die Sie in Ihrem Allgemeinen Vorbericht stehen haben, die sogenannten strukturellen Eingriffe? Das sind doch weitestgehend Initiativen des Bundes. Und wenn Sie einmal etwas Eigenes reinschreiben — das haben wir doch in den Beratungen im Haushaltsausschuß erlebt —, dann werden diese Maßnahmen von den Vertretern der Fachbehörden energisch bestritten und es wird gesagt, da seien gar keine strukturellen Eingriffe.

Weiterhin schlagen Sie die Bewirtschaftung der einzelnen Titel in Höhe von 75 Prozent der Ansätze von 1993 vor. Aufgrund unserer Nachfragen hat sich ergeben, daß viele B Behörden und Ämter noch nicht einmal wissen, welche Bereiche davon betroffen sind,

(*Senator Ortwin Runde:* Alle!)

und daß sie diese Vorgaben erst aus der Presse erfahren hätten. Wenn das die Art ist, wie man eine zielgerichtete Einsparpolitik machen will, dann fragt man sich doch, wie das bei diesem Wirrwarr von Kommissionen, bei diesem Nichtvorhandensein von exakten Vorgaben überhaupt laufen soll. So kann es doch nicht gehen.

Nun wird gesagt, trotzdem brauchen wir eine Bepackung und dieser könne man ruhig zustimmen, weil sie offenbar kleiner ausfällt als diejenigen früherer Jahre. Das kann man so sehen, wenn man nur die kassenmäßigen Ansätze von ungefähr 11 Millionen DM nennt. Aber gleichzeitig ist da noch eine Verpflichtungsermächtigung, so daß jetzt schon über ein Ausgabevolumen von insgesamt über 160 Millionen DM verfügt werden soll. Und das erstaunt schon, denn dieses Defizit von über 1 Milliarde DM im Betriebshaushalt haben wir doch vermutlich nicht nur 1994, sondern wir werden auch 1995 — hoffentlich nicht in der gleichen Größenordnung — in erheblichen Schwierigkeiten sein.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen strukturelle Eingriffe. Dafür bedarf es sicherlich eines Vorlaufes. Aber dieser Vorlauf muß doch dann klar umrissen sein. Es muß doch feststehen, daß man sich jetzt nicht erst mal wieder auf vier, fünf Monate vertröstet, bevor irgend etwas passiert, sondern daß jetzt schon entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Dies ist so nicht absehbar.

Meine Damen und Herren! In der größten Finanzkrise in dieser Stadt seit der Weltwährungskrise 1929/1930 übt sich der Senat, dieser angeblich neue Senat, in der unseligen C Tradition seines Vorgängers, des alten Senats: Das Sparen wird auf die lange Bank verschoben, aber zusätzliche Ausgaben werden sofort getätigt. Ein solches Vorgehen kann von uns nicht akzeptiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich glaube, in einem Punkt hat Herr Mairose recht: Die finanzpolitische Diskussion, die wir führen, ist tatsächlich ein bißchen gruselig.

Herr Senator Runde hat in der letzten Woche in der „taz" ein Interview gegeben und mitgeteilt, daß es in 1995 vermutlich nicht etwa besser aussehen werde, sondern ein Defizit von etwa 1,5 Milliarden DM zu erwarten sei. Also, die Dynamik des Defizits scheint sich weiterzuentwickeln. Trotzdem ist das — nach meiner Wahrnehmung — in dieser Senatsvorlage nicht das Thema. Ich gebe darin Frau Kiausch recht: Kassenmittel von 11 Millionen DM im Vorgriff auf den Haushalt 1994, selbst die VEs, die auf weitere Jahre vorgreifen, scheinen vom Volumen her nicht das zentrale Problem zu sein. Aber wenn schon eine Sparsituation gegeben ist, dann interessiert natürlich besonders, was der Senat denn nun vorziehen zu müssen meint, was er als besonders dringlich ansieht und in welcher Form er Sparpolitik realisieren zu müssen meint.

Gestern gab es dabei schon eine Diskussion im Haushaltsausschuß: Die größte Position in diesem Vorgriff, also 11 Millionen DM Kassenmittel und 160 Millionen DM VE, sind D für das VERA-Projekt, die Klärschlammverbrennungsanlage. Ich will jetzt gar nicht über das Für und Wider dieses Projektes reden, sondern nur sagen, daß es in einer solchen Situation, in der Ausgaben enorm überlegt getätigt werden müssen, eine ausgesprochene Merkwürdigkeit ist, wenn die Bürgerschaft über ein Projekt von 190 Millionen DM entscheiden soll auf der Basis dieser Information aus dem Jahre 1992.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das ist alles, was der Bürgerschaft an Informationen vorliegt: einige allgemeine Beschreibungen, was es im Prinzip für Alternativen gebe, keine einzige technische Detaillierung, keine einzige Angabe über Finanzierungsbedarf, über Kosten und so weiter. Die Bürgerschaft tappt da blind im Nebel. Wenn der Senat jetzt hier Eilbedürftigkeit reklamiert, muß man davon ausgehen, daß er sie selbst verursacht hat. Die Verfahrensverantwortung für die Einbringung eines solchen Projekts von 190 Millionen DM liegt ja beim Senat, bei der Umweltbehörde. Wieso hat uns die keine detaillierten Informationen gegeben? Soweit ich gehört habe, liegen die Details schon seit Monaten der Umweltbehörde vor, nur uns nicht. Das deutet dann aber nicht auf Eilbedürftigkeit, sondern meiner Wahrnehmung nach etwas auf Überrumpelung hin. Das kann ich in einer Situation, in der wir alle aufgefordert sind, besonders darauf zu achten, daß keine unnötigen und falschen Ausgaben gemacht werden, nicht billigen. Der eine Punkt.

Der zweite Punkt. Bei den Personalforderungen sind als größte Position für das — wie bekannt — umstrittene Elbröhrenprojekt dreiundzwanzig neue Stellen genannt. Ob diese Stellen je von seiten des Bundes finanziert werden,

(Dr. Willfried Maier GAL)

A steht dahin. Es wird ein großer Stellenpool in einer Situation geschaffen, in der das Planfeststellungsverfahren überhaupt noch nicht reif und noch nicht entschieden ist. Das heißt, es wird eine Personalvorhaltung betrieben und eine Arbeit in Gang gesetzt, die Millionen verschlingt, ohne daß das rechtliche Okay für diese Arbeit schon gegeben ist. Das ist wiederum eine Möglichkeit, Millionen diesmal nicht in den Sand zu setzen, sondern unter die Schreibtische zu kehren,

(*Dr. Martin Schmidt GAL:* Unter die Elbe!)

also als Planungsschlamm zu hinterlassen.

(Beifall bei der GAL)

Das ist ein Vorgehen, das meiner Meinung nach mit verantwortlicher Durchführung eines Haushaltes nicht übereinstimmt.

Eine dritte Sache, die uns aufgefallen ist: In der Personalbepackung ist die Fortführung von zwei Stellen, der B10-Stelle des Wohnungsbaubeauftragten und einer A15-Stelle, glaube ich, für weitere zwei Jahre vorgesehen. Als diese Stellen durch die Bürgerschaft eingerichtet wurden, war davon die Rede, das nötige Bauvolumen käme so überraschend, daß dazu sozusagen ein Anschubpush von einigen neuen Stellen gehöre. Wir haben damals gesagt: Es ist doch merkwürdig, daß jetzt, wo gebaut werden muß, Anschubleute her müssen, obwohl wir doch eine so große Baubehörde unterhalten, die für diese Arbeit zur Verfügung stehen sollte. Nun konnte man damals sagen, daß eine neue Situation eingetreten war und deshalb ein Anschub organisiert werden mußte. Man sollte heute denken, der Anschub ist nun organisiert, aber jetzt wird noch eine Bremsspur von weiteren zwei Jahren Anschub über hochbezahlte zwei Stellen
B organisiert. Auch das hält der Senat für außerordentlich dringlich und besonders wesentlich.

Die Groteske wird auf die Spitze getrieben, wenn die Wirtschaftsbehörde im Kapitel 7422 die Weiterführung einer A16-Stelle für ein halbes Jahr damit begründet, daß der Planungsstab für eine Mehrzweckhalle aufgelöst wurde. Weil der Planungsstab jetzt schon nicht mehr erforderlich ist, benötigt man also eine Regierungsdirektorenstelle für ein weiteres halbes Jahr. Offenbar muß darauf ein Beamter geparkt werden, für den man keine andere Beschäftigung hat. Diese Stadt kann es sich leisten, einen Leitenden Regierungsdirektor ein halbes Jahr lang zu parken. Sie kann es sich aber nicht leisten, 60 000 DM für dieses oder jene kleine soziale Projekt auszugeben. Das ist absurd und grotesk.

So etwas soll der Bevölkerung als vordringliche Maßnahme des Senats, der das Sparen zum allgemeinen Volkssport erklärt hat, vorgestellt werden. Einem solchen Maßnahmepaket können wir, nicht wegen des Volumens, sondern wegen des Inhalts, nicht zustimmen.

(Beifall bei der GAL und bei *Birgit Schnieber-Jastram CDU*)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Herr Dr. Reichert hat das Wort.

Dr. Achim Reichert STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man sich die letztjährige Bepackung im Vergleich zur jetzigen ansieht, dann kann man schon den Eindruck haben, daß der Senat das Gebot der Stunde erkannt hat. Während wir es bei der letztjährigen Bepackung mit 120 Einzelmaßnahmen zu tun hatten, werden jetzt 28 vorgestellt. In der letztjährigen Bepackung ging C es um 61 Millionen DM Kassenmittel, jetzt sprechen wir über 8 Millionen DM. Nur bei der Verpflichtungsermächtigung ist es umgekehrt: Im letzten Jahr ging es um 49 Millionen DM und jetzt um 185 Millionen DM. Das liegt aber — wie meine Vorredner schon erwähnt haben — schwerpunktmäßig am Thema der Klärschlammverbrennungsanlage VERA mit 160 Millionen DM, sonst wäre auch in diesem Falle die Verpflichtungsermächtigung geringer.

Ich teile durchaus die Einschätzung meiner Vorredner, daß man bezüglich VERA eine ausführlichere Dokumentation gebraucht hätte, um das Thema beurteilen zu können.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Sie haben doch gestern im Ausschuß zugestimmt!)

— Moment, ich bin nicht bei der abschließenden Bewertung, lassen Sie mich diesen Gedanken zu Ende führen.

(*Krista Sager GAL:* Sie sind doch ausgerechnet für Bürgerkontrolle!)

Wir sind schon der Meinung, daß VERA für diese Stadt notwendig ist und in Angriff genommen werden sollte, auch wenn wir mit Ihnen der Ansicht sind, Frau Schnieber-Jastram, daß die Dokumentation unzureichend ist.

(*Alexander Porschke GAL:* Sie verfügen eben auch über das Herrschaftswissen!)

— Nein, in dem Punkt muß ich Ihnen widersprechen, Herr Porschke. Ich habe kein ausführlicheres Wissen als Sie, wir halten das Thema aber für gut. Ich habe den Eindruck, Sie finden es auch gut, sie finden nur die Dokumentation mangelhaft. Und darüber gibt es keinen Dissens.

(*Alexander Porschke und Krista Sager, beide GAL:* Wir sind eben für Transparenz!) D

Das sind wir auch, aber wir überlegen uns in diesem Falle, was Vorrang hat: die Transparenz oder ein Vorhaben,

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Das ist ein interessantes Kriterium: nachrangige Transparenz!)

das im allgemeinen Sinne förderlich ist.

In Anlage 2 haben wir Stellenerweiterungen oder Vorabbewilligungen von 5,3 Millionen DM auf Ganzjahresbasis errechnet beziehungsweise 4,3 Millionen DM anteilig für den verbleibenden Jahresrest. Bis auf die Positionen 5 und 6 — darin geht es um Hochschulangelegenheiten — und Position 8 — darin geht es um die Stellen für die vierte Elbtunnelröhre — werden diese Aufwendungen aus dem Bestand finanziert.

Bei Anlage 3 — das wissen Sie — handelt es sich nur um eine vorläufige Bewilligung bis zur Genehmigung des Gesamthaushaltes. Die Bepackungsmaßnahmen erscheinen uns überwiegend plausibel. „Überwiegend" heißt, daß es durchaus Einzeleinheiten gibt, bei denen wir auch anderer Meinung sind, aber schwerpunktmäßig erscheint es uns plausibel im Sinne der Notwendigkeit einer Bepackung, das heißt, daß die Maßnahmen nicht bis zu einer endgültigen Haushaltsverabschiedung Zeit haben. Den Titeln liegen meistens Entscheidungen zugrunde, die vor unserer Zeit lagen, die aber unserer Meinung nach wegen zu erwartender Nachteile für diese Stadt nicht rückgängig gemacht oder angehalten werden sollten. Deswegen sind wir dafür. — Vielen Dank.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

A **Vizepräsidentin Ulla Bussek:** Herr Senator Runde hat das Wort.

Senator Ortwin Runde: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es hier mit einer Bepackungsdrucksache in der Größenordnung von 11,2 Millionen DM Kassenmitteln bei einem Haushalt von etwas mehr als 17 Milliarden DM zu tun. Die Bepackung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung ist notwendig, weil durch die Wahl im letzten Jahr der Haushalt nicht rechtzeitig verabschiedet werden konnte.

Die vorläufige Haushaltsführung setzt einen sehr engen Rahmen. Es können lediglich die Ansätze des Vorjahres ausgegeben werden, alle neuen Maßnahmen dürfen nicht in Angriff genommen werden. Daß in einer Stadt wie Hamburg bis zum April eine Reihe von Ereignissen geschehen, die es erforderlich machen zu handeln, kommt in dieser Drucksache zum Ausdruck. Bestimmte Jubiläumstermine kann man nicht verlegen. Wenn Justizministerkonferenzen terminiert sind, muß man bestimmte Verpflichtungen jetzt eingehen. Es ist sehr viel Kleinkram dabei, aber in einer solchen Bepackung sind auch ein paar Projekte enthalten, mit denen jetzt begonnen werden muß, da zeitliche Verzögerungen nicht vertretbar erscheinen. Das ist der schlichte Sachverhalt.

Es würde sich nicht lohnen, über die 11,2 Millionen DM eine lange Diskussion zu führen. Eines fordert mich aber doch heraus, nämlich der von Herrn Maier angesprochene Hauptpunkt zur thermischen Klärschlammbehandlung bei einer Investition von 1 Million DM Kassenmitteln und 160 Millionen DM Verpflichtungserklärung. Das ist wirklich eine
B große Investitionsmaßnahme,

(*Alexander Porschke GAL:* Das sollten Sie erkennen können als Senator!)

die umweltpolitisch eine entscheidende Rolle spielt, weil sie auch mit der Frage zu tun hat, wie lange wir Schönberg noch beliefern müssen und wann wir aus der Belieferung aussteigen können. Aber in dem Punkt ist die Pression bei einigen GALiern je nach Situation unterschiedlich. Ich habe mir die Diskussion über die thermische Klärschlammbehandlung im Haushaltsausschuß angehört und finde es gut, wenn Kritik geübt wird und man auch zur Selbstkritik fähig ist. Die Beratung des entsprechenden Einzelplanes im Haushaltsausschuß hat in Anwesenheit derjenigen, die hier kritisch ihre Stimme erhoben haben, am 18. Januar stattgefunden. Mir ist aufgrund der Teilnahme an dieser Sitzung nicht geläufig, daß irgend jemand hier Nachfragen hatte

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Da geht einem doch der Hut hoch!)

oder dies zum offenen Punkt erklärt hätte — ganz im Gegenteil: Das war überhaupt nicht Gegenstand der Beratung.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Wenn ich es richtig mitgekriegt habe, stand da ein Sperrvermerk!)

Nun muß man sagen, Frau Schnieber-Jastram, daß bestimmte Investitionstitel gesperrt sind, solange die Haushaltsunterlage —Bau— nicht vorliegt. Diese Haushaltsunterlage liegt seit dem 15. November vor.

(*Krista Sager GAL:* Ja, weil eine zur Drucksache vorliegen muß!)

Das ist der ganze Sachverhalt, um den es geht. C

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Das ist ja hochinteressant!)

Die Angelegenheit ist — wie auch im Haushaltsausschuß deutlich wurde — vorher im Umweltausschuß eingehend beraten und zur Kenntnis genommen worden.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Aufgrund welcher Vorlage?)

Anscheinend haben die Querinformationen nicht funktioniert.

Meine Damen und Herren! Hier handelt es sich, wie gesagt, um die Bepackung von 11,2 Millionen DM im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung und nicht um das Konsolidierungsprogramm und um Sparprojekte. Die Gelegenheit zu Generaldebatten haben wir an anderer Stelle bereits gehabt und werden wir auch in Zukunft haben. — Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Das Wort hat Herr Mairose.

Ralf Mairose CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Senator Runde, einen großen Vorteil haben Sie: Sie wiederholen sich häufig und brauchen deswegen nicht so furchtbar viel Phantasie zu investieren.

Alles das, was Sie hier heute vorgetragen haben, haben wir gestern abend auch gehört. Bei der Beratung des Einzelplanes 8.1 ist uns schon aufgefallen, daß diese Rieseninvestition geplant war, aber da stand noch der Sperrvermerk. Niemand von uns hat erfahren, jedenfalls nicht die Mitglieder des Haushaltsausschusses, daß mittlerweile die Haushaltsunterlage —Bau— in der Bürgerschaftskanzlei lagert. Das hätte man uns auch sagen können. So gingen wir davon aus, daß die Investition gesperrt ist, und solange sie gesperrt ist, muß man sich angesichts der Menge der Dokumente, die wir zu verarbeiten haben, damit auch nicht beschäftigen. D

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Das ist die neue Transparenz in diesem Hause!)

Sie können uns auch nicht vorwerfen, daß wir nicht sofort die Bepackungsdrucksache dabeihatten. Sie können doch nicht erwarten, daß man, wenn man für eine Sitzung fast 500 Seiten Papier verarbeiten muß, dann noch ein zusätzliches Blatt in die Hand nimmt. Man ist doch über alles froh, was man dann nicht durcharbeiten muß.

Herr Senator, Sie widersprechen sich selbst. Sie hätten uns doch darauf aufmerksam machen sollen. Sie greifen uns an, weil Sie meinen, wir würden hier zum dritten Mal eine Generaldebatte führen. Man kann doch anläßlich der Vorlage einer Bepackungsdrucksache wohl noch einmal daran erinnern, was Tatsache ist.

Ich habe noch niemals einen so phlegmatischen Finanzsenator erlebt, wie Sie einer sind, und ich habe schon viele erlebt.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde keine Nacht mehr ruhig schlafen können, aber Ihnen geht es offenbar bestens. Ich kann aber auch nicht finden, daß das für die Staatsfinanzen dieser Stadt gut ist.

(Beifall bei der CDU)

A **Vizepräsidentin Ulla Bussek:** Herr Dr. Maier hat das Wort.

Dr. Willfried Maier GAL: Ich habe nur noch eine Frage. Wir haben gestern im Haushaltsausschuß für das VERA-Projekt eine interne Sperre nach Paragraph 22 LHO beantragt. Das wäre doch für den Senat und die Bürgerschaft die Möglichkeit gewesen, diesen noch nötigen Nachinformationsbedarf zu liefern ohne weitere Behelligung der gesamten Bürgerschaft. Das ist aber abgelehnt worden.

(*Krista Sager GAL:* Warum?)

Ja, warum?

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Ich stelle fest, daß darauf niemand antworten will. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr, auch nicht seitens des Senats.

Die Vorlage liegt noch im Haushaltsausschuß, deshalb ist heute eine Abstimmung darüber nicht möglich.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 11: Drucksache 15/320: Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten.

[Vorlage des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten: 12. Tätigkeitsbericht des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten — Drucksache 15/320 —]

Diese Vorlage möchte die CDU-Fraktion an den Rechtsausschuß überweisen.

Wer wünscht das Wort? Herr Berg hat das Wort.

Georg Berg STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst eine Sache ganz am Rande. Ich
B bin vorhin darauf angesprochen worden, daß links am Pult ein Knopf sei, mit dem ich es höherstellen könne. Ich habe gelobt, ich werde so lange auf den Knopf drücken, bis jeder sieht, es geht nicht höher. Insofern beantrage ich ein Telefonbuch, das man unter das Rednerpult legen kann.

(*Krista Sager GAL:* Sonst gehen Sie doch in die Knie!)

Wir haben auch darüber gesprochen, eine katholische Betbank oder ähnliches hierhinzustellen. Haben Sie eine mit? Ich glaube aber, es wird auch so gehen.

Zur Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten. Dem Datenschutzbeauftragten, Herrn Dr. Schrader, ist zuzugestehen, daß er offensichtlich einen besonderen Spagat schafft, nämlich den, in seiner Tätigkeit so zu handeln, daß er für die Fachleute gut ist, interessant und ernst zu nehmen bleibt, andererseits in der Verwaltung so viel Rückhalt hat, daß er nicht in den Wind redet. Das erfordert manchmal möglicherweise auch eine gewisse Flexibilität gegenüber den Verwaltungserfordernissen, aber darauf komme ich noch zurück. Zunächst einmal muß man konstatieren, daß hier jemand eine Arbeit macht, die allgemein als gut akzeptiert wird.

Bezüglich dieses Tätigkeitsberichtes möchte ich nur auf zwei Punkte eingehen, die in der Gewichtung nicht so deutlich werden, wie nach unserer Meinung den Punkten beigemessen werden müßte.

Der erste Punkt ist die Frage der Novellierung des Hamburgischen Datenschutzgesetzes. Weil es vielleicht nicht alle wissen, erläutere ich es kurz. Die Landesdatenschutzgesetze — so auch das Hamburgische Datenschutzgesetz — gelten im wesentlichen — bis auf Überleitungsangelegenheiten — nur für die öffentlichen Stellen und Behörden. Das C
heißt: Private Stellen, Einzeldatenbenutzer und so weiter unterliegen überall dem Bundesdatenschutzgesetz. Für die Behörden ist deshalb in den Landesdatenschutzgesetzen ein Sonderrecht geschaffen, und dieses Sonderrecht ist — insbesondere in Hamburg — bisher in keiner Weise den enormen Anpassungen an die Datenschutzerfordernisse angeglichen worden; in keiner Weise ist bei den Verstärkungen des Datenschutzes, wie sie zum Beispiel im Bundesdatenschutzgesetz niedergelegt sind, nachgezogen worden.

Im Bericht des Datenschutzbeauftragten ist die Rede von einem Entwurf zur Novellierung; dieser Entwurf liegt zur Zeit noch im Verwaltungsbereich. Deshalb kann es möglich sein, daß manches, was ich jetzt kurz anreißen will, in diesem Entwurf bereits enthalten ist. Aber im parlamentarischen Bereich liegen die Sachen noch nicht vor.

Ich meine, daß insbesondere auch für den Bereich der öffentlichen Stellen die Beweislastumkehr im Hamburgischen Datenschutzgesetz übernommen werden muß, die für einen gewissen Bereich im Bundesdatenschutzgesetz festgelegt ist. Wenn durch Verletzung der datenschützerischen Vorgaben, die bisher nur im Bundesdatenschutzgesetz sehr weitgehend ausgeführt sind, ein Schaden entsteht, ist der Verwender, der Datenerfassungen verarbeitet, verpflichtet zu beweisen, daß der Schaden nicht auf einen Fehler in seinem Bereich zurückzuführen ist. Etwas Derartiges gibt es bisher noch nicht für den öffentlichen Datenverarbeitungsbereich.

Der zweite Punkt ist die Frage der Datensicherheit beim PC. Darin sind sich alle einig: Das bleibt bei allen Bemühungen eine schwierige, eine haarige Sache. In dieser Frage geht
der Hamburgische Datenschutzbeauftragte entgegen an- D
deren Meinungen im Fachbereich mit seinen Richtlinien unter Umständen nicht so weit, wie andere meinen, daß man gehen könnte. Dies tut er vor dem Hintergrund, daß sich der PC nach seiner Auffassung nicht vermeiden lassen würde, man ihn also nicht verteufeln oder so tun könne, als ließe er sich in der öffentlichen Verwaltung umgehen.

Dies bedeutet aber andererseits, daß ein sehr großer Schwerpunkt darauf gelegt werden muß, daß bei der Novellierung des Hamburgischen Datenschutzgesetzes darauf geachtet wird, daß in diesem Bereich der Sicherung des eigentlich unglaublich unsicheren, in manchen Bereichen gar nicht abzuschottenden PCs die Höchstanforderungen auch tatsächlich umgesetzt werden. Offensichtlich sind weitgehende Schritte bei der Verwendung von PCs im standesamtlichen Bereich ausgearbeitet worden.

Hier geht es nicht nur — was heißt „nur"? — um ein hehres Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, sondern wir sehen uns an der Schwelle zu einer ganz massiven Neueinführung der Datenverarbeitung im öffentlichen Bereich. Wenn man also das bereits angesprochene Interview des Finanzsenators in der „taz" zur Hand nimmt, liest man darin etwas über Budgetierung und ähnliches. Dieses ist schlicht die Ankündigung der großen Verwaltungsreform, die auch eine Finanzreform ist; Budgetierung, Globalisierung und so weiter sind ohne die anderen entsprechenden Bestandteile nicht denkbar, insbesondere das sogenannte Controlling. Das ist aber praktisch ein Programm zur weitgehenden Einführung des PCs in der öffentlichen Verwaltung. Etwas Derartiges kann nur dann sinnvoll gelingen, wenn es auch von einer breiten Zustimmung und einem Vertrauen getragen wird.

(Georg Berg STATT Partei)

A Wir hatten — soweit ich es weiß — im öffentlichen Bereich in Hamburg auf dem Gebiet des Datenschutzes noch keinen GAU. Sollte aber einmal ein „größter anzunehmender Unfall" eintreten, daß sensible Daten aus dem mangelhaft geschützten Bereich in die Öffentlichkeit kommen und mißbraucht werden, dann besteht die Gefahr, daß durch eine eintretende allgemeine Mitwirkungszurückhaltung und Beteiligungsverweigerung der Bürger alle verwaltungsmäßigen Abläufe erschwert werden. Deshalb ist es wegen der künftigen Betriebsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung notwendig, hier eine größtmögliche Absicherung zu schaffen. — Danke schön.

(Beifall bei der STATT Partei)

Vizepräsidentin Ulla Bussek: Frau Weise hat das Wort.

Helga Weise SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute über den zwölften Datenschutzbericht. Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte ist ein Mann, der sicher nicht arbeitslos wird. Es gibt neue Techniken, neue Gefahren, und der aufgeklärte Bürger wundert sich, was alles möglich ist. Mit der Kombination von Eurocheque-Karte und Chip oder auch mit dem Krankenkassenchip, der für Hamburg für den Herbst angekündigt ist, kommen neue Techniken auf uns zu, mit deren Hilfe ungeheure Datenmengen auf einem kleinen Chip gespeichert werden. Der einzelne Mensch wird kontrollierbar.

Ich möchte dem Datenschutzbeauftragten, Herrn Dr. Schrader, an dieser Stelle für seinen Weitblick, für seine Kritik und für seine Kreativität auf dem Gebiet des Datenschutzes besonders danken.

B Es gibt aber auch mißdeuteten Datenschutz. Ich will hier ein Beispiel aus Harburg schildern. Im Harburger Rathaus hängt eine Gedenktafel für Opfer des Nationalsozialismus. Wenn es schon schwierig war, die Lebensdaten dieser Opfer herauszufinden, so weiß ich zum Beispiel über die Täter gar nichts. Das heißt, Naziverbrechen werden zu einer Geschichte unidentifizierbarer Täter umgedeutet. Es gibt geschützte Täterdaten, die Opferdaten sind bekannt. Es kann eigentlich nicht angehen, daß im Bereich der wissenschaftlichen Forschung der Datenschutz so weit getrieben wird.

Aber auch wir als Bürgerschaft sind nicht vollkommen. Ich möchte nur das Thema Untersuchungsausschußgesetz anreißen, weil wir für die Untersuchungsausschüsse datenschutzrechtlich noch nichts geregelt haben. Wie steht es mit dem Datenschutz in Kleinen Anfragen, in denen eventuell nach persönlichen Dingen gefragt wird? Jetzt ist die Öffentlichkeit in den Ausschußsitzungen zugelassen, und wir müssen lernen, damit umzugehen, daß wir dort keine persönlichen Daten ausbreiten.

Der Rechtsausschuß wird diesen Bericht durcharbeiten und Vorschläge zur Änderung oder zur Verbesserung für den Senat oder für die Verwaltung machen.

Einiges aus dem Bericht hat sich aber schon erledigt. Ich finde es gut, daß für rechtsradikale Parteien nicht mehr die Möglichkeit besteht, Aufkleber für den Wahlkampf beim Bezirksamt zu kaufen.

(Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

Ich möchte noch einen Blick über unseren Tellerrand hinaus werfen. Die SPD fordert das Grundrecht auf Datenschutz. Wir wissen nicht erst seit den Stasi-Enthüllungen, welche fatale Wirkung eine ungebremste Datensammlung C hat. Deswegen fordern wir — diese Forderung ist von unserer Fraktion auch im Bundestag vertreten worden —, daß in die Verfassung das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung aufgenommen werden muß!

Das zweite Thema ist das Gesetz über die Geldwäsche. Dieses Gesetz ist zwar erst seit kurzer Zeit in Kraft, aber es hat sich in diesen wenigen Wochen herausgestellt, daß es überhaupt nicht greift. Es ist falsch konstruiert. Unter dem Vorwand „Datenschutz" darf nicht ein Hemmschuh für die organisierte Kriminalität geschaffen werden. Das Geldwäschegesetz muß nachgebessert werden. Ich bitte Sie, uns auch in Bonn bei dieser Sache zu helfen.

Der Überweisung an den Rechtsausschuß stimmen wir zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dr. Freytag.

Dr. Michael Freytag CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Debatte über den zwölften Datenschutzbericht ist ja eine Premiere, denn erstmals debattieren wir einen Datenschutzbericht unmittelbar nachdem er vom Datenschutzbeauftragten vorgestellt worden ist. Bisher haben wir den Bericht immer erst nach der internen Ausschußberatung und der Stellungnahme des Senats ungefähr ein Jahr später debattiert. Dies hatte zur Folge, daß doch die Aktualität reichlich abhanden kam. Vielleicht mag dies ein Beispiel für einen kleinen Parlamentsreformansatz sein, aktuelle Dinge auch zeitnah zu debattieren und nicht erst dann, wenn ein Jahr ins Land gegangen ist. Man sollte eine Generaldebatte über den Datenschutzbericht immer dann führen, wenn der Beauftragte seinen Bericht vorgelegt hat, und nach Stellungnahme des Senats sowie der Ausschußberatung noch einmal eine Detaildebatte durchführen. D

Datenschutz gewinnt zunehmend an Bedeutung. Datenerfassung und Datenverarbeitung und die damit verbundenen technischen Innovationen erfassen immer mehr Lebensbereiche und bestimmen auch immer mehr unseren Alltag. Aus diesem Grunde gewinnt auch der Datenschutz immer größere Bedeutung. Er ist kein Rand- oder Exotenthema mehr, wie es einige vor Jahren noch eingeschätzt haben. Bekanntlich geht das Schreckgespenst des „gläsernen Menschen" um. Der Begriff „gläsern" ist eher eine Verharmlosung dessen, was wirklich gemeint ist. Gemeint ist der bloßgestellte, der veröffentlichte Mensch, dem die Privatsphäre genommen wird. Ein Leben ohne geschützte Privatsphäre ist aus meiner Sicht ein Leben in Unfreiheit, und daher ist der Datenschutz wichtiger denn je. Auch gerade deshalb hat das Bundesverfassungsgericht das informationelle Selbstbestimmungsrecht in den Grundrechtsschutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts in Artikel 2 Absatz 1 sowie Artikel 1 Absatz 1 aufgenommen.

Der Datenschutz bewegt sich natürlich nicht im luftleeren Raum, sondern steht auch in Konkurrenz zu anderen Gütern. Hier muß ein Interessenausgleich vorgenommen werden, sollte es zu Kollisionen kommen. Einigkeit sollte allerdings darüber herrschen, daß ein Mißbrauch des Datenschutzes bekämpft werden muß. Insbesondere — und das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt — eignet sich der Datenschutz nicht als „Naturschutzreservat" für Kriminalität.

Das Verhältnis des hamburgischen Senats zum Datenschutz ist durchaus zwiespältiger Natur. Die letzte Drucksa-

(Dr. Michael Freytag CDU)

A che, mit der sich der Senat grundsätzlich zum Datenschutz geäußert hat — es ist die Drucksache 14/4003 —, wurde im letzten Jahr verteilt. In dieser Drucksache stellt der Senat lapidar fest:

„Der Datenschutz ist in der hamburgischen Verwaltung zu einer Selbstverständlichkeit geworden."

Das ist sicherlich humorvoll und originell, hat aber mit der Realität relativ wenig zu tun. Wenn das stimmen würde, benötigten wir sicherlich den Datenschutzbeauftragten nicht mehr.

Daß wir ihn aber dennoch benötigen, sieht letztlich wohl auch der Senat ein, denn er hat sich ferner an zwei Stellen zur Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten geäußert. Ich zitiere:

„Im Interesse eines effektiven Datenschutzes in der hamburgischen Verwaltung hält der Senat eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten für geboten."

Dies ist eine inhaltsleere Aussage, weil sie schlichtweg eine Selbstverständlichkeit wiedergibt. Daß man sich mit jemandem, der berufsmäßig mit Datenschutz beschäftigt ist, konstruktiv auseinandersetzt und zusammenarbeitet, halte ich für eine ganz klare Selbstverständlichkeit und nicht für besonders erwähnenswert. Vielleicht könnte der Senat sich hierzu etwas intensiver und inhaltsreicher äußern. Was der Senat vom Datenschutzbeauftragten und dessen Arbeit hält, wird an einer Stelle besonders deutlich. Dort äußert sich der Senat sehr kritisch zum Datenschutzbeauftragten, wenn er sagt:

„Im übrigen wäre es sowohl hinsichtlich der Akzeptanz
B für die Belange des Datenschutzes bei den Beschäftigten als auch für die Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten außerordentlich förderlich, wenn er Forderungen nach Maßnahmen des Datenschutzes mit dem gebotenen Augenmaß für das rechtlich Notwendige, organisatorisch Gebotene, technisch Mögliche und wirtschaftlich Sinnvolle erheben würde."

Dies heißt im Umkehrschluß, daß der Datenschutzbeauftragte offensichtlich nicht das gebotene Augenmaß für das rechtlich Notwendige, das organisatorisch Gebotene, technisch Mögliche und wirtschaftlich Sinnvolle hat. Herr Senator, natürlich ist dem Datenschutzbeauftragten, auch aus meiner Sicht, nicht in allen seinen Forderungen zu folgen. Gleichwohl hat der Senat allen Anlaß, sich weniger kritisch mit dem Datenschutzbeauftragten auseinanderzusetzen als vielmehr über seine eigenen, deutlich vorhandenen Mängel im Datenschutz nachzudenken und diese zu bereinigen; denn auffällig ist, daß der Senat sich zwar bemüht — das will ich gerne eingestehen —, aber häufig sind seine Bemühungen im Datenschutz lückenhaft oder von deutlichen Verspätungen gekennzeichnet.

Ich will ausdrücklich positiv erwähnen, daß im vergangenen Jahr — dem Gegenstand des zwölften Datenschutzberichtes — eine ganze Reihe von notwendigen Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht worden sind. Gott sei Dank ist jetzt auch endlich das Vermessungsgesetz verabschiedet worden; hier war Hamburg datenschutzrechtlich das Schlußlicht in der Bundesrepublik.

Doch noch immer betreibt der Senat Datenschutz im Schneckentempo und Müßiggang, denn in vielen wesentlichen Bereichen, in denen personenbezogene Daten erhoben werden, gibt es immer noch keine ausreichenden datenschutzrechtlichen Regelungen. Ohne gesetzliche C
Grundlage arbeitet man beispielsweise bei den personenbezogenen Umweltdaten; überfällig ist nach wie vor eine datenschutzrechtliche Regelung im Bodenschutzgesetz. Das gleiche gilt für das Schulgesetz. Ebenso überfällig ist der Gesetzentwurf über den öffentlichen Gesundheitsdienst, der insbesondere die Datenschutzbelange bei der Gesundheitsdatenerhebung der Bezirksämter regeln soll. Gleichfalls nicht abgestellt sind die gravierenden Datenschutzmängel im Meldewesen und, last, but not least, liegt auch immer noch kein Vorschlag des Senats für die Novellierung des Hamburgischen Datenschutzgesetzes vor.

Wenig überzeugend — dies sei als Abschlußbeispiel erwähnt — ist auch die Haltung des Senats, nachdem im Funkverkehr aufgrund von EG-Richtlinien die Empfangsfrequenzbeschränkungen aufgehoben worden sind und nun Unbefugte mit speziellen Empfangsgeräten, sogenannten Scannern, den Funkverkehr von Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und auch der Rettungsdienste abhören können.

Herr Innensenator, dieser Mißstand ist nicht nur ein Datenschutzproblem, sondern auch ein ganz gravierendes Sicherheitsproblem. Hinsichtlich der technischen Möglichkeiten sollte der Senat etwas mehr Phantasie entwickeln, um die Abhörmöglichkeiten einzuschränken. Es gibt Digitalisierungs- und Verschlüsselungstechniken, die Kosten verursachen, letztlich jedoch notwendig sind, um einem Mißbrauch von Daten sowie von Informationen der Polizei vorzubeugen.

Gefragt ist also aktives Handeln für den Datenschutz. Der Senat muß beim Datenschutz Probleme nicht nur erkennen, sondern diese auch schnell und zügig beseitigen. D
Dabei werden wir ihm gern helfen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Mahr.

Manfred Mahr GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer am 13. Januar die Vorstellung des zwölften Tätigkeitsberichtes des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten verfolgt hat, muß sich die Frage stellen, ob nicht die Wirklichkeit die Schreckensvision eines Orwellschen „big brother" bereits weit in den Schatten gestellt hat. Zehn Jahre nach dem Hoffnung vermittelnden Volkszählungsurteil ist es um die Umsetzung des Datenschutzes schlecht bestellt.

Wenn Dr. Schrader zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Ausbau neuer Informations- und Kommunikationstechniken bei den Behörden einen vorgeschalteten Grundschutz fordert, der bereits bei der Systemauswahl perspektivisch Datenschutz gewährleisten soll, und dieses in einem Nebensatz angesichts der rasanten technologischen Entwicklung als Notwehrmaßnahme charakterisiert, sollte die Öffentlichkeit doch wach werden. Bei der Vernetzung der Hamburger Behörden mit einer IuK-Infrastruktur, die technisch den Informationsaustausch aller Teilnehmer miteinander zumindest ermöglicht, muß tatsächlich bereits bei der Konzeption sichergestellt werden, daß der aus dem Volkszählungsurteil geforderte Grundsatz der Informationstrennung durch geeignete Maßnahmen technisch-organisatorischer Art gewährleistet wird.

Darüber hinaus sollte grundsätzlich bei jeder Planung überlegt werden, ob nicht aus datenschutzfreundlichen Erwä-

(Manfred Mahr GAL)

A gungen auf bestimmte IuK-Techniken im Einzelfall verzichtet werden kann, wenn sich andere Lösungen alternativ anbieten. Wer in der Behörde tätig ist, weiß, wie sehr dort der Erfindungsreichtum um sich greift, wenn erst einmal technische Errungenschaften ihren Platz gefunden haben. Dort müssen klare Lösungen angeboten werden.

Welche schöne neue Welt uns Chipkarten und Mobiltelefone versprechen, Statussymbole einer technikgläubigen Gesellschaft, kann uns nur erschaudern lassen. Hier wird auch deutlich, daß dem Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich in der Vergangenheit viel zuwenig Beachtung geschenkt worden ist. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen reichen hier in keiner Weise aus und müssen dringend mindestens dem Standard für den öffentlichen Bereich angeglichen werden. Die Vision von einer Allzweckkarte, einem „Sesam-öffne-dich" für den täglichen Bedarf, wird wohl bald wahr werden, wenn es uns nicht gelingt dagegenzuhalten. Vom bargeldlosen Einkauf über die Abrechnung mit der Krankenkasse bis hin zum Starten des Autos und dem Öffnen von Wohnungstüren — das alles und noch viel mehr kann die Chipkarte der Zukunft leisten, wenn sie denn eingeführt wird. Durch Verknüpfung dieser Informationen — das wurde uns vom Datenschutzbeauftragten auf der Pressekonferenz deutlich gemacht — hätten wir dann den vielbeschworenen „gläsernen Menschen".

Wir dürfen nicht gezwungen werden, unseren Grundbedürfnissen mittels elektronischer Medien nachkommen zu müssen. In diesem Zusammenhang sind endlich Regelungen im Bundesdatenschutzgesetz überfällig, die den Datenschutz im privaten Sektor zufriedenstellend regeln und sichern. Hier sollte der Senat durch entsprechende Bundesratsinitiativen handeln. Dem grenzen- und hemmungs-
B losen Informationsdurst der Wirtschaft muß endlich — das macht der zwölfte Tätigkeitsbericht deutlich — regulierend und transparenzfördernd begegnet werden. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die öffentliche Hand zunehmend Einrichtungen privatisiert, wie zum Beispiel Post und Bahn. In diesen Fällen droht der Datenschutz weitgehend auf der Strecke zu bleiben.

Die Flucht öffentlicher Betriebe ins Privatrecht bekommt damit einen völlig neuen problematischen Aspekt, der bisher noch viel zuwenig beachtet worden ist und dessen Folgen noch nicht absehbar sind. Der Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Datenschutz und Mitarbeiter beim Niedersächsischen Datenschutzbeauftragten, Thilo Weichert, resümierte kürzlich in der „Frankfurter Rundschau":

> „In einer solchen Zeit geht faktisch ein Grundbestandteil des vom Bundesverfassungsgericht begründeten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung verloren, nämlich die Selbstbestimmung."

Wir Bürgerinnen und Bürger werden letztlich zu Sklaven einer Informationstechnik, die uns weitgehender beherrschen wird als der bereits vielzitierte „big brother", der unter diesem Blickwinkel vielmehr den Charakter eines Waisenknaben erhält, wenn der Gesetzgeber nicht entsprechend tätig wird.

Ich möchte hier jedoch noch auf einen anderen Bereich kommen, nämlich auf die gerügten Verstöße im Bereich des Strafvollzugs. Zu Recht wird im Tätigkeitsbericht die Datensicherheit in den Justizvollzugsanstalten — hier am Beispiel von „Santa Fu" — als „mit erheblichen Mängeln behaftet" gebrandmarkt. „Alle wissen alles über den Gefangenen bis auf ihn selbst", dies formulierte Dr. Schrader auf der C
Pressekonferenz treffend. Daß sich an dieser Praxis bis heute nichts geändert hat, kann nur noch als skandalös bezeichnet werden, zumal die GAL in den vergangenen Jahren immer wieder auf genau diese Mißstände hingewiesen hat, ohne daß sich irgend etwas verändert hat.

Was muß eigentlich noch geschehen, daß auch für Gefangene ein Mindestmaß an Menschenwürde — in diesem Fall an Informationsfreiheit beziehungsweise an informationellem Selbstbestimmungsrecht — in diesem Bereich gewährleistet wird? Wir haben hier ein klassisches Beispiel dafür, wie Menschen hinter Mauern zum bloßen Objekt staatlichen Handelns herabgewürdigt werden, ohne daß es draußen offensichtlich irgend jemanden interessiert.

Es kann doch wohl nicht angehen, daß jeder Mitarbeiter der Strafvollzugsanstalt nach Lust und Laune in den Personalakten der Häftlinge herumblättern kann und diese Einsichtnahme noch nicht einmal begründen muß, während der Gefangene selbst nicht einmal den Akteninhalt kennt. Die GAL-Fraktion erwartet, daß hier die Behördenleitung sofort die erforderlichen Schritte einleitet, mögliche Willkürakte von Vollzugsbeamten ausschließt und darüber hinaus dem Gefangenen das Recht einräumt, ohne Angabe von Gründen seine Personalakte einzusehen. Daß hier noch bestimmte Aspekte, wie zum Beispiel die Sicherheit, zu berücksichtigen sind, ist selbstverständlich.

Es ließen sich hier noch viele Dinge ansprechen, die wir aber sicher noch im Rechtsausschuß debattieren werden, und ich möchte deshalb schließen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Wegner. D

Markus Wegner STATT Partei: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Arbeit des Datenschutzbeauftragten kann sicherlich gelobt werden, und sie hat ihr Ergebnis in einem relativ umfangreichen Bericht gefunden in Form eines ganzen Buches, welches sicherlich sehr interessant ist, wenn man die verschiedenen Aspekte einmal durchblättert, was heutzutage alles mit Datenschutz zu tun hat. Das zeigt allerdings auch unser Informationswesen auf, das es auch mit sich bringt, daß wir die verschiedenen rechtlichen Fragestellungen immer wieder erneut angehen und behandeln müssen, die sich in bezug auf Datenschutz stellen.

Ich möchte gar nicht auf die einzelnen Probleme eingehen, wie die des Funktelefons und -dienstes, der Eurocheque-Karten oder mittlerweile auch von Anrufbeantwortern, die möglicherweise auch abgehört werden können, wenn die entsprechende Rückrufnummer bekannt ist, sondern ich möchte zwei, drei Aspekte herausstellen.

Der Datenschutzbericht umfaßt immerhin auch einige Bereiche, die uns als Bürgerschaft direkt betreffen, so zum Beispiel die Öffentlichkeit der bürgerschaftlichen Ausschußsitzungen, die hier besondere Erwähnung gefunden haben, und die dazu gegebenen Empfehlungen.

Des weiteren einige Anregungen zum Untersuchungsausschußgesetz, welches unbedingt verabschiedet werden müßte in der Form, daß hier datenschutzrechtliche Regelungen Eingang finden; ja es wird vom Hamburger Datenschutzbeauftragten sogar darauf hingewiesen, daß der Artikel 32 der Hamburgischen Verfassung entsprechend

(Markus Wegner STATT Partei)

A ergänzt werden könnte. Für die Vorschläge könnte auch auf die Hinweise der Hamburger Enquete-Kommission „Verfassungsreform" verwiesen werden.

Der bereits durch einen Vorredner angesprochene Punkt der Übermittlung von Meldedaten an die Parteien ist allerdings ein Punkt, der mich veranlaßt, diesen noch einmal näher zu behandeln.

Interessant ist, und dies verdient auch öffentliche Beachtung, daß — und ich darf zitieren, Frau Präsidentin —

„mit den melderechtlich vorgeschriebenen zusätzlichen Kriterien der Altersstruktur eine Partei damit eine Auswertung aus dem Melderegister erhält, die dem Ergebnis einer Rasterfahndung nahe kommt".

Gemeint sind damit die Verknüpfungen von Altersstruktur und entsprechenden Bevölkerungsgebieten, in denen man tatsächlich ganz bestimmte Wählerschichten offensichtlich zu erfassen meint. Daß dieses nicht sein sollte, versteht sich von selbst, und es dürften deshalb solche Erhebungen nicht zulässig sein, und zwar auch nicht in der Form, daß es als Ermessensentscheidung behandelt wird. Vielmehr muß eine Gesetzesänderung dahin gehend durchgeführt werden, daß solche Abrufungen zukünftig nicht mehr möglich sind. Das bedeutet auch, daß Parteien diese Abrufung von Daten nicht vor Wahlen vornehmen sollten, denn sie sind überflüssig, und die Öffentlichkeit steht den Parteien ausreichend zur Verfügung.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß es merkwürdigerweise in den Parteien auch überwiegend so ist, daß man innerhalb der Parteien zum Beispiel nicht einmal weiß, wer eigentlich Mitglied ist.

B (*Antje Blumenthal CDU:* Das ist ja bei Ihnen jetzt besser! Da wird ja Demokratie hoch drei betrieben!)

Ich darf darauf hinweisen, daß STATT Partei eine ausdrückliche Regelung hat, wonach jedes Mitglied wissen darf, wer noch Mitglied ist. Dieses sind Aspekte, die bereits im vergangenen Jahr beim Hamburgischen Datenschutzbeauftragten behandelt und entsprechend diskutiert worden sind. Vielleicht läßt sich hierüber noch einmal weiter nachdenken.

Es werden im Bereich des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten weiterhin vielfältige Fragen auftreten, bei denen wir sicherlich so aufmerksam sein werden, wie es die GAL-Fraktion ist und gleichermaßen die anderen Parteien sein werden. Ich hoffe, daß entsprechende Ideen dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten zugeleitet werden.

Die Zahl von rund 350 schriftlichen Anfragen zu den einzelnen Themenkreisen ist meines Erachtens nicht so exorbitant hoch, als daß man darüber erfreut sein könnte. Man könnte sich auch wünschen, daß noch wesentlich mehr spezielle Fragen an den Datenschutzbeauftragten gestellt werden, die dadurch zu einer entsprechenden Datensicherheit und einem Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts des Bürgers führen. — Ich danke.

(Beifall bei der STATT Partei und der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Zamory.

Peter Zamory GAL: Meine Damen und Herren! Ich möchte zu einem Unterpunkt des ja sehr umfangreichen Berichts von Herrn Schrader Stellung nehmen, nämlich zum Punkt 21.7, Vernetzung des UKE. Dort ist davon die Rede, daß zur Zeit ein grundlegendes Netzkonzept erarbeitet wird, das so C ausgelegt ist, daß in maximal 13 000 Räumen insgesamt circa 20 000 Rechneranschlüsse für den Haustechnik-, Forschungs-, Medizin- und Verwaltungsbereich belegt werden können. Das sind gigantische Zahlen; wenn man sich überlegt, wie viele Menschen im UKE arbeiten und wie viele Patienten es gibt, dann ist es kaum nachvollziehbar, daß so eine Planung, die bis zum Jahr 2000 umgesetzt sein soll, wirklich sinnvoll ist.

Mit einer Kleinen Anfrage habe ich kürzlich zu klären versucht, wie weit die Planung vorangeschritten ist und wie weit bereits Firmen mit der Realisierung beauftragt worden sind. Die Antwort darauf war sehr knapp und kurz: Das Ganze sei in der Planung, der Senat habe sich damit noch nicht beschäftigt, und konkret sei noch keine Firma beauftragt.

Auf der anderen Seite kritisiert Herr Schrader, daß diese Planung kaum lösbare Probleme des Datenschutzes schafft. Ich sehe in seiner Darstellung schon eine gewisse Konterkarierung der Antwort des Senats auf meine Anfrage. Vielleicht kann das ausgeklärt werden.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Es gibt keine weitere Wortmeldung. Der Bericht soll an den Rechtsausschuß überwiesen werden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das ist mit einer großen Mehrheit, vielleicht auch mit verspäteten zusätzlichen Ja-Stimmen, beschlossen.

Dann komme ich zum Punkt 18: Antrag der GAL zu Zwangsmaßnahmen zur Studienzeitverkürzung. D

[Antrag der Fraktion der GAL: Ablehnung von Zwangsmaßnahmen zur Studienzeitverkürzung und Neuerarbeitung hochschulpolitischer Eckwerte — Drucksache 15/324 —]

Die SPD-Fraktion wünscht eine Überweisung dieser Vorlage an den Wissenschaftsausschuß.

Wer möchte das Wort? Herr Jörß.

Martin Jörß GAL: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Seit der studentischen Revolte von 1968, seitdem einige ihrer Impulse von der sozialliberalen Koalition aufgegriffen, einige jedoch auch abgewürgt worden sind in der Bürokratie der Massenuniversität, seitdem Fragen der Zukunft unserer Gesellschaft auch an den Themen „Wissenschaft, Forschung und Hochschulen" debattiert wurden, gibt es nur noch in zyklischen Abständen Situationen, in denen diese Themen und ihre gesellschaftliche Implikation öffentlich debattiert werden, selbst in diesem Hause, in dem öffentliche Angelegenheiten debattiert werden sollen und wo dies auch geschieht.

Die Verdienste dafür, daß diese Angelegenheiten überhaupt noch behandelt werden, liegen meistens bei Studierenden, die sich über ihre — zumeist subjektiv — als unerträglich empfundene Situation empören und für die entsprechende Öffentlichkeit sorgen, selten jedoch bei Politikern, Regierungen oder bei Initiativen aus dem entsprechenden Bereich, die dort eine Gestaltung vorzunehmen gedenken. Wie weit die Entfremdung auch des Hamburger Senats von dieser Öffentlichkeit fortgeschritten ist in der Situation, in der die Studierenden ja immerhin mit ihren

(Martin Jörß GAL)

A Protesten den Campus verlassen haben, Richtung Rathausmarkt gezogen sind, auch ins Haus kamen und wahrgenommen wurden, kann man vielleicht daran ablesen, wie der Herr Bürgermeister Voscherau — ein sonst sehr gewandter und in der Öffentlichkeitsarbeit sehr professionell auftretender Mensch — auf die Konfrontation mit studentischen Anliegen reagiert hat.

Der erste Punkt war, daß er den Studierenden, die ihn um ein Gespräch baten, darlegte, daß das Eckwertepapier ihm erstens unbekannt sei und er die Inhalte bestimmt nicht teilen würde, die ihm dort dargelegt würden, und daß des weiteren eine Unterschrift seiner Person dort nicht vorliegen würde, obwohl die hochschulpolitische beziehungsweise bildungspolitische Erklärung der Ministerpräsidenten selbstverständlich unter Nennung des Eckwertepapiers und der dort vorgesehenen Maßnahmen, um die es sich bei dem vorgelegten Antrag handelt, seine Unterschrift trägt.

Zweiter Punkt: Der Erste Bürgermeister, der sonst die Öffentlichkeit auch nicht scheut, wollte offenbar den Kontakt mit AStA-Vertretern in öffentlicher Aussprache nicht wahrnehmen.

Drittens: In einer Presseerklärung, in der er dies auch noch mitteilt, erläuterte er, daß Sozialdemokraten, wo sie Verantwortung tragen für die Politik, dort die umstrittenen Punkte aus dem Katalog des Eckwertepapiers sicherlich nicht umsetzen würden. Auch Herr Hajen und andere, die sich damit beschäftigen, werden bestätigen, daß das in Baden-Württemberg, in Berlin und auch in Nordrhein-Westfalen, wo ihre Partei allein die Verantwortung trägt, anders ist, daß die entsprechenden Punkte tatsächlich umgesetzt werden. Das also zum Punkt von Distanz zwischen Hochschulpolitik
B und Öffentlichkeit auch in diesem Hause.

Der vorgelegte Antrag ist nun keiner, der im Gesamtentwurf über die gesellschaftlichen Implikationen oder die Ausrichtung von Politik Auskunft gibt. Es ist ein ganz kleiner Sektor, der da behandelt wird, ein Punkt, zu dem Frau Dr. Stapelfeldt und auch Herr Hajen durchaus schon in Kreisen, in denen andere Leute zuhören konnten, ihre Meinung gesagt und zugestanden haben, daß die Zwangsmaßnahmen zur Studienzeitverkürzung, um die es geht, hier in Hamburg weder von ihnen persönlich noch von ihrer Fraktion, noch vom Senat gewünscht werden und daß der Umstand, daß das in dem Paket des Eckwertepapiers beinhaltet und in den entsprechenden Erklärungen der Minister enthalten ist, so einen Deal-Charakter hat. Man wolle eben die entsprechenden Mittel für den Hochschulbau bekommen, und dazu sei es notwendig, diese Sachen zu tragen.

Warum wir meinen, daß es heute und jetzt und so beschlossen werden und nicht in den Ausschuß geschoben werden sollte, um zu versuchen, es von der Oberfläche wegzukriegen, möchte ich Ihnen jetzt darlegen. Ich glaube, daß das, was Sie an Politik in dem entsprechenden Bereich in den letzten zwei Jahren vorgetragen haben, auch schon für Sozialdemokraten erstaunlich ist. Das war ein Schulterschluß mit allen anderen Ministerpräsidenten auf der Grundlage dieses erwähnten Wunsches, die Mittel des Bundes für den Hochschulbau — und das ist natürlich ein respektables Ziel — zu erhöhen. Nun wird das allerdings zu einem Linsengericht, das noch nicht mal ausgezahlt wurde aufgrund der Reaktion des Bundes. Das Ergebnis dieser Politik ist nicht nur, daß man nicht erfolgreich war, sondern auch, daß sämtliches — und ich habe das Datum 1968 als jemand, der damals geboren wurde, nicht ganz zufällig genannt — seitdem, auch von Sozialdemokraten, an Bildungs- und Hochschulpolitik und in der Frage, wie man sich damit ein Bild von der Gesellschaft machen kann, wie man Gesellschaft vielleicht auch noch steuern kann — „verraten" klingt immer so dramatisch — aufgegeben und überhaupt nicht mehr thematisiert wurde. Die Debatte von Sozialdemokraten und Christdemokraten im Schulterschluß war nur noch ausgerichtet auf diese Millionen, die man für den Hochschulbau sichern wollte, sie war eine, die sich ausschließlich an diesem Begriff Studienzeit orientierte. C

Jeder von Ihnen, der sich damit auseinandersetzt — und auch die Personen, die bei Ihnen die Verantwortung dafür tragen —, weiß, daß Studienzeiten nicht das materielle und das inhaltliche Problem der Universitäten sind. Sie wissen das und betreiben einen Diskurs, der das Gegenteil sagt.

Des weiteren haben Sie sich auf eine Debatte eingelassen, die maßgeblich dadurch geprägt ist — bis auf kleine Äußerungen in der letzten Zeit ohne Ihren Widerspruch —, es sei ein Problem, daß Hochschulen zu wenig Möglichkeiten hätten, die Kürze von Studienzeiten mit Sanktionen zu erzwingen. Das ist der bundesweite Diskurs, das können Sie nicht leugnen, auch wenn es Äußerungen des Senators und der hochschulpolitischen Sprecherin gibt, daß so etwas für Hamburg nicht vorgesehen sei. Sie haben sich in den letzten zwei Jahren an einem politischen Projekt der Reform der Hochschulen unter falschen Vorzeichen beteiligt — das nur schiefgehen konnte — mit dem Ziel des besprochenen Linsengerichtes, das Sie dann auch — fast könnte man sagen: gerechterweise — nicht bekommen haben.

Wie soll es nun weitergehen, und warum dieser Antrag? Wir D
glauben, daß ein Heraus aus dieser Situation, dem Umstand, daß man eine Leiche produziert hat, die unter die Erde muß, nur so gehen kann, daß man sich überlegt, mit wem man als Bündnispartner weiterhin Politik machen kann und ob es auch Studierende an den Hochschulen sein könnten, die dann entsprechend in eine andere Form von Debatten eingebunden werden müßten. Mir geht es erst einmal um die Möglichkeit des Diskurses um die Hochschulreform. Dazu müssen Sachen vom Tisch und deutliche Erklärungen auch dieses Hauses gemacht werden. Wenn das Teilwiederholungen von Ihren Presseerklärungen sind, dann um so besser, dann besteht auch nicht die Notwendigkeit, den Antrag an die Ausschüsse zu verweisen.

Ich möchte Ihnen noch drei Thesen nennen, denn ich glaube, sie könnten ein Appell an von Ihnen geteilte Werte sein. Das wäre eine Vorgehensweise für das Aufgreifen einer anderen Hochschulreform, die es zwingend erforderlich machen würde, hier entsprechende Zwangsmaßnahmen öffentlich abzulehnen und eine andere Form der Debatte zu führen.

These eins: Wissenschaften sind öffentliches Eigentum, und die Institutionen von Wissenschaften müssen so gestaltet werden, daß die Öffentlichkeit ihr Eigentum pflegen und in Anspruch nehmen kann.

These zwei: Hauptaufgabe von Wissenschaften muß heute sein, Prozesse von menschlicher Selbstzerstörung aufzuhalten, als Themengebiet.

These drei: Studium ist mehr als Qualifikation, mehr als Ausbildung, mehr auch als Bildung. Studium ist eine Le-

(Martin Jörß GAL)

A bensphase, in der man in und durch Wissenschaften sozialisiert wird, und das nicht nur in den Disziplinen, sondern tatsächlich interdisziplinär.

Das sind sowohl analytische als auch normative Thesen. Sie sind so formuliert, daß Sie ihnen zustimmen können müßten. Weiterhin müßten Sie sich eingestehen, daß Leute an der Reformdebatte beteiligt werden müßten, die mehr sind als Ministerialbürokratie der SPD- und CDU-gelenkten Länder. Damit könnte man Vorbedingungen für eine solche Debatte schaffen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Herr Dr. Hajen und Frau Dr. Stapelfeldt, ich denke, daß Sie Interesse an einer solchen Reformdebatte haben. Wenn Sie ein studentisches Milieu an der Universität einbeziehen, dann müssen Sie zugeben, daß Sie Fehler gemacht haben. Sie müssen weiterhin zustimmen, daß die entsprechenden Zwangsmaßnahmen hier öffentlich behandelt werden, das darf nicht heimlich im Ausschuß geschehen.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion beantragt, diesen Antrag der GAL-Fraktion an den Ausschuß zu überweisen. Natürlich haben Sie recht, es wäre sehr einfach, hier mit einem kurzen Schlagabtausch die Positionen auszutauschen und dann zu einer Abstimmung zu kommen. Das ist der Sache aber nicht angemessen — im Gegenteil: Ich halte es für erforderlich, daß wir über den Antrag und das, was damit zusammenhängt, das Eckwertepapier aus der B Kultusministerkonferenz, im Ausschuß ausführlich diskutieren.

Es hat in den letzten zwei Jahren einen neuen Impuls in der Kultusministerkonferenz gegeben: Kultusministerkonferenz und Finanzministerkonferenz kamen zusammen als Reaktion auf die fortdauernde Überlast an den Hochschulen und das zyklische Auftreten von studentischen, aber auch anderen Aktivitäten an den Hochschulen. Dieser Impuls ist konstruktiv umgesetzt worden. Kultusministerkonferenz und Finanzministerkonferenz haben 1992 in gemeinsamen Papieren deutlich gemacht, daß die Überlast an den Hochschulen so nicht weiter bestehen sollte, daß der Bund unterproportional zur Finanzierung der Hochschulen beigetragen hat und die Länder dieses überproportional getan haben. Gemeinsam wurde von Bildungspolitikern und Finanzpolitikern die Forderung aufgestellt — das ist ein deutlicher Fortschritt gewesen —, daß es hier zu einer veränderten Situation und Finanzierung kommen müsse. Das hat dann dazu geführt, daß diese Bestrebungen in die Ministerpräsidentenkonferenz hineingetragen worden sind und seit dem Frühjahr des vergangenen Jahres in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bund und Ländern — ausgehend von diesen gemeinsamen Papieren von Finanzminister- und Kultusministerkonferenz — Eckwerte zur Studienstrukturreform erarbeitet werden sollten.

Bei aller Kritik — auf die komme ich gleich zu sprechen — gibt es sehr viele Punkte aus diesem Eckwertepapier, die wir diskutieren sollten. Positive Punkte sind zum Beispiel: Studiengänge müßten studierbar gemacht werden, Verbesserungen zur Qualität der Lehre und weitere Maßnahmen, die so als Anforderung zunächst gar nichts bedeuten, wenn sie durch das Handeln von Bund und Ländern nicht konkretisiert werden. Negativ an diesem Kompromiß-Papier, an C dem gemeinsamen Papier der Bund/Länder-Arbeitsgruppe, war, daß — wie mit einem Vorbehalt formuliert worden ist — Zwangsmaßnahmen ergriffen werden könnten, und zwar dann, wenn die Studienbedingungen angemessen seien. Nun kann man sich darüber streiten, wann sie angemessen sein werden. Ob das in den nächsten zehn Jahren noch passiert, steht in den Sternen. Aber schon in diesem Zusammenhang die Zwangsmaßnahmen als Kompromiß mit in dieses Papier zu nehmen, ist in seiner grundsätzlichen Überlegung und Wirkung nicht richtig bedacht. Ein Teil seiner Wirkungen wird verfehlt, weil in den Hochschulen genau das Gegenteil angekommen ist, und zwar nicht die positiven Ansatzpunkte, sondern das Negative. Nach dem Scheitern des Bildungsgipfels im Dezember müssen wir zu völlig neuen Grundlagen in der Diskussion kommen.

Ich will für die SPD noch einmal festhalten, daß es keine Zwangsmaßnahmen, keine Studiengebühren und keine Zwangsexmatrikulationen geben wird. Es ist völlig klar, daß diese mißliche Situation, die in den letzten Jahren ja vielfach beschrieben worden ist, nicht auf dem Rücken der Studierenden, derjenigen, die neben den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern die Hauptlast zu tragen haben und um deren Berufsausbildung und wissenschaftliche Ausbildung es geht, ausgetragen werden kann.

Es gibt meiner Ansicht nach zwei positive Punkte, an die wir anknüpfen können und die insbesondere für Hamburg zu berücksichtigen sind. Wir haben seit 1978 mit dem Hochschulgesetz die Regelstudienzeiten im Hochschulgesetz verankert — ich erinnere mich, es ist ja meine Generation, die 78er, an eine große Diskussion. Wir haben das damals durchaus kritisch gesehen. Aber es gibt ein ganzes Spek- D trum von Instrumenten in dem Hochschulgesetz, das, richtig angewandt, im Konsens von Hochschulen, Behörden und sicherlich auch Parlament dazu führen kann, daß wir auf der Ebene zu Verbesserungen kommen können. Es gibt Studien- und Prüfungsordnungen, es gibt die Überprüfung dieser Studien- und Prüfungsordnungen, und man kann sich möglicherweise auf der Grundlage des Hamburgischen Hochschulgesetzes auch noch weitere Maßnahmen überlegen. Es gibt jedenfalls genug Ansatzpunkte auf dieser Ebene, um das Studium studierbar zu machen. Wenn es nur darum ginge, aber darum geht es nicht allein. Deswegen mein zweiter Hinweis — und da meine ich, daß Sie die hochschulpolitische Diskussion nicht ernsthaft verfolgt haben, weil Ihre Vorhaltungen nicht zutreffen —: Der gesetzgeberische Rahmen reicht nicht aus, das wissen wir alle, um tatsächlich zu Verbesserungen im Studienalltag zu kommen. Wir wissen auch, daß wir da stärker nachfragen und daß wir Verbesserungen für die Hochschulen erreichen müssen. Wir haben 1992 intensiv darüber in der Bürgerschaft diskutiert, dazu eine Anhörung gehabt. Mitte 1992 hat es einen Beschluß der Bürgerschaft gegeben, auf dessen Grundlage wir schon damals einiges erreicht haben und auch jetzt weitergehen sollten. Wir haben dort ein Programm vorskizziert zur Verbesserung der Studienbedingungen mit sehr vielen unterschiedlichen Punkten, die anfangen bei der Verbesserung und inhaltlichen Weiterentwicklung der Tutorenprogramme und reichen bis zu Fragen wie: Soll es Mentorensysteme für die Hochschulen geben? Wie soll die Ausstattung bei den Lehr- und Lernmitteln verbessert werden, auch im Bereich der Bibliotheken? Sollen Lehrberichte vorgelegt werden? Wie sollen die hochschuldidaktischen Leistungen der Hochschullehrerinnen

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD)

A und Hochschullehrer überprüft werden? Gibt es nachvollziehbare Möglichkeiten, diese bei Berufungen einzuklagen? und weitere Dinge, die auf die Studienorganisation und Verbesserungen in dem Bereich hinzielen. Wir haben eine sehr gute Grundlage, auf der wir für die Hochschulen ein Programm entwickeln können.

Wir sollten diese Chance nutzen, nicht nur heute zu einem Schlagabtausch zu kommen, sondern im Ausschuß sowohl Ihren Antrag als auch das, was in der Kultusministerkonferenz in den letzten zwei Jahren bearbeitet und entwickelt worden ist, sowie das, was wir in der Bürgerschaft schon als Beschluß gefaßt haben und weiterentwickeln können, zu beraten. Ich bin sicher, Herr Kollege Jörß, daß wir dann mit einem vernünftigen Petitum, das in die Bürgerschaft zurückkommt, noch einmal eine Gelegenheit haben werden, darüber zu diskutieren. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Professor Karpen.

Dr. Ulrich Karpen CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine absurde Lage, in der die Hochschulpolitik in Deutschland seit Jahren oder Jahrzehnten befangen ist. Alle sind sich darüber einig, daß es so nicht weitergehen kann, aber niemand wagt den ersten Schritt. Es gibt ein mächtiges Kompetenzgerangel zwischen dem Bund, den Ländern und den — insoweit meine ich wirklich nur — „scheinautonomen" Hochschulen. Das verdeckt die traurige Erkenntnis, daß niemand wirklich etwas unternehmen will. Das gilt auch für die Studienzeitverkürzung.

B „Das vergangene Jahr"

— sagte der Erste Bürgermeister gestern —

„war in der bildungs- und hochschulpolitischen Debatte zwischen Bund und Ländern ein unerfreuliches Jahr."

„Annus horribilis" nannte das die insoweit bildungsfeste englische Königin. Dabei hätte das Jahr doch passabel werden können. Daß es nicht so geworden ist, hat die Partei des Ersten Bürgermeisters mitverschuldet oder sogar in erster Linie verschuldet.

(*Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD:* Das ist ja nun absoluter Quatsch!)

Im Mai hatten wir das Eckwertepapier, im November hatten wir den Bildungsgipfel beim Bundeskanzler, und am 16. Dezember haben die Regierungschefs von Bund und Ländern klar betont, daß Wissenschaft, Forschung und Bildung Schlüsselbereiche für die Zukunftssicherung des Standortes Deutschland sind, deren Bedeutung weit über den wirtschaftlichen Nutzen hinausgeht. Das ist doch ein Wort! Diese Grundsatzdiskussion kommt meines Erachtens zu spät, aber es herrscht Einverständnis, daß Bewegung in die Hochschulpolitik kommen muß. Und sie ist es ja auch! Jetzt dürfen wir die Ergebnisse nicht pauschal ablehnen, Herr Jörß und auch Frau Stapelfeldt, sondern wir müssen sie differenziert diskutieren. Wie sollen wir das, wenn wir das als Wissenschaftspolitiker nicht fertigbringen, denn von den Studentinnen und Studenten in den erhitzten Massenveranstaltungen der letzten Wochen erwarten? Aber zu dieser differenzierten Diskussion ist die SPD nur äußerst bedingt bereit. Den Minimalkonsens, der im Eckwertepapier endlich erreicht wurde, kündigt sie auf! Warum eigentlich? Weil der Bundesanteil von 2 Milliarden DM an der Hochschulrahmenplanung nicht zu erreichen war? Ist das eigentlich — wir Juristen sagen — eine auflösende Bedingung des Maikonsenses? Frau Stapelfeldt spricht jetzt abstrakt vom Scheitern der Konsensgespräche. Das klingt so merkwürdig abstrakt und subjektlos. Natürlich sind die nicht gescheitert, sie gehen voran, aber sie werden von Ihnen aufgekündigt. Die SPD hat kalte Füße gekriegt, Herr Hajen will raus, und Frau Stapelfeldt ist schon raus. C

Dabei ist man sich doch einig — ich will auch etwas zur Sache sagen, damit wir nicht im Allgemeinen steckenbleiben —, daß in Deutschland zu lange studiert wird. Die Durchschnittsstudiendauer für ein Universitätsdiplom beträgt nach Erhebungen des Wissenschaftsrates 12,8 Semester. 1991/1992 haben an den Universitäten der alten Bundesländer eine Viertelmillion Studenten fünfzehn und mehr Semester studiert — ist das normal? — und 150 000 neunzehn und mehr Semester. An den Fachhochschulen ist das anders, da gibt es kaum Langzeitstudenten, die Studenten sind im allgemeinen nach acht Semestern fertig. Dreizehn- und vierzehnsemestrige Studien sind eine Seltenheit. Mir scheint, daß hier der Ansporn, die Regelstudienzeiten einzuhalten durch Begrenzung der Studienzeit und ein straffes Studium, Erfolg hat. Noch einmal: Auch im internationalen Vergleich sind die deutschen Hochschulabsolventen zu alt. Sie sind im Durchschnitt 28 Jahre alt, und wenn einer, wie meine verehrte Vorrednerin, als promovierter Doktor die Hochschule verläßt und ins Berufsleben eintritt, ist er 32 Jahre alt. Nach einer HIS-Studie ist in Großbritannien diese Zahl 28 statt 23, in den Niederlanden 26 und in Frankreich nur 24. Es ist doch klar, daß wir das Studium verkürzen müssen; es geht darum, das Lernen zu lernen, und das geht auch in acht Semestern. Kompetenz und Kreativität kann man doch eigenverantwortlich in der Welt der Arbeit erlernen. Also: Über die Studienzeitverkürzung reden, über die Studienreform reden, aber nicht so, wie das Senator Hajen am 20. Januar tat und wie die Staatliche Pressestelle Hamburg berichtete: D

„Hamburg hat ... mit einem Aktionsprogramm Studienzeitverkürzung, mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen und vor allem mit dem Struktur- und Entwicklungskonzept ... die Rahmenbedingungen für eine umfassende Reform geschaffen."

Daß ein für Bildung zuständiger Senator in dieser abstrakten Sprache über Verbesserung von Bildung reden kann, hat schon etwas Absonderliches an sich. Wir sind uns doch einig, daß die Studienreform ein Auftrag und Appell an die Hochschulen ist, in den Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften die Studiengänge zu entrümpeln und zu verkürzen. Der Staat hat nach meiner Meinung seine Aufgaben im Bereich der Juristenausbildung, der Medizinerausbildung und der Lehramtsstudiengänge weitgehend geleistet. Ich will hier darauf hinweisen, daß der Staat auch für die Hochschulstudiengänge Verantwortung trägt. Die Wissenschaftsbehörde hat nach dem Hochschulgesetz den Auftrag, in der Studienreform mit den Hochschulen zusammenzuarbeiten. Der Staat fördert die Aufgaben der Hochschulen. Herr Senator, Sie können Berichte anfordern, Sie können und müssen die Fachbereiche personell ausreichend ausstatten, daß sie diese Aufgabe schaffen. Warum aktivieren Sie nicht die von Ihnen und der Sozialdemokratie so geliebten Studienreformkommissionen? Sie haben es in das Gesetz hineingeschrieben!

(Dr. Ulrich Karpen CDU)

A Wir sind uns darin einig, daß BAföG nicht gekürzt werden darf, solange die sachlichen Studienbedingungen nicht erheblich verbessert worden sind. Das Studium muß in der BAföG-Zeit studierbar sein.

Und nun zur Regelstudienzeit und den „horribile dictu" Zwangsmitteln. Die SPD unterwirft sich hier unnötigerweise einem Denkverbot, oder sie geht so vor: Doch daran denken, aber beileibe nie darüber sprechen! Regelstudienzeiten und Vorschriften, sie auch durchzusetzen, das ist das Problem! Jeder Verwaltungspraktiker wird sagen, eine Vorschrift, die nicht beabsichtigt, beachtet zu werden, ist sinnlos. Warum das gerade an der Hochschule nicht gelten soll, ist mir jedenfalls unerfindlich. Eine Vorschrift ohne Vollzugsnorm ist wie ein Schwert ohne Schneide, sinnlos. Richtig ist, daß die Zwangsmittel nur ein letztes Mittel sein dürften. Davor stehen Förderungsmittel, davor steht die Ausweitung der Freiversuchsregelung, davor stehen Beratung und Betreuung, davor steht vor allem die Feststellung, daß manche Langzeitstudenten die Hochschule überhaupt nicht belasten. Warum sollen sie denn dann nicht studieren? Ich freue mich über sie ebenso, wie wenn ich im Hörsaal ältere Menschen habe, die gerade mit dem Studium anfangen. Warum eigentlich nicht?

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Das habe ich kürzlich bei einer öffentlichen Veranstaltung gesehen, als ein Student aufstand und sagte, ich bin einer, der 30 Semester studiert hat, aber ich benutze gelegentlich mal ein Buch. Also, mal nachdenken, und dazu gehört auch das differenzierte Nachdenken zum Beispiel über eine Vorschrift, wie sie im Mecklenburgisch-Vorpommerschen Landeshochschulgesetz steht: daß die Immatrikulation zu beenden ist, wenn eine Prüfung endgültig nicht bestanden B oder ein Leistungsnachweis endgültig nicht erbracht ist. Er gilt als nicht erbracht, wenn die Zwischenprüfung ein Semester und die Abschlußprüfung zwei Semester nach der Regelstudienzeit abgelegt ist. Ich habe das einmal zusammengezählt: Regelstudienzeit neun Semester plus ein Semester Zugabe bei der Zwischenprüfung plus zwei Semester Zugabe vor der Abschlußprüfung plus ein Prüfungssemester macht dreizehn Semester gleich sechseinhalb Jahre. Meinen Sie nicht, daß jemand, der normal zu studieren beansprucht, nach sechseinhalb Jahren eigentlich fertig sein sollte? Das finde ich aber doch.

Darüber reden, meine Damen und Herren, heißt, daß man die Blockade des Denkens abbauen muß. Unter solchen Denkstörungen leidet aber die CDU — — die SPD...

(Große Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der STATT Partei und der GAL)

— Ich freue mich darüber,

(*Erhard Pumm SPD:* Hätten Sie die Rede doch woanders gehalten!)

daß ich — wenn auch ungewollt — den Heiterkeitssturm doch noch erregt habe, aber meine Ausführungen dürften belegt haben, daß es bei uns keine Denkblockaden gibt. Wir robben uns heran! — Ich wollte sagen: Unter solchen Denkblockaden leidet die Sozialdemokratie! Die SPD von Hamburg sagt — Originalton —, über Sanktionen gegen Langzeitstudenten lasse die SPD erst mit sich reden, wenn die Bundesregierung ihren Beitrag zum Hochschulrahmenplan auf 2 Milliarden DM erhöht. So der Senator und auch Frau Dr. Stapelfeldt am 14. Januar, wie ich regenüberströmt auf dem Rathausmarkt. Die SPD in Hessen sagt, über Sanktionen gegen Langzeitstudenten werde erst mit der C SPD verhandelt, wenn die Studienreform inhaltlich voll durchgeführt sei.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU* deutet auf eine Uhr, dabei einen roten Aktendeckel hochhaltend)

— Ich komme zu Ende.

(*Günter Elste SPD:* Ihre Vizechefin zeigt Ihnen die Rote Karte, Herr Kollege!)

Die SPD schafft es nicht, aber meine eigene Fraktion, und der folge ich.

(*Erhard Pumm SPD:* Rote Karte!)

Auch die SPD von Baden-Württemberg sagt, über Sanktionen gegen Langzeitstudenten lasse sie erst mit sich reden, wenn die Bereitschaft der CDU da ist, die Hochschulgesetze zu verändern. Also alles mögliche wird vorgeschoben.

Als ich neulich — und damit komme ich zum Schluß — mit einem Studenten über die Studienzeitverkürzung redete, sagte er, er habe doch das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.

(*Günter Elste SPD:* Was nicht für jeden Redner auch in der Bürgerschaft gilt! — *Erhard Pumm SPD:* Rote Karte! Die Studienzeit ist beendet! — *Peter Kämmerer SPD:* Rote Karte!)

Als ich ihm dann vorgehalten habe, daß er diese Persönlichkeit auch im Beruf verwirklichen und entfalten könne, hat er mich etwas verständnislos angeschaut.

(*Petra Brinkmann SPD:* Frau Schnieber-Jastram, Dr. Karpen macht Schluß, wann er es will, und nicht, wann Sie es wollen!) D

Ich sage: Erstens: Die Studienbedingungen müssen verbessert werden. Zweitens: Das Studium muß in der Regelstudienzeit studierbar sein, ein Grundrecht auf Bummeln gibt es nicht. Drittens: Die Verlängerung des Studiums wegen notwendigen Gelderwerbes müssen wir akzeptieren. Studium als Lebensform können wir nicht tolerieren, jedenfalls nicht auf Staatskosten! Wir werden im Ausschuß darüber reden, und zwar in allen Einzelheiten. Ich lade Sie ein, daran teilzunehmen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Bölckow.

Christian Bölckow STATT Partei: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Studiengebühren und Zwangsexmatrikulationen sind keine geeigneten Instrumente, um die strukturellen Probleme an den Hochschulen zu verbessern. Herr Kollege Professor Dr. Karpen, glauben Sie denn, daß die Studenten aufgrund ihres Persönlichkeitsprofils gerne fünfzehn Semester oder länger studieren? Meinen Sie, das macht ihnen Spaß, in ungesicherten Arbeitsverhältnissen zu stecken, um ihr Studium so zu finanzieren? Ich glaube nein! Sie schieben den Schwarzen Peter denjenigen zu, die das nicht verdient haben, nämlich den Studenten. In Wirklichkeit sind strukturelle Probleme nicht erkannt und ist auf sie nicht eingegangen worden. Die Hochschulen haben sich bislang nicht auf Entwicklungen eingestellt, die zur derzeitigen Situation führen. Hier sind insbesondere zu nennen: die Stabilisierung der Studierendenzahlen auf sehr hohem Niveau und eine stärkere Orientierung an der beruf-

(Christian Bölckow STATT Partei)

A lichen Qualifikation im Studium. Universitäten sind nicht nur der Raum für die freie Forschung, sondern auch Dienstleister für die Vermittlung von Wissen. In einer Zeit, in der in einigen Studienfächern Wissen sich innerhalb von zwei Jahren verdoppelt hat und in anderen nach fünf Jahren bereits völlig veraltet ist, müssen sich die Hochschulen fragen, ob eine vier-, fünf- oder sechsjährige Studienphase vor dem Eintritt in das Erwerbsleben Sinn macht. Ein kurzes Studium mit der Möglichkeit, später noch einmal an die Uni zurückzukehren, ist nicht nur für die Hochschule die bessere Lösung, sondern sicher auch für eine Vielzahl der Studierenden.

(Beifall bei *Ingeborg Knipper CDU*)

Die Hochschulen sind hier gefordert, neue Konzepte zu testen. Die Hochschulen müssen sich auch fragen, warum sie Professoren und Dozenten nicht, wie in der freien Wirtschaft üblich, einer regelmäßigen Leistungsbeurteilung unterziehen und besonders Lehrende mit didaktischen Schwächen zur Fortbildung verpflichten. Derzeit werden schlechte Professoren mit wenig Studenten und wenig Betreuungsarbeit belohnt, während didaktisch gute Professoren Mehrarbeit leisten müssen. Versäumnis der Hochschulpolitik ist es, den Universitäten und den Fachhochschulen nicht genügend Freiräume zur selbstverantwortlichen Gestaltung zu überlassen. Hier sind insbesondere globalere Mittelzuweisungen notwendig. Alle aufrichtigen Politiker müssen sich bei der starken Nachfrage entscheiden, wie die Verteilung von Hochschulbildung vorzunehmen ist: Entweder viel Bildung für wenige oder weniger Bildung für alle.

Die Umgestaltung der Hochschulen ist besonders in Zeiten einer schlechten Haushaltslage eine schwere Herausforderung. STATT Partei wird mit allen Beteiligten für vernünftige Lösungen streiten. Dabei muß die Gleichheit der Zugangschancen zur Bildung und zum Wissen gewahrt bleiben. Studiengebühren und Zwangsexmatrikulationen lehne ich ab.

(Beifall bei der STATT Partei, der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Wissenschaftssenator Professor Hajen.

Senator Dr. Leonhard Hajen: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir zweieinhalb Anmerkungen zu einem Fraktionsantrag.

Erstens: Der Bürgermeister war sehr wohl bereit, mit den Studierenden zu reden, und hat das auch deutlich gemacht. Daß er es nicht gleichzeitig in der Phase der Senatsbildung leisten konnte, mag man nachsehen. Der Termin gestern war vereinbart für ein Gespräch, um über Inhalte zu reden. Die Studierenden sind mit Vertretern der Presse gekommen. Ich kann sehr gut verstehen, daß man, wenn man nicht miteinander reden will, sondern Stellungnahmen austauschen möchte, die moderne Technologie des Faxgerätes vorzieht. Dazu braucht man sich nicht im Rathaus zu treffen. Das ist auch im Sinne des Verkehrsexperten Dr. Schmidt: Verkehrsvermeidung.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich habe bedauert, daß wir gestern dieses Gespräch nicht gemeinsam führen konnten, weil — und das ist mein zweiter Punkt — auch der Bürgermeister in diesem Gespräch klargemacht hätte, daß das Vernünftige aus dem Eckwertepapier von uns realisiert und umgesetzt wird. Dabei sind wir. C Es ist genauso klar, daß es mit uns keine Sanktionen gibt; wir wollen Studienreformen, wir wollen zu Reformen motivieren, wir wollen nicht sanktionieren. Nachdem so viel lateinisch geredet worden ist, darf ich sagen: „Der Worte sind genug gewechselt, laßt mich auch endlich Taten sehn!" Wir sind dazu bereit, alles, was aus den Hochschulen kommt und einen Beitrag leistet, um in wirklich überschaubaren Studienzeiten abzuschließen, zu unterstützen und zu realisieren. Gerade in Zeiten knapper Mittel muß man auf diese Punkte um so mehr eingehen und sie umsetzen.

Der halbe Punkt ist: Ich teile die Warnung des Kollegen Karpen: Große Koalitionen sind sehr unklar in ihren inhaltlichen Positionen.

(*Ole von Beust CDU:* Das gilt auch für Kooperationen!)

Ich weiß, daß auch die Sozialdemokraten in Berlin und Baden-Württemberg eindeutig in ihrer Ablehnung der Sanktionierung waren. Sie sehen sich nur gemeinsam in einer Regierung, deswegen bin ich dem Hamburger Wähler dankbar, daß er uns das jetzt — und ich hoffe auch künftig — erspart.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Jörß.

Martin Jörß GAL: Ich habe noch zwei Argumente: Herr Hajen, Sie sagen, Sie im Senat wollten nur die vernünftigen Anteile des Eckwertepapieres verwirklichen. Da werden Sie ein Problem haben. Wie Sie wissen und wie auch das Haus weiß, werden Ihnen die Haushaltsmittel weggenommen. D Dieser Umstand hat mit Ihrer Politik in den letzten zwei Jahren zu tun, und das nicht nur in dem abstrakten Sinne, daß diese gut oder schlecht gewesen sei, sondern daß Sie — und die SPD-Fraktion hier wie auch in anderen Ländern — eine Debatte losgetreten haben, die nicht nur die Bildungspolitiker in der Öffentlichkeit, sondern auch Ihre eigene Position im Senat in die Defensive gebracht hat. Das betrifft auch Frau Stapelfeldt, die Sie mit ihrer Position in Ihrer Fraktion so in die Defensive gebracht hat, daß Sie es derzeit offenbar nicht verhindern können, daß die Bewirtschaftungslasten für die Universität Hamburg per Beschluß des Senats auf 18 Millionen DM erhöht werden. Das ist eine Höhe — Sie haben das im letzten Jahr schon einmal versucht —, die sich nicht hat verwirklichen lassen. Sie sind durch Ihre eigene Politik, die die Maßstäbe und die Ziele für Bildungspolitik so verrückt hat, in die Defensive geraten, daß Sie das, was Sie noch an Ansprüchen haben, überhaupt nicht mehr hinbekommen. Daraus folgt die Konsequenz, daß Sie sich überlegen müssen, mit wem Sie tatsächlich so eine Politik, die in gewissen Ansätzen vorhanden sein mag, und da beziehen Sie sich auf irgendwelche Steko-Beschlüsse, umsetzen wollen, weil Sie offenbar nicht die Möglichkeit haben, in der derzeitigen Regierungskoalition in Hamburg, in Ihren eigenen Fraktionen und in Ihrem eigenen Senat, dafür zu werben. Sie brauchen andere Bündnispartner, und die bekommt man nur in anderen Diskursen, anderen Debatten, und die kriegt man vor allem wahrscheinlich an den Hochschulen. Deswegen müssen Sie weg von Ihrer Art von Politik und müssen hin zu den Hochschulen und dort einen gleichberechtigten Diskurs und dann vielleicht auch Bündnispartner gewinnen.

(Beifall bei der GAL)

A **Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Frau Dr. Stapelfeldt.

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einige Äußerungen von Ihnen, Herr Kollege Karpen, kann ich hier so nicht stehenlassen, weil sie davon zeugen, daß Sie die Situation nur aus Ihrem Blickwinkel beschreiben

(*Dr. Ulrich Karpen CDU:* Das ist auch meine Aufgabe als CDU-Politiker!)

und dann auch nicht richtig. Ich weiß auch nicht, ob das Stichwort der „Denkblockaden" nicht auch für Sie zutrifft, denn ich habe in das Gesicht Ihres Fraktionsvorsitzenden geschaut, und das sprach Bände.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU — *Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Das ist eine freie Interpretation!)

Wenn Sie auf das Thema Studienzeiten kommen und Fachhochschulen und Universitäten vergleichen, so müssen Sie zum Beispiel für Hamburg zur Kenntnis nehmen, daß ein sehr viel höherer Anteil von Studierenden an der Fachhochschule durch BAföG gefördert wird, als es an der Universität der Fall ist. Das führt zum Beispiel dazu, daß wir — dazu komme ich nachher noch einmal — normale Studienbedingungen oder ein normales Studium ganz anders zu definieren haben, als es vor zehn oder zwanzig Jahren der Fall war. Wie an der Universität gibt es an der Fachhochschule Regelstudienzeiten, die per Gesetz festgelegt sind, für die es aber keine Zwangsmaßnahmen gibt. Das ist meiner Ansicht nach auch gar nicht erforderlich, wenn man ein Studium so strukturiert, daß es innerhalb
B einer bestimmten Zeit vernünftig Leistungen abfordert und diese so anbietet, so daß sie von den Studierenden auch tatsächlich so angenommen werden können.

An der Fachhochschule — da kann ich mir das auch durchaus vorstellen — ist das Studium sicherlich in einigen Studiengängen noch strukturierter, als es beispielsweise an der Universität der Fall ist, wo einzelne Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ihre speziellen Forschungs- und Lehrgebiete zu Prüfungsgebieten machen und wo es — wir wissen das aus vielen Studien- und Prüfungsordnungen — natürlich damit zu einer Überfrachtung derselben kommt. Das hat nichts mehr mit Studierbarkeit zu tun, sondern alleine mit dem sogenannten Profil der einzelnen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer.

Aber es gibt ein anderes Beispiel, das sich nicht auf die Fachhochschule oder Universität bezieht, sondern auf die Technische Universität. Wenn man sich dort einen Studienplan vornimmt, wie zum Beispiel den der Elektrotechnik, dann wird man sehen, daß dieser so gestaltet ist: Erstens können die Studenten sehr häufig durchfallen, weil nicht erreichbar ist, was dort an Zielen vorgegeben ist und an Leistungen abgefordert wird. Zweitens müssen die Studienzeiten sich aufgrund dieser Bedingungen enorm verlängern, wenn diejenigen, die dort angefangen haben, überhaupt zum Ende kommen. Wir wissen um die hohen Abbrecherquoten. Das ist also doch noch mal ein Indiz dafür, daß man sehr genau auf die einzelnen Hochschultypen sehen und überprüfen muß, was sich an den Studien- und Prüfungsordnungen zu verändern hat mit der Vorgabe, daß möglichst — und da sind wir im Konsens — die Studien so gestaltet sein sollten, daß diejenigen, die studieren wollen, es auch in vier bis fünf Jahren schaffen können.

Dazu gehören aber auch andere Bedingungen. Und da ist C es die CDU-Bundesregierung, die den längst überfälligen Bericht zur Anpassung der Frei- und Förderbeträge bei BAföG nicht vorgelegt hat, die nämlich 1994 kommen müssen. Wie kann man so tun, als ob es nur im Ermessen der einzelnen läge, wenn man die Studienbedingungen zum Beispiel an dieser Stelle überhaupt nicht verbessert? Und da werden Sie bei der SPD-Fraktion niemanden finden, der das verhindert — im Gegenteil: BAföG war eine ganz wesentliche Position in den Forderungen von Kultusministern der sozialdemokratischen Seite, Ministerpräsidenten der sozialdemokratischen Seite, genauso wie das Thema Hochschulbauförderung, das Sie auch nicht erwähnt haben. Daran ist der Bildungsgipfel im Dezember gescheitert! Es ist eine Vorlage der CDU-geführten Bundesregierung gewesen, die klargemacht hat, daß sie in diesem Bereich überhaupt keine weiteren Mittel einstellen, die Mittel sogar noch zusätzlich stärker umverlagern und die Aufgaben auf die Länder abwälzen will. Das ist nach meiner Ansicht unmöglich.

Eine kurze Bemerkung zu dem Thema „Normales Studium". Es gibt das normale Studium so nicht mehr, sondern es gibt ganz unterschiedliche Lebensentwürfe, die natürlich auch dadurch bedingt sind, daß diejenigen, die jetzt studieren, unterschiedliche materielle Voraussetzungen haben, aber auch dadurch, daß häufiger als früher Frauen und Männer studieren, die schon Familie oder Kinder haben. Das muß alles berücksichtigt werden. Ich denke aber auch, daß es möglich ist. Nur, man muß sich auch darauf einlassen und kann nicht stur in der Argumentation darüber hinweggehen.

Noch eine Bemerkung zu den beiden Punkten, die Sie zum Haushalt angesprochen haben, Herr Jörß: Wir haben in den D Haushaltsberatungen den Stellenplan noch vor uns. Ich lade Sie herzlich dazu ein, das Thema „Bewirtschaftungsverpflichtung", über alle Einzelpläne, über alle Behörden, sehr intensiv zu diskutieren. Wir haben das im Unterausschuß schon gemacht. Ich stimme Ihnen zu, es ist für die Hochschulen außerordentlich schwierig, diese Bewirtschaftungsverpflichtung zu erbringen, insbesondere für die größte, nämlich die Universität. Es kann nicht sein, daß die Bewirtschaftungsverpflichtungen letztlich dazu führen, daß die Grundlagen in der Zurverfügungstellung der notwendigen Lehrveranstaltungen in der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung nicht mehr gegeben sind. Das geht nicht!

(*Martin Jörß GAL:* Das ist aber der Fall!)

Und deswegen müssen wir auch intensiv darüber diskutieren. Bislang ist trotz der erhöhten Bewirtschaftung im zweiten Halbjahr 1993 das aber noch nicht eingetreten. Aber Sie sind herzlich dazu aufgefordert, das jederzeit zu erörtern, um hier zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, daß wir bei der gegenwärtigen Haushaltssituation für 1994 und auch für die folgenden Jahre von der Bewirtschaftung als einem Mittel zum Einsparen im Personalbereich wegkommen. Das schärfere Mittel ist immer noch — das diskutieren auch einige — das richtige Einsparprogramm, also das Streichen von Stellen. Ob das allerdings in unserem Sinne ist, das möchte ich sehr bezweifeln. Ich kann mir vorstellen, daß eine notwendige Flexibilität für die Hochschulen auch noch mit der Bewirtschaftung gegeben ist.

Ein letzter Punkt zu den Haushaltsberatungen: Natürlich ist es so, daß wir, wie in jedem anderen Fachressort auch,

(Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD)

A sehen müssen, was unsere Ziele sind. Wir müssen sie definieren und danach die Prioritäten setzen. Es wird nicht so sein, daß wir nur unsere Forderungen fortschreiben und Wunschzettel aufstellen können. Aber das habe ich an dieser Stelle schon häufiger gesagt. Ich bin dafür, daß wir eine Priorität setzen für die Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen im Bereich der Wissenschaftsbehörde und daß wir in anderen Bereichen, weil es nicht anders geht, notwendige Einsparungen vornehmen. In diesem Bereich allerdings nicht.

Die Diskussion ist damit nicht beendet; wir werden sie demnächst fortführen. Auch dazu sind natürlich alle Fraktionen ganz herzlich eingeladen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der STATT Partei)

Präsidentin Ute Pape: Wer möchte diese Vorlage nunmehr an den Wissenschaftsausschuß überweisen? — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Das ist mit großer Mehrheit geschehen.

Ich rufe die Punkte 24 bis 26 gemeinsam auf: die Drucksachen 15/331, 15/332 und 15/333, Anträge der CDU über neue Finanzierungswege im Sozialbereich.

[Antrag der Fraktion der CDU:
Neue Finanzierungswege im Sozialbereich:
Förderrichtlinien — Drucksache 15/331 —]

[Antrag der Fraktion der CDU:
Neue Finanzierungswege im Sozialbereich:
Anlegermodelle, Beteiligungsmodelle
— Drucksache 15/332 —]

[Antrag der Fraktion der CDU:
B **Neue Finanzierungswege im Sozialbereich:**
Sozialsparen — Drucksache 15/333 —]

Diese Anträge möchte die SPD-Fraktion an den Sozialausschuß überweisen. Das Wort hat Frau Schnieber-Jastram.

Birgit Schnieber-Jastram CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben im Laufe des heutigen Abends über die finanzielle Lage Hamburgs gesprochen. Die Konsequenzen für den Sozialbereich werden sehr problematisch sein, und ich weiß nicht, Herr Elste, als Sie kürzlich in Ihrer „Kreiderede"

(*Günter Elste SPD:* Kreide?)

gesagt haben, „wir müssen sozialverträglich sparen", wie das gehen soll. Das ist mir nicht klar, wenn man die Situation kennt.

(*Günter Elste SPD:* Konstruktive Vorschläge werden gern entgegengenommen!)

Ich will ein paar Dinge zu den Bedarfen in dieser Stadt sagen und dieses am Beispiel des Altenbereiches aufzeigen. 24 Prozent der Hamburger sind schon jetzt über sechzig Jahre alt, und im Jahre 2000 wird jeder dritte Hamburger über sechzig Jahre alt sein. Außerdem haben wir eine Zahl von circa 100 000 Behinderten in dieser Stadt. Für diese Menschen haben wir Fürsorge und Vorsorge zu betreiben.

(Vizepräsident Rolf Kruse übernimmt den Vorsitz)

Ich frage mich, wie sich Hamburg angesichts leerer Kassen darauf einrichten will. Wie will sich Hamburg überhaupt darauf einrichten? Wir haben bis heute im übrigen nicht den schon lange zugesagten Altenheimbedarfsplan vorliegen.

Seit Jahren beklagen wir hier — und das insbesondere C immer anläßlich der Haushaltsberatungen — die Verkrustungen im Sozialbereich. Es hat in dieser Stadt keine dringend notwendigen Initiativen gegeben zum Umbau des Sozialstaates. Sie beklagen — und darauf beschränken Sie sich dann auch — in Bonn den Abbau, und in Hamburg betreiben Sie ihn. Sie betreiben diesen Abbau, indem Sie zulassen, daß wir eine ständig steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern haben. Zwei Drittel des Etats der BAGS gehen für den Sozialhilfebereich drauf. Sie machen eine ausgesprochen schlampige Überprüfung von Empfängern von Zuwendungen und von Verwendung staatlicher Gelder; das hat sich immer wieder gezeigt. Nur einige Beispiele: die Altonaer Jugendarbeit, ich sage nur Pape, die DAAG in Harburg und weitere. Wir haben das im Haushaltsausschuß gestern erläutert. Da gibt es Fälle in dieser Stadt, da werden Zuwendungsempfänger rückwirkend über Jahre offensichtlich überprüft, und es ist überhaupt nicht klar, was dabei herauskommt; rückwirkend über Jahre, Herr Pumm! Lesen Sie sich einmal die Erläuterungen zum Haushaltsplan bei bestimmten Titeln durch. Das ist ganz, ganz spannend. Auch das ist ein Fall, wo man sagt, Abbau wird betrieben, da kommt Hilfe nicht bei den Menschen an, die sie brauchen.

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Sehr richtig!)

Sie verweigern sich schließlich auch der Mißbrauchsdiskussion im Sozialhilfebereich, aber auch der Mißbrauchsdiskussion in dem ganzen steuerlichen Bereich, in dem wir auch jede Menge Hinterziehungen haben.

Ich habe noch einmal in die Kooperationsvereinbarung geguckt,

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Das hättest du dir sparen können! — *Dr. Roland Salchow CDU:* Verschenkte D Zeit, da hineinzugucken!)

um zu sehen, was da nun zu dem sozialen Bereich geschrieben steht: Ich muß sagen, weniger denn je! Wir haben schon zu Zeiten, als Sie noch mit der F.D.P. hier zusammen waren, registriert, daß mindestens die F.D.P.-Fraktion sich auszeichnete durch eine ungeheure soziale Kälte. Ich kann nur sagen, seit Sie es mit der STATT Partei treiben, ist es eine soziale Null.

(*Petra Brinkmann SPD:* Wie gut, daß wir Sie haben!)

Sozialpolitik, das haben wir neulich schon einmal gesagt, ist mit Sicherheit nicht das Verbindende in dieser Kooperation. Deswegen und weil es auch in Ihrer Partei Leute gibt, die wissen, daß man andere und neue Ansätze finden muß, haben wir hier die Anträge zu neuen Finanzierungswegen eingebracht. Ich darf mal daran erinnern, was der Bürgermeister dieser Stadt hier in seiner Regierungserklärung gesagt hat: Die Einbeziehung privater und neuer Formen von „public-private-partnership" wird sorgfältig geprüft. Immerhin geprüft! Nach dem, was ich hier in der Presseerklärung Ihrer Fraktion zu dieser Debatte lese, kann ich nur sagen, offensichtlich soll es ja wohl beim Prüfen bleiben. Ich wundere mich schon sehr, Herr Scheurell, wenn Sie denn Konkurs anmelden in der Stadt

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD:* Sie müssen richtig lesen, Frau Schnieber-Jastram!)

und den Gläubigern gegenüber, nämlich den Alten, den Kranken und den Behinderten, mit den Schultern zucken und sagen: „Ist leider nichts mehr da." Und genau das wollen wir vermeiden.

(Birgit Schnieber-Jastram CDU)

A (*Petra Brinkmann SPD:* Die schicken wir alle zur CDU!)

Ich möchte noch etwas sagen, was mich doch sehr irritiert hat. Sie schreiben zum Schluß Ihrer Pressemitteilung:

„Tatsache ist jedoch, daß zum Beispiel Bitten von Vereinen und Initiativen an Hamburger Unternehmen und Millionäre um finanzielle Unterstützung ihrer Vereinsarbeit und Projekte in der Vergangenheit selten erfüllt wurden."

Herr Scheurell, da tun Sie all denen, die das getan haben, beispielsweise Herrn Körber, alles andere als einen Gefallen! Ich finde es solchen Leuten gegenüber eine Frechheit! Das muß ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei der CDU — *Günter Elste SPD:* Ihre Zitiertechnik ist auch eine Frechheit!)

Und noch etwas: Herr Professor Karpen hat vorhin schon einmal von der Blockade des Denkens bei der SPD gesprochen. Wenn Sie jetzt in Ihrer Überschrift zu dieser Debatte — die wirklich eine Anregung ist und dringend verfolgt werden soll — sagen: „Neue Finanzierungswege im Sozialbereich führen in die Sackgasse", dann ist das ein Zeugnis der Blockade Ihres Denkens.

Zum Schluß möchte ich noch fragen, auch weil hier so schön drinsteht, die CDU sollte doch mal prüfen,

(*Günter Elste SPD:* Sagen Sie mal, können Sie auch eigene Vorschläge bringen, oder lesen Sie nur ab?)

wie das zu realisieren sei: Herr Scheurell, wer hat denn die große Behörde mit den vielen Leuten? Seien Sie doch froh, B wenn von uns eine Anregung kommt, umsetzen, das müssen Sie!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Scheurell.

Wolf-Dieter Scheurell SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will meine Rede heute wieder unter ein Motto stellen, und zwar: „Ob Träume wahr werden? —

(*Karl-Heinz Ehlers CDU:* Können Sie das auch singen?)

Märchen, gesammelt im Verlag am Leinpfad von den CDU-Abgeordneten."

(Beifall bei der SPD)

Die CDU-Fraktion erhofft, neue Finanzierungswege zu eröffnen; so weit, so gut, Frau Schnieber-Jastram.

(*Günter Elste SPD:* Dazu hat sie nichts gesagt!)

Die Förderrichtlinien sollten dazu erweitert werden. Auch okay, aber wie, über das Wie, schweigen Sie sich auch in Ihrer Presseerklärung aus, und auf konkrete Anfragen aus der Presse geben Sie auch keine Antworten. Da können Sie mal nachlesen. „Möglichkeiten und Erfahrungen über sogenannte Anleger- und Beteiligungsmodelle sollen geprüft werden", wie Sie fordern, und darüber soll berichtet werden.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Ja, tun Sie's doch mal!)

Aber nicht ein einziges vorzeigbares Modell ist Ihnen anscheinend bekannt. Sie überlassen die Prüfung anderen. Bis auf das schöne Wort „public-private-partnership", das C in Ihrer Presseerklärung auch drinsteht, zählen Sie bestehende Finanzierungsbeispiele, zum Beispiel der Hansestadt Hamburg, auf. Das ist alles, nur Ihr Wort „public-private-partnership", und ansonsten beziehen Sie sich auf Finanzierungsinstrumente der Stadt.

Bereits bei den Beratungen zu den Themen „Armut" sowie „ABM" und „Soziale Projekte" in Hamburg hatten Sie — wie im Märchen schon mal — auf das „Prinzip Hoffnung" gesetzt. Ich bin tatsächlich gespannt, und deswegen steht das auch in meiner Presseerklärung, welche Antworten denn von Kammern und Verbänden zu Ihrem damaligen Vorschlag, dem sogenannten schönen Wort „social sponsoring", vorliegen. Null. Es liegt nichts vor, es liegt ein Jahr zurück.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Herr Scheurell, es kommt immer darauf an, mit welcher Liebe man es betreibt!)

Diese Hoffnung ist ins Leere gegangen. Nachdenklich und skeptisch werde ich jedenfalls, wenn trotz der fetten achtziger Jahre und tatsächlicher Zunahme — da haben Sie recht — privaten Reichtums dennoch mangels privaten Kapitals im Sozialbereich die dramatische Armut offensichtlich nicht zu verhindern war.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Sie haben ideologische Scheuklappen, wenn's ums Geld geht!)

— Ach ne, die Armut gibt es nur in Hamburg? Sie kennen sie wahrscheinlich nur aus Ihrem Blickwinkel von hier.

(Beifall bei der SPD)

Aber heute, angesichts des internationalen Wettbewerbs- D drucks und wirtschaftlichen Stillstands, erwarten Sie den Goldesel, der das Kapital nur so sprudeln läßt. Glauben Sie wirklich, bei leeren öffentlichen Kassen und der Politik des kleinen Budgets Anreize, das heißt doch mit anderen Worten Rendite, zu schaffen aus eben diesen Kassen für private Geldgeber?

(Glocke)

Vizepräsident Rolf Kruse (unterbrechend): Gestatten Sie Frau Hauptmüller eine Zwischenfrage? (Zustimmung) Bitte.

Zwischenfrage von Gundi Hauptmüller fraktionslos: Seien Sie mir nicht böse, aber ich habe jetzt das Gefühl, daß das hier ein Schlagabtausch zwischen SPD-Haltung und CDU-Haltung ist. Würden Sie mir da recht geben?

Wolf-Dieter Scheurell (fortfahrend): Ja, das ist ein Antrag der CDU, deshalb muß ich auch dazu Stellung nehmen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der CDU — *Gundi Hauptmüller fraktionslos:* Deshalb muß es nicht unbedingt das Schlechteste von der Welt sein!)

Ich bedauere natürlich, daß sich andere Fraktionen, wie die GAL, die sich sozusagen immer die Armut auf die Fahnen schreibt, dazu keine Gedanken gemacht haben. — Schönen Dank übrigens, Frau Schnieber-Jastram, daß Sie es dennoch tun.

Nun möchte ich aber zu meinem Konzept zurückkommen. Was liegt angesichts dieser leeren privaten Kassen näher als zu glauben, mit den eingesparten Sozialleistungen bei

(Wolf-Dieter Scheurell SPD)

A Arbeitslosen, Kurzarbeitern, bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, bei den Fort- und Umschulungsmaßnahmen werden die Abschreibungsmodelle finanziert? Da wird die Vermögensbildung für Arbeitnehmer eingeschränkt — ich habe Schriftliches von dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales —, und hier stellt die CDU es sozusagen vor als sogenannte Sozialsparidee. Also auf der einen Seite wird für die Arbeitnehmer Vermögensbildung eingespart. Für andere, die das Kapital haben, wird sozusagen eine Sozialsparidee ersetzt. Mit uns wird, Frau Schnieber-Jastram, das müssen Sie sich gesagt sein lassen, an dem Sozialstaatsprinzip und dem Rechtsanspruch auf ein menschenwürdiges Leben nicht gerüttelt. Mit Almosen ist nicht verläßlich zu rechnen.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Das ist wohl wahr, es geht nicht um Almosen!)

Das hat die Erfahrung gezeigt. Deshalb seien Sie doch ehrlich, Frau Schnieber-Jastram. Manche sagen: „Ohne Moos nichts los" oder „ohne Profit", aber für die Anleger werden ihre Hoffnungen doch erfahrungsgemäß nicht erfüllt. Dieser Profit, den Sie durch die Anlegermodelle erwarten, würde doch nur aus den öffentlichen Kassen in private Taschen fließen. Zugegeben, Frau Schnieber-Jastram, erfolgreiche Unternehmungen leben normalerweise von der Innovativkraft querdenkender Menschen, vielleicht gehören Sie dazu. Deshalb ist es aus unserer Sicht den Versuch wert, sich mit Ihren Anträgen 15/331 bis 15/333 im Sozialausschuß zu befassen. Unsere Fraktion wird der Überweisung auf jeden Fall zustimmen. Damit wir uns nicht mißverstehen, Frau Schnieber-Jastram: Natürlich werden wir das finanzielle Engagement von Menschen, die das Herz am rechten Fleck haben — wie der Herr, den Sie hier vorhin
B zitiert haben —, weiterhin begrüßen.

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Dann müssen Sie so etwas nicht schreiben! — Gegenruf von *Günter Elste SPD:* Kampfmaschine mit Ladehemmung!)

Sie zitieren das in einem anderen Zusammenhang, wie Sie es gerne lesen möchten.

Wir begrüßen durchaus das finanzielle Engagement von Unternehmen und Millionären, wenn sie sich im sozialen Bereich engagieren wollen, und niemand wird ihnen von der Sozialdemokratie dabei im Wege stehen. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD und STATT Partei)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Frau Bruns.

Anna Bruns GAL: Herr Scheurell, Ihnen zuliebe sage ich jetzt noch etwas, aber ich kann nicht viel sagen. Frau Schnieber-Jastram, um so wilder sind wir natürlich entschlossen, einer Überweisung zuzustimmen. Ich habe wirklich gehofft, daß wir außer Ihrer Beschreibung des Hamburger Zustandes und des Zustandes des sozialen Milieus etwas mehr hören. Es war wieder die alte Rolle, der Abtausch, wie schrecklich es hier ist, was alles nicht gemacht wird, und ansonsten nichts! Wir haben bis gestern relativ heftig versucht, aus Ihrem Büro ein bißchen mehr zu erfahren zu diesen Anträgen und was dahintersteckt, um inhaltlich darauf eingehen zu können. Dann habe ich gedacht, Sie servieren uns hier eine kleine Lehrstunde. Sie haben zu den Anträgen selbst überhaupt nichts gesagt.

(Beifall bei *Christian Bölckow STATT Partei — Rotraut Verheyen STATT Partei:* Das stimmt!)

Das wenige, was man sich darunter vorstellen kann, haben C
Sie nicht erweitert. Nach wie vor können wir uns verdammt wenig darunter vorstellen. Um so gespannter sind wir natürlich auf das, was Sie uns dann präsentieren, fachmännisch, fachfraulich, im Sozialausschuß. Sie reden vom Umbau des Sozialstaates. Ich weiß nicht, ob das, was Sie hier präsentieren, Instrumente oder Pfeiler eines Umbaues des Sozialstaates sind. Ich fürchte, der Umbau des Sozialstaates muß tatsächlich auf Bundesebene passieren. Der Umbau des Sozialstaates muß andere Finanzierungsinstrumente finden. Es kann zum Beispiel nicht die Bundesanstalt nach wie vor als Finanzierung für die ganzen sozialen Lasten in den neuen Bundesländern herhalten. Es können nicht die Versicherungsträger und die Versicherungsteilnehmer den gesamten Sozialstaat finanzieren. Man muß über eine soziale Grundsicherung reden, über andere Finanzierungsinstrumente, über eine andere Verteilung von Arbeit und über eine andere Struktur- und Wirtschaftspolitik. Ob Ihre Vorschläge nun die Pfeiler sind, mit der Hamburg Bonn Beine machen kann, daran wage ich zu zweifeln, aber wir lassen uns gerne eines Besseren belehren. Ansonsten, Herr Scheurell, rede ich vielleicht das nächste Mal ein bißchen mehr dazu, heute kann ich wirklich nicht mehr sagen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Bölckow.

Christian Bölckow STATT Partei: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Neue Finanzierungswege im Sozialbereich sind immer dann gut, wenn es sich um zusätzliche Wege handelt, wenn also neue Mittel für den Sozialbereich frei werden. D

(*Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Um nichts anderes geht es!)

Allerdings muß ich den Antragstellerinnen und Antragstellern sagen, daß mir die Aussagen Ihrer vier- oder fünfzeiligen Anträge für eine abschließende Bewertung doch zu dünn sind. Ich bin gespannt, ob im Sozialausschuß mehr Substantielles von Ihnen vorgetragen wird. Oder hatten die Anträge primär den Sinn, die Statistik und das Image aufzupolieren? Da ich mir vorgenommen habe, meine Stellungnahme nicht länger werden zu lassen als Ihre Antragstexte, möchte ich an dieser Stelle schließen. Eine weitere Prüfung im Sozialausschuß scheint mir dringend geboten.

(Beifall bei der STATT Partei und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Frau Schnieber-Jastram. Ich weise vorsorglich darauf hin, daß die Redezeit der CDU-Fraktion noch 3 Minuten und 16 Sekunden beträgt.

Birgit Schnieber-Jastram CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch kurz auf eines eingehen: Wir reden hier nicht von etwas Unbekanntem, was es nirgendwo gibt. Sehen Sie doch mal in unsere Nachbarländer und in die USA. Dort werden Sozialsysteme...

(Oh, oh! bei der SPD und der STATT Partei)

Es gibt eine Reihe von Ländern, und jeder, der sich im Sozialen auskennt, weiß, daß das Wohlfahrtssystem, wie

(Birgit Schnieber-Jastram CDU)

A es bei uns praktiziert wird, einmalig ist. Das ist ganz unstrittig!

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD:* Aha!)

Es gibt eine Reihe von Ländern, in denen andere Modelle sehr gut funktionieren, die ähnlich und auch so finanziert werden.

Wenn ich diese Anträge nicht detailliert erläutere, dann hat das etwas damit zu tun, daß sie in der Regel Ersuchensanträge sind, nämlich Aufträge auch an diesen Senat, etwas Konkretes auszuführen. Ich sage noch mal, das ist eine gigantische Behörde mit vielen Leuten. Viel Geld der Stadt geht für diesen Apparat drauf. Es ist Pflicht dieser Behörde, sich zu kümmern, zu sehen und herauszufinden, wie denn die sozialen Belange der Bürger dieser Stadt morgen finanziert werden. Angesichts der problematischen Haushaltssituation ist es eine mehrfache Pflicht!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Rolf Kruse: Das Wort hat Herr Scheurell. Unsere Uhr zeigt für die SPD-Fraktion noch 1 Minute und 35 Sekunden an.

Wolf-Dieter Scheurell SPD: Herr Präsident, die eine Minute wird mir reichen.

Heute weisen Sie, Frau Schnieber-Jastram, auf die USA hin. Auf konkrete Fragen in Ihrer Pressekonferenz wurde gesagt — ich zitiere, mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

Vizepräsident Rolf Kruse (unterbrechend): Mich brauchen Sie für Zitate, auch wenn es in der Geschäftsordnung B steht, nie zu fragen. Weil ich nicht weiß, was Sie zitieren wollen, kann ich es auch nicht genehmigen, und insofern ist es für mich persönlich eine unsinnige Geschäftsordnungsvorschrift. C

(*Günter Elste SPD:* Sehr richtig, Herr Präsident! — Vereinzelter Beifall bei der CDU und der SPD)

Wolf-Dieter Scheurell (fortfahrend):

„Auf die Nachfrage eines Anwesenden nach bereits bestehenden Vorbildern gab Frau Schnieber-Jastram Hinweise auf Bayern und Baden-Württemberg."

Näheres konnten Sie aber nicht erwähnen, und heute kommen Sie mit den Vereinigten Staaten, und morgen kommen Sie vielleicht mit Afrika.

(Beifall bei der SPD — *Birgit Schnieber-Jastram CDU:* Auch mit Bayern und Baden-Württemberg!)

Vizepräsident Rolf Kruse: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann können wir den Überweisungsantrag der SPD behandeln, die alle drei Anträge an den Sozialausschuß überweisen möchte. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Das ist offensichtlich einstimmig geschehen.

Dann haben wir das abgearbeitet, was wir heute machen wollten. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Heimweg. Wir sehen uns morgen um sechzehn Uhr an gleicher Stelle.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 20.59 Uhr

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Gabriele Dasse und Dr. Rolf Lange. D

Anlage

Zu den Punkten 3 und 4 **Anlage**

(Siehe Seite 299 C)

Ergebnis der Wahl von acht Beisitzern und acht Vertretern für die Kommission für Bodenordnung

Gewählt wurden:	Vorschlag der	Zahl der abgegebenen Stimmen	davon Ja-Stimmen	Enthaltungen	ungültige Stimmen
a) Beisitzer					
Inge Blötz	SPD	104	93	1	10
Wilfried Dierks	SPD	104	93	1	10
Dr. Rolf Lange	SPD	104	93	1	10
Claus Müller	SPD	104	93	1	10
Dr. Joachim Christian Becker	CDU	104	93	1	10
Ina Eggers	CDU	104	93	1	10
Heike Sudmann	GAL	104	93	1	10
Wolfhard Klemp	STATT Partei	104	93	1	10
b) Vertreter					
Petra Brinkmann	SPD	104	93	1	10
Wolfgang Kiéck	SPD	104	93	1	10
Nils Rademacher	SPD	104	93	1	10
Rüdiger Schulz	SPD	104	93	1	10
Johannes Mertens	CDU	104	93	1	10
Jürgen Töpfer	CDU	104	93	1	10
Christine Bukold	GAL	104	93	1	10
Manfred Raap	STATT Partei	104	93	1	10

Ergebnis der Wahl eines Deputierten der Umweltbehörde

Gewählt wurde:	Vorschlag der	Zahl der abgegebenen Stimmen	davon Ja-Stimmen	Enthaltungen	ungültige Stimmen
Dr. Manfred Körner	SPD	101	100	1	